

**C**orona beherrscht nicht mehr die Politik, wie noch im ersten Halbjahr 2020. Das liegt aber nicht daran, dass sich die Pandemie abgeschwächt hätte, sondern am Gewöhnungseffekt und daran, dass die Menschen nichts mehr davon hören wollen. Es wird aber weiter gestorben und Wirtschaftskraft vernichtet. Zwar fehlt es nicht an Bewegungen und auch prominenten Stimmen, die von der Politik eine grundsätzliche Kehrtwende in Richtung einer ökologischer ausgerichteten Wirtschaft und einer solidarischen Gesellschaft fordern, doch in der Realität steigen vor allem die Vermögen der Superreichen, während die Existenzen der Habenichtse auf der Kippe stehen. Eine Öko-Wende ist nicht in Sicht.

Dieses Heft sollte den Aufbruch beschreiben, den die Krise ausgelöst hat. Die

Ergebnisse unserer Recherchen sind aber äußerst ambivalent und teilweise regelrecht ermühernd. In Mexiko hat sich Präsident López Obrador nicht davon abhalten lassen, seine umstrittenen Infrastruk-

## EDITORIAL

turprojekte voranzutreiben, Bolivien sieht sein Heil in mehr Extraktivismus, wobei neben Erdgas jetzt Lithium zum Exportschlager werden soll. In Peru, wo Covid-19 rapide um sich greift, hat der Notstand die massenhafte Vertreibung oder Flucht venezolanischer Flüchtlinge zur Folge. Brasiliens rechtsextremer Präsident Jair Bolsonaro, der die Wissenschaft als feindliche Kraft versteht, setzt seinen Feldzug

gegen Schulen und Universitäten fort. Corona und das große Sterben liefern eine willkommene Ablenkung von der obskurantistischen Bildungspolitik. Besonders lesenswert ist auch das Interview mit dem Befreiungstheologen Frei Betto.

Das Staatsversagen hat aber gleichzeitig eine Unzahl von Selbsthilfegruppen hervorgerufen, die ursprünglich auf den Schutz vor der Ansteckung in überbevölkerten Vierteln oder von besonders gefährdeten Gruppen ausgerichtet waren. Aus einigen sind aber Initiativen erwachsen, die breitere politische Forderungen formulieren und eine Wende Post-Corona einfordern. Man wird sehen, ob sie die Krise überleben oder im schärfer werdenden Existenzkampf untergehen.

*Ralf Leonhard*

## INHALT

### THEMA: MÜHSAMER AUFBRUCH AUS DER KRISE

Vor dem Übergang zur postkapitalistischen Gesellschaft? . . . . . 4  
Von Leo Gabriel

Profiteure der Krise. . . . . 6  
Von Cecilia Olivet und Bettina Müller, TNI

Bolivians Lithiumpoker mit hohem Einsatz. . . . . 8  
Von Tom Perreault

Mexikos militarisierte Megaprojekte. . . . . 11  
Von Shannon Young

Mit Bildung zum Ökosozialismus. . . . . 13  
Von David Meek & Rebecca Tarlau

Für einen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakt für Lateinamerika . . . . . 16

### AKTUELLES & ANALYSE

**Brasilien:** „Das Wichtigste ist die Arbeit an der Basis“ . 18  
Interview mit Frei Betto

Bildungspolitik unter Bolsonaro: Sesselrücken, Ideologie und Lügen . . . . . 20  
Von Rainer Guggenberger

**Guyana:** Ölbonanza und Wahlfarce . . . . . 22  
Von Jürgen Kreuzroither

**Kolumbien:** Ein Polizeistaat brennt. . . . . 23  
Von Ralf Leonhard

„Uribe sollte von seinem hohen Ross heruntersteigen“  
Interview mit León Valencia. . . . . 24  
Von Ralf Leonhard

**VenezolanerInnen in Peru:** Zwischen Solidarität und Fremdenfeindlichkeit . . . . . 27  
Von Eny Angenvoort

**Chile:** Großer Aufbruch ins Ungewisse. . . . . 29  
Von Erhard Stackl

**Uruguay** und Covid-19: (K)ein Sonderfall . . . . . 30  
Von Laurin Blecha

**Argentinien:** Schwimmbäder, Kinderspielplätze und menschenwürdiges Wohnen. Ein städtebaulich-historischer Blick auf San Salvador de Jujuy . . . . . 32  
Von Laurin Blecha & Soledad Di Croche

**Kurznachrichten** . . . . . 34

**Buchbesprechungen:** Harte Jahre; Riskante Substanzen. Der „War on Drugs“ in den USA; Lateinamerika: Handbuch für Wissenschaft und Studium; Refeudalización . . . . . 36

LAI gerettet . . . . . 39



**L**a normalidad es la muerte“ (die Normalität ist der Tod), sagte der peruanische Sozialwissenschaftler Hugo Cabieses, der unter Präsident Ollanta Humala kurzzeitig Umweltminister gewesen war, bis er aus Protest gegen den Bau eines gigantischen Gold- und Kupferbergwerks (der Fall *Conga*) zurücktrat. Tatsächlich hat der Ausnahmezustand, den jetzt die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder verhängt hat, de facto bereits viel früher begonnen, was bereits 2018/2019 zu einer großen Anzahl von sozialen Protesten geführt hat. Der italienische Rechtsphilosoph Giorgio Agamben spricht sogar von einem ein Jahrhundert währenden Ausnahmezustand, der immer schon vorhanden war, aber durch die Pandemie jetzt offen zu Tage getreten ist.

In diesem Sinne unterscheidet auch Papst Franziskus, der zur Zeit an einer neuen Enzyklika arbeitet, zwischen dem „kleinen Virus“ und dem großen Virus, dem „Virus des gleichgültigen Egoismus und der Ungerechtigkeit“, das sich derzeit auf der ganzen Welt ausbreitet. Faktum ist, dass die Arbeitslosigkeit in Lateinamerika ein noch nie da gewesenes Ausmaß erreicht hat und in nicht wenigen Ländern der Zusammenbruch der Staatsfinanzen droht. Darauf deutet nicht nur das zweistellige negative Wachstum vieler Länder, sondern auch die Tatsache hin, dass im Unterschied zu Europa die Sozialversicherungssysteme im Zuge der neoliberalen Wende so gut wie aufgelöst wurden.

### Wirtschaftssystem vor Einsturz?

Das ist auch der Grund, warum in fast allen Ländern (vielleicht mit Ausnahme von Uruguay und Kuba) die Pandemie sich ungehemmt ausbreiten konnte – nahezu unabhängig davon, ob die Regierungen einen *Lockdown* verordnet oder eher dem *Laissez-faire* gehuldigt hatten. Es gibt einen Wettlauf gegen die Zeit, den die meisten Regierungen zu verlieren drohen, weil das vom Neoliberalismus getragene Wirtschafts- und Sozialsystem am Rand des Zusammenbruchs ist. Während in Europa der wieder rapide Anstieg der Infektionsraten eher auf den Leichtsinns eines vergleichsweise wohlhabenden Publikums von Angehörigen der Mittel- und Oberschichten zurückzuführen ist, sind es in Lateinamerika die Nöte der verarmten Bauern und BewohnerInnen der städtischen Randviertel, welche die Bevölkerung davon abhalten, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

## VOR DEM ÜBERGANG ZUR

„La Transición“ (der Übergang) ist das geflügelte Wort, das seit dem Ausbruch der Pandemie die Diskussionen der Linksinтеллектуellen in ganz Lateinamerika beherrscht. Während sich die Evangelikalen in Weltuntergangsszenarien und Verschwörungstheorien ergehen, sind sich die systemkritischen Analytiker vom Rio Bravo bis Patagonien darüber einig, dass der im Chile der 1970er Jahre entstandene Neoliberalismus gescheitert ist. Zwar gibt es zwischen den einzelnen antikapitalistischen Denkschulen je nach politischer Überzeugung die unterschiedlichsten Zielvorstellungen, die vom linksliberalen Neokeynesianismus bis zu einem geopolitischen Stalinismus reichen; einig sind sich die AutorInnen aber darin, dass „nach der Pandemie“ nicht gleich „vor der Pandemie“ sein kann.

Von Leo Gabriel

„No hay mal que por bien no venga“ (Es gibt nichts Schlechtes, was nicht auch seine guten Seiten hat). An dieses alte spanische Sprichwort fühlt man sich unmittelbar erinnert, wenn man die zeitgenössische Literatur durchblättert. Insbesondere seit dem Ausbruch der Pandemie zu Beginn dieses Jahres, also noch bevor die Weltgesundheitsorganisation das für Covid-19 verantwortliche Virus als ein globales Phänomen identifiziert hat, hat die Veröffentlichung postkapitalistischer Utopien sprunghaft zugenommen.

### Alternativen im Kopf

Die multidimensionale Krise als Chance für einen Paradigmenwechsel zu begreifen, ist dabei nicht neu: „Change the system, not the climate“ ist der Slogan, der schon seit etlichen Jahren die Umweltbewegung inspiriert. Parallel dazu entwickelte sich eine radikale Kritik an der von den transnationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank propagierten Fixierung auf das rein makroökonomisch verstandene Wachstum unter den auf Deutsch nur schwer übersetzbaren Begriffen *degrowth* oder *decrecimiento*. Diese u.a. vom Werk von Ivan Illich inspirierte Theorie entmystifiziert das rein quantitative Wachstum als eine Art Religionsersatz, mit dem die neoliberalen Ökonomen von Friedrich Hayek bis Milton Friedman die Mehrheit der Weltbevölkerung unterworfen haben.

Demgegenüber steht das in den letzten zehn Jahren auch im Westen bekannt gewordene, ursprünglich von den Indigenen des Andenraums herrührende Konzept des *Buen Vivir*, das eine Einheit von Mensch und Natur beinhaltet. Aber auch die dem Privateigentum entzogenen *Commons* (Ge-

meingüter) haben an Aktualität gewonnen – in einer Zeit, in der sich im Rahmen der Pandemie gezeigt hat, wie lebensbedrohlich die Privatisierung der sanitären Dienstleistungen sein kann.

Eng mit dem *Buen Vivir* und den *Commons* verbunden ist die seit ca. 30 Jahren in Gang gekommene Praxis der Solidarwirtschaft. Im Gegensatz zu den Apologeten des Neoliberalismus, die das Eigeninteresse in den Vordergrund stellen und die Wirtschaft einem auf Konkurrenz aufgebauten Marktmechanismus unterwerfen, basiert die Solidarwirtschaft auf dem Gemeinwohl und einer auf Kooperation aufgebauten Wirtschaftsordnung, bei der dem kulturellen Umfeld eine tragende Rolle zukommt.

Hatte Karl Marx noch geschrieben, dass er das staatstragende Konzept von Hegel und dem deutschen Idealismus „vom Kopf auf die Füße gestellt hat“, so könnte man heute behaupten, dass die Reflexionen der zeitgenössischen lateinamerikanischen Sozialwissenschaftler vom Gedanken beseelt sind, den Kopf mit der Baumkrone des Lebens zu verbinden.

### Quo vadis?

Aber ist das alles nicht ein allzu gewagtes Unterfangen, das eher in das Reich der Utopie als auf den Boden der Wirklichkeit fällt? Keineswegs, wenn man den vielfältigen Krisen, die heute nicht nur Lateinamerika, sondern die ganze Welt bedrohen, auf den Grund geht. Denn – wie erst kürzlich bei einem virtuellen Treffen des Internationalen Rates des Weltsozialforums übereinstimmend geäußert wurde – geht die Krise nicht von einem Virus aus, sondern ist erst durch die Pandemie sichtbar geworden. Seit Jahren berichtet etwa

## POSTKAPITALISTISCHEN GESELLSCHAFT?



Auf Initiative von Fridays for Future: „Klimastreik“ am 25. 9. auch in Wien

Lateinamerika anders von den Klassengegensätzen; dem Extraktivismus, der Natur und Menschen zerstört; der Zunahme von autoritären bis diktatorischen Regierungen unterschiedlicher ideologischer Provenienz; dem Ansteigen der Armut und der damit verbundenen Migrationsströme. All das ist jetzt mit einem Schlag sogar für jene Medien des politischen Mainstream sichtbar geworden, die sich zuvor damit beschäftigt hatten, die Sandstrände von Copacabana und die Bergspitzen der Anden in den Himmel zu heben.

Es ist also klar, dass der Kapitalismus in seiner neoliberalen Form nicht mehr in der Lage sein wird, das „große Virus“, von dem Papst Franziskus spricht, zu zerstören und den Status quo ante wiederherzustellen. Ebenso klar ist es aber auch, dass es bereits jetzt mehr oder minder ausgereifte Ziele einer neuartigen Weltsicht gibt. Was aber noch ganz und gar unklar ist, ist der Weg, auf dem diese Ziele erreicht werden können. Im Augenblick hat es eher den Anschein, als ob diese Wege Fluchtwege wären, auf denen jede/r einzelne BürgerIn und jeder einzelne Staat versucht, nach dem Prinzip „Rette sich, wer kann“ dem drohenden Unheil zu entgehen.

### Die zweite Welle der Volksbewegungen

Gerade in dieser Beziehung ist der amerikanische Kontinent dem europäischen wieder einmal ein paar Schritte voraus. Während man hierzulande noch beck-

messert, ob der verordnete Mund-Nasenschutz wirklich so gesund ist, wie die Gesundheitsminister behaupten, haben sich in Chile, Kolumbien, Brasilien und nicht zuletzt in den USA Menschenmassen zusammengetan, um den herrschenden Machtstrukturen entgegenzutreten und – was noch wichtiger ist – sie zu verändern. Alle diese Kämpfe sind mit großen Opfern der Bevölkerung verbunden, die eine doppelte Opferrolle einnimmt: einerseits, weil diese Frauen und Männer die wirklich Leidtragenden der Pandemie sind, andererseits, weil sie das volle Gewicht polizeilicher und zum Teil auch (para-)militärischer Repressionen ertragen müssen.

Obwohl alle diese sozialen Bewegungen teilweise sehr unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen – wie die Umwelt- und die Friedensbewegung, die antirassistische *Black Lives Matter* und die indigenen Bewegungen gegen den Landraub, die Bewegungen für eine neue Verfassung und, last but not least, die internationale Menschenrechts- und Frauenbewegung – ist ihnen allen gemeinsam, dass sie nicht nur einen systemkritischen, sondern auch einen anti-systemischen Charakter haben.

Bleibt allerdings die Frage offen, was geschehen müsste, damit sich alle diese Bewegungen zu einer organisierten und koordinierten Kraft vereinigen, um der in die Krise geratenen Diktatur des Finanzkapitals Einhalt zu gebieten. Denn während letztere über enorme ökonomische und (para-) militärische Machtmittel ver-

fügt, um die Globalisierung im Sinne eines „business as usual“ zu retten und sich mit dem Verweis auf die Pandemie auch über demokratische Spielregeln und Menschenrechte sowie das Völkerrecht hinwegsetzen können, hängt der Kampf um die Globalisierung des Widerstands von Stimmungen, Repressionen und Depressionen ab.

In dieser Situation, welche die meisten AutorInnen als *transición*, als Übergang bezeichnen, hat sich innerhalb des von brasilianischen sozialen Netzwerken vor fast genau 20 Jahren gegründeten Weltsozialforums unter der Ägide namhafter Intellektueller wie Noam Chomsky, Boaventura dos Santos, Alberto Acosta, Yanis Varoufakis, Maristella Svampa und Adolfo Pérez Esquivel eine Dynamik entwickelt, bei der die weltweit größten Bewegungen wie *Via Campesina*, das *International Peace Bureau*, der Internationale Frauenmarsch, *Friends of the Earth*, *Fridays for Future* etc. den Internationalen Rat des Weltsozialforums bei seinen Bemühungen unterstützen, tausende Bewegungen auf lokaler und nationaler Ebene in einer weltweiten Versammlung zusammenzuführen.

„From an open space to a space of action“ (Von einem öffentlichen Raum zu einem Aktionsradius) hieß die erste Erklärung, die unter der Website [www.foranewsf.org](http://www.foranewsf.org) ebenso nachgelesen werden kann wie andere Beiträge. Auch zur Initiative eines *Green New Deal*, wie ihn etwa die US-Abgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez propagiert<sup>1</sup>, gibt es einige Anmerkungen. Der ehemalige Wirtschaftsminister der linken Tsipras-Regierung Yanis Varoufakis sagte in einem kürzlich durchgeführten Webinar: „Der *Green New Deal* ist ok, aber er allein genügt nicht, die multidimensionale Krise zu bewältigen. Dazu ist nicht weniger erforderlich als eine soziale, ökologische, wirtschaftliche und kulturelle Transformation, wie sie in einem von lateinamerikanischen sozialen Bewegungen und Intellektuellen getragenen Aufruf gefordert wird, den wir in dieser Ausgabe dokumentieren.■“

<sup>1</sup> Nicht zu verwechseln mit dem European Green Deal, den die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen im Dezember 2019 vorgestellt hat.

## PROFITEURE DER KRISE

### Investorenklagen behindern Lateinamerikas Kampf gegen Covid-19

Peru, Mexiko, Argentinien, Bolivien und Guatemala sind nur einige der Länder Lateinamerikas, die mitten in der Covid-19-Pandemie Opfer des Regelwerks zum Investitionsschutz geworden sind. Ausländische Investoren drohen damit, auf staatliche Maßnahmen zur Milderung der Pandemiefolgen mit Klagen vor internationalen Schiedsgerichten zu reagieren. Diese lehnen die Forderung der Staaten nach dem Aufschub laufender Verfahren ab und verpflichten die Regierungen zu Millionenzahlungen an Investoren, obwohl diese Mittel dringend anderweitig benötigt werden. Die aktuelle Krise macht einmal mehr die perversen Auswirkungen des Systems zur Streitbeilegung zwischen Investoren und Staaten deutlich, das dringend überwunden werden sollte.

Von Cecilia Olivet und Bettina Müller, TNI

Seit Jahrzehnten leiden Länder in Lateinamerika und der Karibik unter den Folgen der über 470 von ihnen unterzeichneten Investitionsschutzabkommen. Ausländische Investoren haben bei internationalen Schiedsgerichten bisher 282 Klagen gegen die Staaten der Region eingebracht. Die Covid-19-Pandemie droht die vom Investitionsschutzregime ausgehende Gefahr weiter zu verschärfen, indem sie eine neue Klagewelle auslöst.

Dabei ist Lateinamerika schon jetzt die Region mit der weltweit zweithöchsten Zahl an Klagen. Die große Mehrheit der Fälle wurde zugunsten des Investors entschieden, was die Staaten insgesamt 31 Milliarden US-Dollar gekostet hat. Die von Investoren in den noch anhängigen Fällen verlangte Summe beläuft sich auf 40 Mrd. USD.

#### Globaler „Vorreiter“ Peru

Anfang April verabschiedete der peruanische Kongress ein Gesetz, das für die Dauer der Coronavirus-Krise die Einhebung von Mautgebühren suspendierte. In einer Zeit, in der viele PeruanerInnen ihr Einkommen verloren hatten, sollte das den Transport essentieller Güter und Arbeitskräfte erleichtern.

Internationale Anwaltsbüros zögerten nicht, die Krisenmaßnahmen in Frage zu stellen. Sie erklärten, dass sie zu Klagen vor internationalen Schiedsgerichten führen könnten – wofür sie natürlich ihre Expertise anboten. So bezweifelte ein Anwalt der Firma *Alston&Bird* die Angemessenheit und Notwendigkeit der Maßnahme Perus. Die Regierung hätte zum Schutz der Gesundheit auch vollautomatische Methoden der Mauteinhebung einset-

zen können. Im Juni erklärten mehrere Inhaber von Straßenmautkonzessionen ihre Absicht, internationale Schiedsverfahren gegen Peru einzuleiten.

Perus Regierung leitete darauf im Juni ein Verfahren ein, das betreffende Gesetz als verfassungswidrig aufzuheben. Laut Wirtschaftsministerin Maria Antonieta Alva gelte es, die durch ein Verfahren bei ICSID (dem bei der Weltbank angesiedelten Schiedsgericht für Investitions-Streitfragen) drohenden Kosten und Kompensationszahlungen zu vermeiden.

Die Drohung mit Klagen vor dem Schiedsgericht zielt – oft erfolgreich – darauf ab, Regierungen vom Beschluss von Gesetzen abzuhalten, womit sie Verfahren vermeiden, die sie Millionen Dollar kosten könnten (ein als *regulatory chill* bezeichneter Effekt). Ob die betroffenen Konzerne für ihre Forderungen vor Gericht gehen werden, wird von der Entscheidung des Verfassungsgerichts von Peru abhängen.

#### Mexiko, bedroht von Energiegiganten

Auch Mexiko wurde für Maßnahmen gegen die Covid-19-Krise mit Investorenklagen bedroht. Dabei ging es um die Einschränkung der Produktion erneuerbarer Energie, da infolge der Pandemie der Stromverbrauch gesunken war. Zwischen Ende April und Mitte Mai, in einer Phase rapider Zunahme der Fälle von Covid-19, ließ die Regierung die Stromproduktion durch Windräder und Solaranlagen drosseln.

Davon betroffen sind vor allem europäische Multis im Energiesektor – wie die spanischen Firmen *Iberdrola*, *Naturgy* und *Acciona*, die italienische *Enel* und die

französische *Engie* – sowie kanadische und US-Unternehmen, die höchst vorteilhafte Verträge für Investitionen in erneuerbare Energie genutzt haben. Die Regierung bezeichnete die Maßnahmen als während der Pandemie zur „Sicherung der Stromversorgung“ für wesentliche Bereiche wie das Gesundheitssystem erforderlich.

Einige der von den Maßnahmen betroffenen spanischen Unternehmen haben bereits Klagen gegen die mexikanische Regierung vor Schiedsgerichten vorbereitet. Kanadische Firmen haben außerdem gewarnt, die Maßnahmen könnten gegen den Freihandelsvertrag NAFTA 2.0 verstoßen. Einige dieser Unternehmen sind bereits erfahren darin, durch solche Klagen Profite aus gescheiterten Investitionen einzustreifen. *Naturgy* etwa streitet in einem Verfahren gegen Kolumbien um 1,6 Mrd. USD, während der spanische Konzern *Iberdrola* schon Bolivien und Guatemala vor internationalen Schiedsgerichten geklagt hat.

Trotz ihrer Investitionen im Bereich erneuerbarer Energie in Mexiko verfügen die meisten dieser Großkonzerne auch über Investitionen in fossile Energien. Viele haben auch eine gut dokumentierte Geschichte der Verletzung von sozialen und Menschenrechten, was wegen fehlender Sanktionsmechanismen ungestraft geblieben ist. So wurde *Iberdrola* – das Unternehmen kontrolliert einen großen Teil des mexikanischen Strommarkts – der Korruption ebenso beschuldigt wie der Kriminalisierung und Vertreibung lokaler Gemeinschaften und des Verstoßes gegen die ILO-Konvention 169.

#### Argentinien unter Druck

Am 22. Mai, mitten in der Pandemie, sah sich Argentinien außerstande, seine Schulden bei einer Gruppe internationaler Gläubiger zu begleichen. Damals liefen bereits harte Verhandlungen mit den Kreditgebern über die Umschuldung von 66 Mrd. USD. Am 4. August wurde eine Einigung erzielt, wonach Argentinien 54,8 USD pro 100 Dollar Schulden bezahlen wird. Das liegt sehr nahe an den von den Gläubigern verlangten 56 Dollar und weit über dem ursprünglichen Angebot Argentiniens von 39, was zeigt, dass der von den Gläubigern ausgeübte Druck erfolgreich war.



Foto: María de los Angeles Salis

Volksküche von Ni Una Menos in einem Außenbezirk von Buenos Aires

Einen Teil dieses Drucks erzeugte die Drohung mit Klagen vor internationalen Schiedsgerichten, wie sie am 17. Juni das US-Anwaltsbüro *White & Case* in den Raum stellte. Das auf solche Schiedsverfahren spezialisierte Büro war bereits an mindestens 73 bei ICSID eingebrachten Klagen von Investoren gegen Staaten beteiligt. Es hatte auch jene 60.000 italienischen Gläubiger vertreten, die der Umschuldung nach der argentinischen Schuldenkrise von 2001 die Zustimmung verweigert hatten. Im Jahr 2016 musste Argentinien an sie 1,35 Mrd. Dollar bezahlen. Die Drohung mit weiteren Klagen dieser Art ist eine wirksame Einschüchterungstaktik und hat die Regierung offenbar veranlasst, ihr Angebot aufzubessern.

## Kein Aufschub für Bolivien und Guatemala

In der schlimmsten politischen Krise seit Jahren ist Boliviens Regierung nicht nur mit der Gesundheits- und Wirtschaftskrise als Folge der Pandemie konfrontiert, sondern auch mit vier Verfahren, die Privatunternehmen vor internationalen Schiedsgerichten eingebracht haben und bei denen es insgesamt um über drei Milliarden Dollar geht.

In zwei der Verfahren, beide zum Thema Bergbau, verlangte die Regierung eine Unterbrechung und begründete das mit „höherer Gewalt im Zusammenhang mit der Covid-19-Gesundheitskrise“. Es sei ihr dadurch unmöglich gewesen, die geforderten Dokumente vorzulegen. In beiden Fällen lehnten es die Schiedsrichter ab, die Verfahren zu unterbrechen. Boliviens

Regierung sieht sich dadurch ihres Rechts auf Verteidigung beraubt.

Die US-Elektrizitätsgesellschaft TECO, die von der Anwaltskanzlei *White & Case* vertreten wird, fordert von Guatemala auf dem Rechtsweg die ihr von einem Schiedsgericht zugesprochenen 21 Mio. US-Dollar ein (inkl. Zinsen auf inzwischen 36,5 Mio. Dollar geschätzt). Da das Land wegen der Pandemie den nationalen Notstand erklärt hat, forderte Guatemala Zahlungsaufschub und argumentierte, durch die Zahlung würde sich die wirtschaftliche Lage des Landes zusätzlich verschlechtern. Ein US-Gericht lehnte die Forderung dennoch ab.

## Weitere Konzernklagen trotz Krise

Die aus der aktuellen Pandemie resultierende Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftskrise setzt die regionalen Regierungen unter Druck, doch ausländische Investoren haben nicht damit aufgehört, neue Klagen gegen ihre schon extrem belasteten Gastländer einzubringen. Zwischen Anfang März und Ende Juli wurden weltweit mindestens 16 neue Verfahren vor Schiedsgerichten eröffnet, 9 davon gegen lateinamerikanische Länder (3 gegen Kolumbien, je 2 gegen Mexiko, Peru und Panama). Auch wenn diese Prozesse nicht direkt mit staatlichen Maßnahmen gegen die Pandemie zusammenhängen, fehlen dadurch Mittel und Energie dort, wo sie jetzt am dringendsten gebraucht werden: im Kampf gegen die Pandemie und ihre sozioökonomischen Folgen.

Seit Beginn der Pandemie haben internationale Anwaltsbüros über mögliche

Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen als Reaktion auf Covid-19 spekuliert. In Dutzenden von schriftlichen Berichten an Unternehmen, für die sie tätig sind, identifizieren sie jene Maßnahmen von Regierungen, die zu Klagen Anlass geben könnten, und zwar gestützt auf Bestimmungen in einem der zahlreichen Investitionsschutzabkommen.

Zum Beispiel haben Kolumbien, Honduras, Paraguay und Argentinien Maßnahmen zum KundInnenschutz im Bereich Wasserversorgung ergriffen, indem sie etwa untersagten, während der Krise die Wasserversorgung wegen einer unbezahlten Rechnung zu sperren. In ähnlicher Weise haben Chile und Ecuador die Ausgabe von Zwangslizenzen ermöglicht, die verhindern sollen, dass eine einzige Firma Medikamente oder medizinische Ausrüstung monopolisieren kann. In den Augen von auf Investitionsschutz spezialisierten Anwälten handelt es sich etwa beim Zwang, Medikamente verbilligt abzugeben, um Enteignung, was zu Klagen unter Berufung auf Investitionsabkommen führen kann.

## Wende durch Covid-19?

Die Verträge zum Schutz ausländischer Investitionen drohen die Krise in den Ländern der Region zu verschärfen und üben zusätzlichen Druck auf die Regierungen aus. In einer Zeit, in der alle Anstrengungen auf die Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen konzentriert werden sollten, müssen die Regierungen ihre knappen Ressourcen für Prozesse aufwenden, die ihnen aufgrund von Maßnahmen gegen Covid-19 drohen. Sie müssen auch Zahlungen an Investoren leisten, während dieses Geld für die unmittelbare Notlage benötigt würde.

Die Regierungen werden die durch diese neue Krise ausgelöste Klagswelle nur schwer vermeiden können. Es liegt aber in ihrer Macht zu verhindern, dass das auch in der Zukunft geschieht, indem sie sich den über 600 sozialen Organisationen anschließen, die sich gegen die aktuellen Verträge zum Investitionsschutz ausgesprochen haben, und Verhandlungen über neue Abkommen dieser Art einstellen. Die hohen Kosten dieser Abkommen sind nicht länger zu rechtfertigen, da es keinen Beleg für ihre Nützlichkeit gibt. ■

Zusammenfassende Übersetzung des auf der Seite des Transnational Institute unter dem Titel „Juggling crises“ (<https://longreads.tni.org/jugglingcrises>) veröffentlichten Beitrags: Hermann Klosius

# BOLIVIENS LITHIUMPOKER MIT HOHEM EINSATZ

Lithium ruft zwei ganz unterschiedliche Vorstellungen hervor. Für Umweltschützer im Norden des Globus steht Lithium für eine Zukunft nach den Kohlenwasserstoffen, mit dem Potenzial, die Klimakatastrophe abzuwenden. Lithium-Ionen-Batterien, die schon heute in Mobiltelefonen und Elektroautos zum Einsatz kommen, werden als Angelpunkt für den Übergang zu einem Wirtschaftsmodell angesehen, das auf erneuerbaren Energien beruht.

Von Tom Perreault

In Bolivien gilt Lithium dagegen als der kommende große Wurf, als Rohstoff, der einem der ärmsten Länder Südamerikas wirtschaftliche Entwicklung bringen kann. Es verspricht, neben Bergbau und Erdgas zu einem wichtigen Exportprodukt für Bolivien zu werden. Es gibt aber auch eine wachsende Zahl von AktivistInnen und ForscherInnen, die vor Umweltschäden großen Ausmaßes warnen, denn die Lithiumgewinnung benötigt große Mengen Grundwasser und es fallen chemische Rückstände an. Doch diese Bedenken haben innerhalb und außerhalb Boliviens noch relativ wenig Aufmerksamkeit gefunden.

Was ist also Lithium und wie wird es gewonnen? Das Element Lithium ist in einer ganzen Reihe von Materien enthalten, beispielsweise auch in Meerwasser, und kommt zusammen mit Erdöl vor. Doch profitabel gewonnen werden kann es nur aus *Pegmatit*, einem magmatischen Gestein, einigen Formen von Lehm und durch Verdunsten von Salzlake aus natürlichen Salzpfannen oder -seen, „Salare“ genannt. Jene im Norden Chiles, im Nordwesten Argentiniens und im Südwesten Boliviens, wo das südliche Altiplano mit der Atacama-Wüste zusammentrifft, bilden das sogenannte Lithium-Dreieck.

In Argentinien und Chile findet die Lithium-Gewinnung in einer Reihe kleinerer Salare statt. In Bolivien konzentriert sie sich auf den *Salar de Uyuni*, mit 10.582 km<sup>2</sup> die größte Salzpfanne der Erde. Eine extreme Landschaft mit großer Höhenlage, großer Trockenheit – und einer ebenso herben wie wilden Schönheit. Mitten drin Oasen des Lebens: Flamingos, Vicuñas und andere Tiere leben in diesen Hochland-Feuchtgebieten, sogenannten *bofedales*, und an den Flussufern, die die Wüstenlandschaft durchziehen. Inmitten von Bergbau und Tourismus leben dort auch hunderte bäuerlich-indigene Gemeinschaften: *Quechua*, *Aymara*, *Atacameños*.

Im Lithium-Dreieck liegen 55 Prozent der abbaubaren Lithium-Reserven und 85 Prozent der Vorkommen, die sich aus Salzlake gewinnen lassen, sagt die bolivianische Wissenschaftlerin Daniela Sánchez-López von der Universität Cambridge. Chile und Argentinien lassen die bolivianische Produktion weit abgehängt, weil deren Regierungen transnationale Konzerne damit beauftragt haben und sich bisher mit dem Export nur minimal verarbeiteten Lithiums zufriedengeben.

Bolivien hat einen anderen Weg gewählt: Ungeachtet seiner Umweltrhetorik ging es dem bisherigen Präsidenten Evo Morales weniger um einen Green New Deal als um die Vermeidung des Ressourcen-Fluchs, der die Abhängigkeit des Landes von extraktiven Industrien gekennzeichnet hatte. Unverarbeitete Mineralien und Erdgas machen rund 60 Prozent der bolivianischen Exporte aus. 90 Prozent sind es, wenn man Soja und Rindfleisch hinzurechnet. Um damit zu brechen, verfolgte Morales eine Strategie der staatsgeleiteten Lithium-Produktion.

Aus bolivianischer Perspektive ist sie die letzte einer langen Geschichte von extraktiven Aktivitäten, die die Träume von Reichtum genauso nährten wie die Unterentwicklung des Landes. Jüngst spielte Lithium auch eine Rolle beim Aufbruch, der Morales aus dem Amt zwang und an die Stelle seiner Regierung der MAS (*Movimiento al Socialismo*) eine revanchistische, rechte Clique beförderte.

## Lithium und die Wahlen

Der Kollaps der Regierung Morales im letzten November beendete ein bemerkenswertes Kapitel der bolivianischen Geschichte. Morales' plötzliche Flucht und seine Ersetzung durch eine rechte Interimsregierung zusammen mit dem Aufstieg einer Rechtsaußen-Bewegung mit kaum bekannten Figuren aus Splitterparteien und Bürgerbewegungen hat die Zu-

kunft von Morales' Prozess des Wandels in Frage gestellt.

Die Proteste im Gefolge der Wahlen rückten Luis Fernando Camacho ins Rampenlicht, Präsident des rechten Bürgerkomitees von Santa Cruz. An seiner Seite stand Marco Antonio Pumari, der seine Erfahrungen als Präsident des Bürgerkomitees (COMCIPO) der Minenstadt Potosí und Funktionär des wichtigen Gewerkschaftsbundes des Departements sammelte. Während des Wahlkampfs hatte er bereits einen zwölf-tägigen Hungerstreik angeführt, der sich gegen die Verträge mit deutschen und chinesischen Unternehmen bei der Lithiumgewinnung richtete. Es ging dabei um einen höheren Anteil aus den Erträgen für das Departement und die Provinzverwaltungen.

Sánchez-López zufolge hatte die MAS-Regierung entsprechende Vereinbarungen mit den lokalen Gemeinden ausgehandelt, aber nicht mit der Regierung des Departements Potosí und der Departementshauptstadt. Daraus entstand ein wachsender Stadt-Land-Konflikt über die Erträge der erwarteten Lithium-Bonanza. COMCIPOs Hungerstreik ging dann in die Proteste gegen den vermeintlichen Wahlbetrug über. Dass Pumari – ein früherer Bergarbeiter, Straßenverkäufer und Gewerkschaftsführer aus dem Hochland von Potosí – nicht nur Morales bekämpfte, sondern sich dabei mit dem Führer von notorisch rechtsradikalen Organisationen des Tieflands verband, ist nur eines von so manchen verblüffenden Details dieser Proteste.

## Von Wasser über Gas zum Lithium

Ähnliche Konflikte waren zentral für die Aufstände von 2003, die zum Sturz der neoliberalen Regierung von „Goni“ Sánchez de Lozada führten. Nur drei Jahre nach dem Wasserkrieg von Cochabamba im April 2000 brachen erneut Proteste aus, diesmal gegen geplante Erdgasexporte in die USA mittels einer Pipeline durch Chile. Im Zentrum stand – wie vorher beim Wasserkrieg – das weitverbreitete Gefühl, dass das neoliberale Modell der Ressourcenausbeutung nur den Eliten nutzte und die Armen ausschloss. Wochen der Straßenblockaden, Militäreinsätze und gewalttätigen Zusammenstöße im Oktober 2003 –



Im Inneren einer Lithium-Pilotanlage am Salar de Uyuni

bei denen die Armee 60 Protestierende erschoss – gipfelten in „Gonis“ Rücktritt. Dieser sogenannte Gaskrieg befeuerte den turbulenten Prozess, der schließlich zu Morales' Wahlsieg im Dezember 2005 führte.

Eine von Morales' ersten Amtshandlungen als Präsident war die Nationalisierung der Erdgasreserven. Mehr eine Neuverhandlung der Verträge als eine wirkliche Nationalisierung, stellte diese Politik die Rolle des Staates bei der Ausbeutung und dem Verkauf von Erdgas wieder her. Dabei erhielt die Zentralregierung einen größeren Anteil an den Profiten aus den Gasverkäufen, was es ihr erlaubte, eine ganze Reihe von sozialen Programmen zugunsten der Armen, der Alten, von Schulkindern und schwangeren Frauen zu finanzieren. Wenig überraschend wurden dabei die Gasrenten zum Streitobjekt, weil die Departements Tarija und Santa Cruz, wo sich die große Mehrzahl der Gasreserven befindet, versuchten, ihren Anteil an den Einkünften zu vergrößern.

Diese Forderungen bildeten die Kulisse für massive Proteste in der Stadt Santa Cruz im Jahr 2008, bei denen es um die Forderung nach regionaler Autonomie – inklusive größerer Kontrolle über die Naturressourcen – in Verbindung mit einer rassistischen, rechten Gegenreaktion gegen Morales und seine Unterstützer ging. Das Bürgerkomitee von Santa Cruz spielte dabei schon damals eine führende Rolle. Seine Jugendorganisation *Unión de la Juventud Cruceñista* griff andine Migranten und jeden an, der im Verdacht stand, Morales zu unterstützen.

Es gibt viele Unterschiede zwischen früheren Protesten und der Nachwahl-

wahl vom Oktober und November 2019. Die Wasser- und Gaskriege waren Erhebungen auf breiter Basis, die städtische und ländliche Bewegungen zusammen brachten, was bei den jüngsten Lithium-Protesten nicht der Fall war. Doch es gibt auch wichtige Kontinuitäten. Es waren jeweils unterschiedliche Auffassungen darüber, wie mit den natürlichen Ressourcen umgegangen werden soll, auf welcher Ebene der Regierung und zu wessen Nutzen, die die Proteste auslösten.

## Das Saudi Arabien des Lithiums

Die Regierung Morales setzte erste Schritte zur Produktion und letztlich Industrialisierung des Lithiums mit einem Dekret von 2008. Zwei fundamentale Ziele leiteten ihre Pläne. Erstens würde die Produktion national sein und der Staat würde über staatliche Unternehmen die Führungsrolle übernehmen, ausländische Unternehmen eine untergeordnete Rolle spielen. Zweitens würde Lithium industrialisiert werden. Um die historische Abhängigkeit des Landes von Rohstoffförderung und Rohstoffexporten zu überwinden, würde Lithium zu industriellen Waren mit einem Mehrwert weiterverarbeitet: Lithium-Karbonat – ein Hauptbestandteil der Batterieproduktion, der Metallurgie und anderer industrieller Prozesse – und sogar Lithium-Ionen-Batterien. Neben Lithium wird im Salar de Uyuni inzwischen auch Kaliumchlorid, das man für Düngemittel braucht, produziert.

Über wie viel Lithium Bolivien verfügt, hängt davon ab, wem man glaubt. Das *US Geological Survey* schätzt, dass es

22 Prozent der weltweiten Reserven sind – die größten unter allen Ländern –, während die bolivianische Regierung von eher 70 Prozent spricht. Ungeachtet dessen ist Bolivien damit ein wichtiger Player beim Übergang zu erneuerbaren Energien, es streitet mit Chile um den Titel „Saudi Arabien des Lithiums“. Doch trotz der massiven Reserven hatten zahlreiche bolivianische Regierungen Schwierigkeiten damit, den Schatz auf profitable Weise zu heben. Die Magnesiumkonzentration in bolivianischem Lithium ist dreimal höher als in jenem aus dem chilenischen Salar de Atacama, was die Verarbeitung verteuert. Beim Salar de Uyuni ist auch die Sonneneinstrahlung geringer als beim chilenischen Konkurrenten, weil es hier häufig wolkgig ist und deutlich mehr regnet. Weil Lithium durch Verdunstung der Salzlake in Pools gewonnen wird, verlangsamt dies den Gewinnungsprozess. Dramatische Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie sporadische Proteste und politische Konflikte haben die Versuche, Lithium in Bolivien zu produzieren, weiter kompliziert.

Das Interesse am bolivianischen Lithium geht auf das Jahr 1970 zurück, lange bevor es die MAS gab, von einem Green New Deal die Rede war oder gar von der Sorge über einen Klimawandel. Mitte der siebziger Jahre bestätigten Probebohrungen das Vorkommen von Lithium im Salar de Uyuni und die Regierung von Hernán Siles Suazo erlaubte den Bau eines Industriekomplexes, der die „Verdunstungsressourcen“ in den Salzpfannen betreuen sollte. Während der nächsten zwei Jahrzehnte scheiterten diverse neoliberale Regierungen mit ihren Bemühungen, Verträge zur Lithium-Gewinnung mit transnationalen Firmen abzuschließen.

Die Wahl von Evo Morales änderte den Umgang Boliviens mit Lithium und seinen anderen Rohstoffen dramatisch. Nach der Nationalisierung der Erdgasressourcen und der Wiederherstellung der staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL im Jahr 2006 nahm die MAS-Regierung Lithium in den Blick. Im Jahr 2008 wies Morales die COMIBOL an, eine Gesellschaft zur Koordination der Entwicklung der Ressourcen des Salar zu gründen: die *Gerencia Nacional de Recursos Evaporíticos* (GNRE). Diese begann schon bald mit der

## ⇒ von Seite 9: BOLIVIENS LITHIUM-POKER

Produktion von Kaliumchlorid, was sich bewährte: Bolivien hatte Düngemittel importiert und exportiert nun nach Brasilien. 2017 baute die Regierung GNRE zu einem staatlichen Betrieb um, den *Yacimientos de Litio Bolivianos* (YLB), und unterstellte sie dem neugeschaffenen Ministerium für Energie. Im Jahr darauf reiste Morales in den Salar, um eine neue Kaliumchlorid-Fabrik einzuweihen, die nach deutschem Design mit chinesischer Finanzierung und Arbeitskraft gebaut wurde. YLB begann mit dem Bau einer weiteren Fabrik für die Produktion von Lithium-Karbonat. Doch die prominente Rolle ausländischer Firmen, häufige Verzögerungen beim Bau und der Mangel an Transparenz gaben immer wieder Anlass zum Streit und COMCIPO-Protesten im Vorfeld der Wahlen von 2019.

### Eine umstrittene Ressource

Während man Lithium im Ausland als vitale Zutat zu einer Energiewende hin zu erneuerbarer Energie sieht, wurde es im Lande selbst als neueste und größte Hoffnung für eine Industrialisierung der Wirtschaft diskutiert. So kam es vielleicht unausweichlich zu Spannungen zwischen auf lokaler, departementaler und nationaler Ebene Beteiligten. Die Sache wird noch komplizierter, weil der Salar de Uyuni Teil einer Sonderzone ist, was der Zentralregierung direkte und exklusive Kontrolle über die Lithiumproduktion gibt. Das bedeutet, dass keine der sechs Gemeinden, die am Salar liegen, an der Verwaltung des Lithiums beteiligt ist. Die Profite aus dieser Sonderzone kommen damit nicht automatisch auch den Gemeinden zugute, wie etwa bei Gas oder Bergbau, und die lokalen Vertreter müssen mit der Zentralregierung um ihren Anteil an den Gebühren verhandeln.

Ein wichtiger Akteur auf lokaler Ebene ist die *Federación Única de Trabajadores Campesinos del Altiplano Sur* (FRUTCAS). Gegründet in den frühen 1980er Jahren zur Vertretung der bäuerlichen Gemeinden des Südens des Departements Potosí, war FRUTCAS starker Befürworter und legitimierende Kraft für die Pläne zur Industrialisierung von Lithium. Gleichzeitig jedoch hatte sich FRUTCAS immer gegen die Anwesenheit ausländischer Firmen und für die staatliche Kontrolle der Entwicklung ausgesprochen. 2018 nannte der FRUTCAS-Vertreter César Mayorga

gegenüber dem Autor als wichtigste Sorge die Sicherstellung, dass die Anrainergemeinden am Salar von der Lithiumproduktion profitieren. Die regionale Entwicklung zu stärken sei Kernanliegen von FRUTCAS und ein gerechter Anteil an der Lithiumproduktion dafür entscheidend.

Der zwischenzeitlich militanteste Akteur ist jedoch das Zivilkomitee COMCIPO der Departementshauptstadt Potosí. Wie FRUTCAS hat COMCIPO lange eine transnationale Beteiligung im Lithiumsektor abgelehnt und nutzt Lithium als politische Plattform, um lokale und regionale Interessen zu verfolgen. Jüngst hatte man im Vorfeld der Wahlen von 2019 eine Reihe von Protesten organisiert, bei denen für die Departementsregierung mehr als die von der Zentralregierung gebotenen drei Prozent gefordert wurde. COMCIPO war auch gegen das Arrangement der Regierung mit der deutschen *ACI Systems GmbH* zum Bau einer Fabrik für Lithium-Ionen-Batterien in Palea, nahe Potosí. Es war die Beteiligung ausländischer Firmen bei der Lithiumentwicklung und der als ungerecht empfundene Anteil an den Profiten, der Pumaris Vorwahl-Hungerstreik inspirierte.

### Umweltsorgen

Während sich der COMCIPO-Protest hauptsächlich auf die Verteilung der Lithium-Renten konzentrierte, erfuhren die Umweltbedenken relativ wenig Aufmerksamkeit. Kritiker sehen zwei Gefahren: die Beseitigung der chemischen Abfälle und die Notwendigkeit großer Wassermengen in der trockenen Umgebung des Altiplano. Nach Sánchez-López von der Universität Cambridge fallen bei der Produktion von Lithium-Karbonat und Kaliumchlorid täglich rund 4.000 Tonnen chemische Abfälle an, die im Salar selbst abgelagert werden. Wenn sie trocknen, bringen die starken Winde Partikel davon auf die Quinoa- und andere Felder der angrenzenden Bauerngemeinden. Der Wasserbedarf stellt eine noch größere Umweltbedrohung dar. Um Lithiumlauge herzustellen, werden große Mengen Wasser in den Untergrund eingespritzt und die Salzlauge dann an die Oberfläche gepumpt. Dort wird sie in Pools einige Wochen lang der Verdunstung ausgesetzt, bis die Konzentration hoch genug ist, um mit Hilfe von Kalziumoxid (Ätzkalk) und anderen Chemikalien das Lithium von den Salzen und Mineralien zu trennen. Dieser Vorgang hat Auswirkungen auf das Grundwasser, die man noch nicht

vollständig versteht. Dennoch hatte die Lithiumfabrik mit ihren riesigen Verdunstungsbecken, den massiven Industrieanlagen und Abfallgruben keine Schwierigkeiten, die erforderlichen Umweltlizenzen zu bekommen. Der Fall von Chiles Salar de Atacama mag ein lehrreicher Vergleich sein. Die Lithium-Produktion hat dort bedeutende Auswirkungen auf den Wasserspiegel und hat Proteste lokaler Indígena-Gemeinschaften entflammt. Zu ähnlichen Protesten könnte es auch auf der bolivianischen Seite der Grenze kommen.

Die Einwohner der Stadt Potosí treiben indessen Sorgen über den Mangel an öffentlicher Transparenz und Beteiligung an. Eine Ursache für die COMCIPO-Proteste von 2019 war die Tatsache, dass die öffentliche Anhörung zur vorgeschlagenen Lithium-Ionen-Batterie-Fabrik im August 2018 stattfand – Jahre nachdem die Regierung die Planungen bereits bewilligt hatte. Solche Missachtung der Bürgerbeteiligung im Bergbausektor ist allerdings üblich – in Bolivien und darüber hinaus.

Die Erwartung, das Lithium würde einen wirtschaftlichen Boom auslösen, bleibt einstweilen ein entfernter Traum und der jüngste politische Umbruch macht die langsamen Fortschritte auf dem Weg zum wichtigen Player auf dem globalen Lithiummarkt noch komplizierter. Die rechte Interimspräsidentin Jeanine Áñez hat einen neuen Chef des YLB ernannt und das zuständige Vizeministerium mit ihr loyalem Personal besetzt. Aber es ist noch zu früh, um zu wissen, was dies für Boliviens Strategie einer staatsgeleiteten Lithiumproduktion bedeutet. Der Realitätstest kommt nach den Wahlen vom Oktober. Angesichts der möglichen Umweltauswirkungen bleiben Forscher und Umweltschützer misstrauisch. Wie bei so vielen Fällen von Ressourcenboom in der bolivianischen Geschichte ist die Lithiumproduktion durchsetzt von Konflikten und potentiell desaströsen sozialen und Umweltauswirkungen. Lithium, so zentral für die Vision nach den Kohlenwasserstoffen, ist als Element so vielversprechend wie riskant. Befürworter eines Green New Deal müssen solche Bedenken berücksichtigen, wenn die Energiewende auch gerecht sein soll. ■

Tom Perreault ist DellPlain Professor für lateinamerikanische Geographie an der Universität von Syracuse. Sein Beitrag ist in der Ausgabe 2/2020 des NACLA-Report erschienen. Übersetzung und Kürzung: Robert Lessmann



# MEXIKOS MILITARISIERTE MEGAPROJEKTE

Während die Pandemie im Land wütet, zählen zu den Prioritäten des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) eine Bahnlinie, Pipelines und eine Raffinerie.

Von Shannon Young

Im Schatten einer sich stetig ausbreitenden Pandemie, die landesweit schon zehntausende Menschenleben gefordert hat, schreiten die Bemühungen zur Umgestaltung des mexikanischen Südens voran. Kritische Stimmen sehen in der Reihe der für die Region geplanten Großprojekte eine ernste Bedrohung für die Gesellschaften, Territorien und Ökosysteme der Region. Für ihre Befürworter bedeuten sie eine große Chance auf wirtschaftliche Erholung inmitten einer globalen Krise. Beide Seiten stimmen darin überein, dass mit den Projekten ein fundamentaler Wandel verbunden sein wird.

Die miteinander verknüpften Infrastrukturprojekte umfassen eine Zugstrecke durch die Halbinsel Yucatán mit neu geplanten Städten, eine enorme neue Raffinerie in Tabasco, Staudämme und eine Gaspipeline in drei südlich an Mexiko-Stadt angrenzenden Staaten, einen neuen internationalen Flughafen in der Hauptstadt und mittendrin eine Bahnlinie und einen Industriekorridor quer durch den Isthmus von Tehuantepec. Gegen diese fünf Projekte – *Tren Maya*, Raffinerie *Dos Bocas*, Integrales Projekt Morelos, Flughafen *Santa Lucía* und Trans-Isthmus-Korridor – gibt es rechtliche Einsprüche in Mexiko selbst, und im August wurde dagegen auch bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission Klage erhoben.

„Gemeinsam haben diese Projekte enorme Auswirkungen auf die Bevölkerung dieser Regionen und auf die Umwelt“, stellt Carlos González fest, ein Nahua und auf Landrechtsfragen spezialisierter Anwalt beim Indigenen Regierungsrat CIG. Aus seiner Sicht stehen die Projekte im Einklang mit den Prioritäten der USA in der Region: Neudefinition von Grenzen, Neuordnung von Territorien und Kontrolle der Bevölkerung. Zugleich spielen sie mächtigen Finanzinteressen in die Hände. Den transisthmischen Korridor nennt er das Bindeglied zwischen den Pro-



Foto: Francisco Collin Varela/Flickr

Fridays for Future-Kundgebung in Mexiko Stadt: „Weder Raffinerie noch Tren Maya: Ich will einen Planeten zum Leben“

jekten im Süden und im Zentrum des Landes.

Der Regierungsplan für diesen Korridor zwischen Atlantik und Pazifik sieht vor, die beiden Küsten durch eine Bahnlinie und eine Autobahn zu verbinden, die Häfen an beiden Seiten auszubauen, Raffinerien durch Pipelines zu verbinden und entlang des Korridors zehn steuerbegünstigte Industrieparks zu errichten. Das Projekt soll mit dem alternden Panamakanal in Konkurrenz treten und zollbefreite Produktionsstätten ähnlich der Freihandelszone entlang der Grenze zu den USA mit ihren Maquila-Betrieben enthalten.

Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) bewirbt die Megaprojekte als Mittel, Arbeitsplätze zu schaffen, von strategischen Lagen und Ressourcen zu profitieren sowie die wirtschaftliche Kluft zwischen dem industrialisierten Norden und dem armen Süden zu überwinden. Ein weiteres im Nationalen Entwicklungsplan der Regierung formuliertes Ziel ist „die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Zonen mit überschüssiger Arbeitskraft und dass die regionalen Entwicklungsprojekte den Migrationsfluss in Richtung Norden auffangen“.

Bettina Cruz, eine indigene Akademikerin und Aktivistin in Juchitán, Oaxaca, meint, der interozeanische Korridor werde wie eine Grenzmauer wirken angesichts einer geplanten „viergleisigen Bahnlinie und einer Autobahn, auf der Polizei, Nationalgarde, Marine und Streitkräfte patrouillieren werden“.

## Militär gewinnt Einfluss

Das Militär spielt bei den Megaprojekten der Regierung eine Schlüsselrolle. Die Streitkräfte leiten den Bau des neuen internationalen Flughafens außerhalb der Hauptstadt auf dem Gelände eines früheren Luftwaffenstützpunkts; neben dem zivilen Luftverkehr wird er weiterhin für militärische Flüge genutzt werden.

Das Verteidigungsministerium baut auch den letzten Abschnitt des *Tren Maya* durch eine besonders abgelegene Region. „Die Militarisierung dieses letzten Teils ist besonders schwerwiegend“, erklärt der Maya Pedro Uc Be, ein Schriftsteller und ausgesprochener Gegner der Bahnstrecke. „Es ist wie eine Botschaft des Präsidenten an uns, jede Art von Kritik oder Protestaktion werde unterbunden werden“.

## ➔ von Seite 11: MEXIKOS MEGA-PROJEKTE

Erst im Juli hat Präsident López Obrador angekündigt, er wolle die Verwaltung der Zollämter und Häfen des Landes der Marine übertragen, was die Militarisierung der Häfen an beiden Seiten des Trans-Isthmus-Korridors bedeutet. Dieses Vorhaben der Militarisierung ziviler Aufgaben führte zum Rücktritt des Kommunikations- und Transportministers. Der Präsident erwartet, die Verwaltung durch das Militär werde mit höherer Disziplin verbunden sein und Korruption verhindern – ein im langjährigen „Drogenkrieg“ vielfach gebräuchtes Argument.

Für diese Maßnahme wird, wie schon in anderen Fällen unter der aktuellen Regierung, eine Verfassungsänderung erforderlich sein. Die Regierungspartei MORENA verfügt in beiden Häusern des Kongresses über eine Mehrheit und kontrolliert auch genug Parlamente von Bundesstaaten, um solche Reformen durchzubringen. Eine solche Verfassungsänderung war es auch, die AMLO die Schaffung der Nationalgarde, einer mit ursprünglich zivilpolizeilichen Aufgaben betrauten militarisierten Sondereinheit, ermöglichte.

Zwei Dekrete des Präsidenten aus der Phase, als sich in Mexiko die Pandemie intensiviert, haben die Zukunft der Megaprojekte und des Militärs noch stärker miteinander verschränkt. Das erste, veröffentlicht am 23. April, kürzte das Budget für alle Regierungsstellen und Programme um 75 Prozent, mit Ausnahme von ein paar Dutzend für den Präsidenten besonders wichtigen Programmen. Die umstrittenen Megaprojekte wurden als national vorrangig eingestuft und die Budgets der Streitkräfte sowie der Nationalgarde wurden von der Kürzung ausgenommen. Durch ein weiteres Dekret des Präsidenten wurde am 11. Mai die Beteiligung der Streitkräfte an zivilen Polizeiaufgaben weiter ausgeweitet; konkret soll die Nationalgarde bis März 2024 mit der Polizei kooperieren.

„Auf der einen Seite bewirken die beiden Dekrete Militarisierung und Militarismus“, so der Anthropologe Gilberto López y Rivas. „Andererseits folgt daraus die Fortsetzung extraktivistischer Entwicklungsprogramme früherer Regierungen, welche die heutige Regierung früher kritisiert hat.“ López y Rivas definiert Militarismus als eine Überbetonung der Streitkräfte und der angeblichen Vorteile, die sie einem Land bringen. Der Überlebende des

Massakers von *Tlatelolco* (1968) und ehemalige Abgeordnete, der aus Erfahrung weiß, dass die zivile Kontrolle des Militärs so gut wie unmöglich ist, findet es bedenklich, das Militär ungeprüft quasi auf einen Sockel zu stellen.

In den Augen vieler indigener Gemeinschaften, die Megaprojekten im Weg stehen, versieht die Regierung Vorschläge, die in der Vergangenheit Schiffbruch erlitten haben, bloß mit einer neuen rhetorischen Farbschicht. Die Begeisterung für den interozeanischen Korridor dürfte bei allen, denen der *Plan Puebla-Panama* (PPP) der Regierung von Vicente Fox ein Begriff ist, Erinnerungen wecken. Der Wirtschaftsmagnat und politische Strippenzieher Alfonso Romo war damals die treibende Kraft hinter dem PPP. Heute ist er AMLOs Stabschef. „Sie können die Aufseher und Vorarbeiter austauschen, doch der Besitzer der Plantage bleibt derselbe“, hieß es in einer EZLN-Erklärung nach AMLOs Erdbebenkatastrophe.

### Pandemie bremst Widerstand

Der Präsident will die vorrangigen Megaprojekte bis zum Ende seiner Amtszeit fertigstellen. Mehrfach ist er während der Pandemie angereist, um die Fortschritte beim *Tren Maya* sowie dem Transisthmischen Korridor zu verfolgen und feierlich Bänder durchzuschneiden. Ironischerweise könnte die Pandemie den Fortschritt dieser umstrittenen Projekte erleichtern, da die lokalen AktivistInnen zu Hause bleiben, um die Ansteckung durch Covid-19 zu vermeiden, während die Regierung wenig unternimmt, um der Krankheit Einhalt zu gebieten.

Die Pandemie hat im Umfeld der Megaprojekte gelegene Gebiete hart getroffen, was aber beim oberflächlichen Blick auf die offiziellen Gesundheitsstatistiken übersehen wird. Die Vereinigung Indigener Gemeinschaften im Norden des Isthmus (UCIZONI), eine Gegnerin des Korridors, hat die Regierung angesichts der Intensität des Ausbruchs und der hohen Entfernung zum nächsten großen Krankenhaus zur Errichtung eines Feldspitals aufgerufen. Seit Beginn der Pandemie sind ihr drei langjährige UCIZONI-Mitarbeiter zum Opfer gefallen.

Infolge einer unzureichenden Anzahl von Tests wurde nur ein Teil der Infektionen erfasst. Um die Auswirkungen des Virus zu erfassen, haben die Gemeindebehörden im Isthmus den Überschuss an Todesfällen (im Vergleich zum histori-

schen Durchschnitt) herangezogen. In Juchitán, der größten Stadt in der Region, lassen Begräbnislisten darauf schließen, dass weniger als ein Viertel der vermutlichen Todesfälle mit Covid-19 durch den Test eines Laboratoriums erfasst worden sind. Wegen eines größeren Ausbruchs unter dem Personal musste im Juli in Juchitán das größte regionale Krankenhaus vorübergehend geschlossen werden.

Die Regierung behauptet, die lokalen Gemeinden unterstützten die Megaprojekte und verweist auf eine Reihe von 2019 durchgeführten „Konsultationen“. Nach Auffassung der AktivistInnen Bettina Cruz und Pedro Uc Be sowie des Anwalts für Landrechte Carlos González haben diese die Kriterien der vorhergehenden freien und informierten Zustimmung nicht erfüllt; sie erfolgte nicht entsprechend den kulturellen Normen für Entscheidungen von Indigenen in Versammlungen.

„Was die Regierung getan hat, war einfach die Durchsetzung der Sichtweise des Präsidenten durch eine Medienkampagne“, erklärte der Menschenrechtsanwalt Víctor Caballero vom Kollektiv *Aequus*. „Sie kündigten die Konsultation im Vertrauen auf die Popularität des Präsidenten an und betonten nur die Vorteile der Arbeiten, um dann die Anwesenden zu fragen, ob sie diese Vorteile erhalten wollten oder nicht.“ Caballero half bei der Formulierung rechtlicher Einsprüche gegen die Megaprojekte. Bei den Konsultationen, die den in der ILO-Konvention 169 formulierten Kriterien nicht entsprochen hätten, sei es im Grunde nur darum gegangen, die Leute für die Position des Präsidenten zu gewinnen.

Was die Rechtsmittel in Mexiko und die Klage vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission betrifft, ist der Landrechtsaktivist Pedro Uc Be nicht optimistisch. In Mexikos Rechtssystem gebe es keinen einzigen Indigenen als Richter. „Als indigene Völker können wir uns kaum verteidigen, sei es wegen der Sprachbarrieren oder infolge von Gesetzen, die für uns ungünstig sind und weil uns der Zugang zu Information darüber fehlt.“ Die aktuelle Situation habe „Probleme verdeutlicht, die nicht neu sind – sie lassen sich mehr als 500 Jahre zurück verfolgen –, die sich aber mit dieser Regierung noch ein wenig klarer herauskristallisiert haben“.

Shannon Young ist unabhängige Journalistin in Oaxaca (Twitter: @SYoungReports). Ihren auf [www.nacla.org](http://www.nacla.org) erstveröffentlichten Text hat Hermann Klosius aus dem Englischen übersetzt.

# MIT BILDUNG ZUM ÖKOSOZIALISMUS

Die **brasilianische** Landlosenbewegung (MST) nutzt in beispielhafter Weise politische Bildung als unverzichtbares Instrument für eine alternative gesellschaftliche Transformation. Die dabei bisher erzielten Erfolge gilt es sowohl gegen die Auswirkungen der in Brasilien besonders schwer verlaufenden Pandemie als auch gegen die Angriffe einer der MST feindlich gesinnten Regierung zu verteidigen.

David Meek & Rebecca Tarlau\*



Protest von MST-Frauen gegen den Bergbaukonzern Vale in Mariana, Minas Gerais

**H**elix, Mitglied der brasilianischen Landlosenbewegung und Student der nachhaltigen Landwirtschaft, trägt rote Farbe auf sein Gesicht auf und schreibt dann mit weißer Schminke auf seine linke Wange: „Fora!“ und auf die rechte Wange: „Temer“. Es ist Oktober 2017. Im Jahr zuvor war Präsidentin Dilma Rousseff in einem von KommentatorInnen als institutioneller Putsch bezeichneten Vorgang abgesetzt worden. Michel Temer, Rousseffs rechtsgerichteter Vizepräsident, hatte die Macht übernommen und sofort damit begonnen, die öffentlichen Mittel für Agrarreform, Bildungsinitiativen und andere politische Maßnahmen zurückzufahren und die Errungenschaften für die Armen abzuschaffen.

Hier in der Siedlung Palmares II im östlichen Amazonasstaat Pará veranstaltet die MST ihre *Jornada dos Sem Terrinha*, eine Woche mit Workshops zur politischen Bildung für Kinder und Jugendliche. Helix schminkt sein Gesicht in Vorbereitung auf

eine *mística*, eine politische Theateraufführung. Wenig später beginnt die kollektive Kerngruppe von Helix, die an diesem Tag für die Durchführung der *mística* verantwortlich ist, mit ihrer Aufführung: Adinete tritt ein, eingehüllt in schwarzen Stoff und sich anmutig bewegend trägt sie Auszüge aus einer von Temer vorgeschlagenen Verfassungsänderung vor, bekannt als PEC 241, die die Sozialausgaben für Bildung und andere öffentliche Sektoren für 20 Jahre einfrieren würde. Als sie zum Schluss kommt, erhebt sich auffälliges Flüstern aus jeder Ecke des Raumes, das an Lautstärke zunimmt. „PEC-241?!“, klagt die Gruppe, während sie den Kopf schütteln, vorgeben zu weinen und sich gegenseitig trösten. Sie halten ihren Sprechgesang an, als drei StudentInnen eintreten und die Mitte des Raumes umkreisen. Die erste hält einen Grabstein aus Pappe, auf dem PRONERA, das Nationale Programm für Bildung in Bereichen der Agrarreform, zu lesen ist, ein wichtiges Bildungspro-

gramm, für das die MST gekämpft hatte. Der zweite trägt eine ähnliche Requisite herein, die das basisorientierte alternative Bildungsmodell *Educação do Campo* darstellt. Dann hebt die dritte Studentin ihr Schild über den Kopf und die DarstellerInnen schreien einstimmig, was darauf zu lesen ist: „Ernährungssouveränität!“ Ein kleines Kind tritt in den Kreis und fragt das Publikum: „Was wird aus unserer Zukunft werden?“ Helix tritt an ihre Seite und hebt langsam seine linke Faust in die Luft, während er die Worte singt: „Fora Temer! Fora Temer!“

Diese Aufführung unterstreicht das politische Verständnis der MST-Jugendlichen. Seit mehr als drei Jahrzehnten fordert die MST öffentliche Investitionen in ein alternatives ökologisches und soziales Konzept und setzt ihre ökosozialistische Vision in die Praxis um. Als Bewegung von landlosen ArbeiterInnen, die kollektiv für den Zugang zu Agrarland mobilisieren, hat die MST einen mehrgleisigen Kampf geführt, um den sozialen und ökologischen Wandel voranzutreiben. Die Bewegung hat den brasilianischen Staat erfolgreich dazu gedrängt, Land an mehr als 370.000 arme Familien, d.h. etwa 1,5 Millionen Frauen, Männer und Kinder, umzuverteilen. Ihre Agrarreform hat die Landkonzentration verringert, Großgrundbesitz mit nicht nachhaltiger Landnutzung zerschlagen und Hunderttausende Hektar ungenutzter landwirtschaftlicher Nutzfläche in eine agrarökologische Produktion umgewandelt – ein Schlüsselbeitrag im Kampf gegen den Klimawandel. Dabei war die Bewegung stets eine laute Stimme gegen die industrielle Landwirtschaft, die zu den schlimmsten Verursachern der Klimakrise gehört.

Agrarökologie und Volksbildung sind im Laufe des 35-jährigen Kampfes der Bewegung zu zwei der zentralen Ziele der MST geworden, die mit ihrem Kampf für Ernährungssouveränität verflochten sind. Die Bildungsinitiativen der MST haben dazu beigetragen, das Klassenbewusstsein und die politische Identität der Bewegung zu stärken und gleichzeitig praktische Berufskennntnisse zu vermitteln, die für den Aufbau einer ökosozialistischen Zukunft auf dem brasilianischen Land notwendig sind. Dieses Bildungsmodell, *Educação do Campo*, stellt nicht nur das kapitalistische Schulsystem in Frage, sondern bereitet

⇒ von Seite 13: BRASILIEN/MST

Jung und Alt auch auf die Partizipation an kollektiven ökologischen und sozialen Alternativen vor. Zusammen mit verschiedenen Formen des Zusammenlebens und -arbeitens in MST-Gemeinschaften bauen diese Initiativen Systeme der sozialen und wirtschaftlichen Solidarität auf und schaffen so Grundlagen für eine kollektive, widerstandsfähige Gesellschaft.

### Landumverteilung als erster Baustein

Die MST ist bekannt für ihre Strategie der direkten Aktion zur Verwirklichung der Landreform. Die Mitglieder besetzen illegal gehaltenes oder ungenutztes Agrarland, errichten ein Camp und bilden dort eine vorübergehende Gemeinschaft. Indem die Bewegung das Land mehrere Jahre lang besetzt hält und bewirtschaftet, setzt sie die Regierung unter Druck, das Land zu kaufen und es in eine offizielle Agrarreform-Siedlung umzuwandeln.

Diese Camps und Siedlungen sind für die MST Zwischenräume in der Entwicklung des Ökosozialismus und spielen eine wichtige Rolle bei der Entstehung neuer Formen der sozialen Organisation und der landwirtschaftlichen agrar-ökologischen Produktion. In den Camps sind die Familien in Kerngruppen von zehn Familien aufgeteilt, die das besetzte Land selbst verwalten. Die Kerngruppen erledigen alle Aufgaben, die für das Funktionieren des Camps erforderlich sind, von der Gartenarbeit über die Sicherheit bis hin zur Kinderbetreuung. Sie setzen damit kollektive Formen der sozialen Organisation in eine alternative Praxis um.

Wenn die Besetzungen erfolgreich sind, erkennt der Staat diese Räume formell als Agrarreformsiedlungen an und legalisiert sie; dabei bleibt das Land öffentliches Land. Anstatt LandbesitzerInnen zu werden, erhalten die Familien Landnutzungsrechte. Die TeilnehmerInnen erhalten Zugang zu einer Vielzahl an öffentlichen Programmen, die ein menschenwürdiges Leben auf dem Land unterstützen, darunter Hausbauprogramme, Infrastrukturverbesserungen, Schulbildung, höhere Bildung und technische Unterstützung in der Landwirtschaft.

Obwohl die MST in diesen Siedlungen keine rechtliche Autorität ausübt, versuchen die AktivistInnen, die Familien zu ermutigen, die kollektive Organisation, die

sie in den Camps gelernt haben, beizubehalten und sich die Agrarökologie zu eigen zu machen. Trotz aller Bemühungen fällt es der MST in den Siedlungen schwerer als in den Camps, neue Kooperationsbeziehungen zu knüpfen und nachhaltige Praktiken zu fördern. Sobald die primäre soziale Forderung der BewohnerInnen nach Land erfüllt ist, gerät die politische Partizipation ins Stocken und in vielen Fällen entscheiden sich die Bauern für konventionelle Produktionsformen, die nicht mehr agrar-ökologisch ausgerichtet sind, wie etwa die exportorientierte Milchproduktion. Die MST versucht dem entgegenzuwirken, indem sie weiterhin staatliche Mittel und eine öffentliche Politik fordert, die kleine Familienbetriebe, Agrarökologie und Volksbildung in diesen Agrarreformgemeinden unterstützt.

### Der Übergang der MST zur Agrarökologie

Die MST war nicht von Anfang an eine der größten Verfechterinnen der Agrarökologie. Seit ihrer Entstehung in den frühen 1980er Jahren hat die MST versucht, die landwirtschaftliche Produktion auf der Grundlage kooperativer Formen des Austauschs, der Produktion und der Vermarktung zu organisieren. In ihren Anfangsjahren sah sie in kooperativen Produktionsformen ein wesentliches Instrument, um das Überleben der Siedlungen zu gewährleisten und auf dem Markt wettbewerbsfähig zu sein. Im Bestreben, die Kooperativen konkurrenzfähig zu machen, schlug die MST eine Vision für die landwirtschaftliche Produktion vor, die zwar kollektiv und sozialistisch, aber nicht nachhaltig war. Die Bewegung verfolgte ein produktivistisches Ziel: Das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion sollte um jeden Preis maximiert werden, ohne Rücksicht auf die ökologische oder soziale Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Praktiken. Die MST stützte sich auf ein weitgehend sowjetisches Landwirtschaftsmodell und plädierte für groß angelegte kooperative Produktionsformen, bestehend aus mechanisierter Landwirtschaft und dem extensiven Einsatz chemischer Betriebsmittel und Arbeitsteilung. Um diese genossenschaftliche Vision zu unterstützen, entwickelte die MST eine schulische Ausbildung, bei der die StudentInnen einen technischen Abschluss erwerben konnten. Trotz der Erfolge vieler dieser Bildungs- und Landwirtschaftsinitiativen führte die allgemeine Konzentration auf die Massen-

produktion in den 1990er Jahren zu einer Krise innerhalb der Bewegung. Zwietracht rührte von der Top-down-Projektion der Kooperativen als primäre Form der sozialen Organisation her, gegen die sich viele bäuerliche Familien auflehnten.

Im Kern stellte die Krise einen Zusammenprall von Wertesystemen dar. Die „Theorie der ländlichen Organisation“ der MST zielte darauf ab, die angeblich archaische bäuerliche Organisationskultur zu überwinden, die als Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen wurde. Insbesondere sahen einige MST-AnführerInnen in der bäuerlichen Familie ein Hindernis für die Entwicklung eines „kollektiven Bewusstseins“. Sie gingen davon aus, dass sich sozialistische Kooperativen nur durch die Zerstörung der „Laster“ der bäuerlichen Kultur entwickeln könnten und argumentierten, die traditionelle kleinbäuerliche Familie sei dazu bestimmt, durch ein neues politisches Subjekt mit neuen Werten und Praktiken ersetzt zu werden, in deren Mittelpunkt das Kollektiv stehe.

Die Krise des Produktivismus führte zu heftigen internen Debatten. Gleichzeitig gewann ab Mitte der 1990er Jahre die Idee der Agrarökologie an Schwung. Der IV. Nationalkongress der MST im Jahr 2000 nahm eine radikale Neubestimmung der Bewegung vor und markierte einen entscheidenden Wendepunkt im Übergang von der produktivistischen Landwirtschaft zur Agrarökologie. Auf dem Kongress debattierte die Führung der Bewegung die zentralen Achsen für den Kampf und die Leitlinien und Praktiken zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in den Agrarreform-Siedlungen. Es erfolgte eine wesentliche Verschiebung und Neuorientierung im Wertesystem, das die bäuerliche Kultur aufwertete, indem es bestehende Formen des traditionellen bäuerlichen Wissens und der Wissensproduktion – wie z.B. horizontale Lernmethoden – als wesentliche Ressourcen im agrar-ökologischen Übergang und nicht als Hindernisse für eine sozialistische Vision betrachtete. Diese Entscheidung, zur Agrarökologie überzugehen, verlangte von der Bewegung, darüber nachzudenken, wie sie Übergangsprozesse fördern könnte, die sich mit den sozialen, ökologischen und politischen Realitäten in den Camps und Siedlungen der Bewegung befassen.

Im Bewusstsein, dass zur Unterstützung des agrar-ökologischen Übergangs große öffentliche Investitionen, auch in die



Foto: Marta Molina

Landwirtschaft ohne Agrobusiness!  
MST-Kundgebung 2014 in Brasilia

Ausbildung, erforderlich sein würden, drängte die MST – zusammen mit einer Vielzahl anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen – den Staat, eine neue öffentliche Politik und finanzielle Förderung für die Agrarökologie zu schaffen. Nach seiner Wahl im Jahr 2002 initiierte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva eine Reihe neuer progressiver Sozialprogramme, wie Null Hunger, die finanzielle Hilfen für die ärmsten Familien vorsahen und die Ernährungssicherheit der Haushalte verbesserten. Programme zum Erwerb von Nahrungsmitteln und das Nationale Schulspeisungsprogramm (PNAE) verlangten von nun an, agrarökologisch produzierte Nahrungsmittel zu kaufen, die in Agrarreformsiedlungen produziert wurden. Andere neue staatlich finanzierte Subventionen, wie z.B. die Initiative *PRONAF-Jovem* (Nationales Programm zur Stärkung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in der Jugend) aus dem Jahr 2003, boten finanzielle Unterstützung für SchülerInnen aus Agrarreformgemeinden.

## Bildung für eine öko-sozialistische Zukunft

Um den Wandel der Bewegung in Richtung Ökosozialismus zu ermöglichen, entwickelte die MST einen alternativen Bildungsansatz, der sich auf Paulo Freires Pädagogik der Unterdrückten stützte. Dieser Ansatz vertritt die Auffassung, dass die Erfahrung der Menschen der Ausgangs-

punkt aller Wissensproduktion ist und dass Basisorganisationen der Arbeiterklasse ihre eigenen Kämpfe führen sollten. Die Bewegung stützte sich dabei auch auf sowjetische Theoretiker wie Anton Makarenko, Moisey Pistrak und Viktor Shulgin. Durch die Kombination dieser Pädagogiken versuchte die MST, Menschen zu „formen“, die ihre Realitäten kritisch analysieren, kollektive Führung und Selbstverwaltung ihrer Gemeinden praktizieren und sich in kollektiven Arbeitsformen engagieren. Die Bewegung richtete im ganzen Land Lehrerausbildungsschulen und Hochschulprogramme in der Verwaltung landwirtschaftlicher Genossenschaften ein.

In den späten 1990er Jahren wurde das Konzept der Nachhaltigkeit zu einem zentralen Bestandteil des Bildungsansatzes der MST. Sie richtete ihre Ausbildungsprogramme neu aus, um Studierende in feldbasierte Forschungsprojekte der landwirtschaftlichen Produktion zu integrieren und es ihnen zu ermöglichen, mit gegenhegemonialen Alternativen zu experimentieren, einschließlich agrarökologischer Gärten. Zu Beginn der 2000er Jahre war dieser Bildungsansatz landesweit unter dem Namen *Educação do Campo* bekannt. Die MST-Aktivistin Roseli Salet Caldart schreibt, dass „Bildung auf dem Lande“ als Teil des Kampfes der LandarbeiterInnen für den Zugang zu Bildung entstand und durch die kollektiven Forderungen der Gemeinden nach einer öffentlichen Politik, die die sozialen Bedürfnisse dieser Gemeinden berücksichtigt, gefestigt wurde. Wie sie erklärt, verbindet „Bildung auf dem Lande“ den Kampf um Bildung mit dem Kampf um Land, Agrarreformen, das Recht auf Arbeit, Kultur und Ernährungssouveränität und versucht, die reiche menschliche Vielfalt auf dem Land zu respektieren.

Dieser Bildungsansatz basiert auch auf der Auffassung, dass der Staat öffentliche Bildungsressourcen zur Verfügung stellen, aber nicht den Bildungsprozess kontrollieren sollte. Das Konzept der Ernährungssouveränität der MST lehnt den Staat nicht ab, sondern fordert vielmehr, dass der Staat öffentliche Mittel bereitstellt, über deren Verwendung die Gemeinden selbst entscheiden. Eine breite Koalition der ländlichen sozialen Bewegungen – darunter indigene Völker, schwarze Dorfgemeinschaften, Menschen, die durch Staudämme vertrieben wurden, Kleinbauern und LandarbeiterInnen – haben die „Bildung auf dem Lande“ als ein Instrument im Kampf für eine nachhaltigere Zukunft angenom-

men. Am Ende steht das, was wir Bildung zur Ernährungssouveränität genannt haben. Dazu gehört sowohl die Vermittlung der technischen Komponenten der Agrarökologie als auch die Unterstützung der Bildung von Menschen für eine radikal andere, nichtkapitalistische Gesellschaft.

Die Förderung dieser Bildungspraktiken erforderte staatliche Unterstützung. Am wichtigsten ist vielleicht, dass sich der brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso 1998 nach großen nationalen Mobilisierungen zur Unterstützung der Agrarreform bereit erklärte, die Forderung der MST zu erfüllen und das Nationale Programm für Bildung in Bereichen der Agrarreform (PRONERA) ins Leben zu rufen. Zwei Jahrzehnte lang finanzierte PRONERA Programme zur Alphabetisierung, zur grundlegenden Erwachsenenbildung, zur Schul- und Hochschulbildung für Hunderttausende von SchülerInnen und StudentInnen im ganzen Land. Insbesondere die Bildungsprogramme haben nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken sowie die Selbstverwaltung der StudentInnen gefördert. Neben der agrarökologischen landwirtschaftlichen Ausbildung werden technische Fächer in kooperativer Verwaltung, Buchhaltung, Kommunikation und Lehre angeboten – alles für den breiteren Zweck, dass junge Menschen in ihre Agrarreform-Siedlungen zurückkehren und zur Nachhaltigkeit ihrer Gemeinden beitragen können.

Inzwischen hat sich die MST mit mehr als 80 Hochschuleinrichtungen zusammengeschlossen, um Bachelor-Studiengänge in Pädagogik des Bodens, Agronomie, Agrarökologie, Genossenschaftsmanagement, Geschichte, Literatur, Geographie, Recht, Sozialarbeit und mehr sowie Graduiertenkurse in Agrarökologie, Familienlandwirtschaft, Management, Wirtschaft und Agrarentwicklung und lateinamerikanischer Territorialentwicklung anzubieten. Darüber hinaus finanzierte PRONERA Graduiertenprogramme, die sich auf Familienbetriebe und die kritische Feldforschung der Studierenden zu Agrarökologie, kapitalistischer Entwicklung und Widerstand konzentrierte. Diese Kurse vermitteln nicht nur Inhalte über alternative landwirtschaftliche Produktion, sondern zielen auch darauf ab, eine antikapitalistische und kollektive Arbeitsethik zu fördern, die für eine ökosozialistische Zukunft notwendig ist. Obwohl die derzeitige ultrarechte Regierung von Jair Bolsonaro PRONERA beendet hat, funktionieren viele

⇒ von Seite 15: BRASILIEN/MST

dieser Programme weiterhin durch die Finanzierung von Universitäten und eigene Ressourcen.

Der Übergang zur Agrarökologie ist in der MST mit ihren Kämpfen für die Bildung des ländlichen Raums verwoben. Tausende von StudentInnen haben diese Programme durchlaufen, und viele dieser jungen Menschen beteiligen sich weiterhin an der MST und anderen sozialen Bewegungen, die für einen nachhaltigeren brasilianischen ländlichen Raum kämpfen. Während diese Fortschritte Investitionen des Staates erforderten, haben soziale Bewegungen definiert, wie diese Gelder verwendet werden sollten – ein Verhandlungsprozess, der seit der Absetzung Rousseffs und dem anschließenden Aufstieg von Temer und Bolsonaro zunehmend prekärer geworden ist.

Nichtsdestoweniger hat die MST selbst im gegenwärtigen konservativen Klima diese Landwirtschafts- und Bildungsinitiativen weiter vorangetrieben, sowohl durch ihre eigene interne Finanzierung als auch durch Partnerschaften mit regionalen Regierungen, Universitäten und anderen nichtstaatlichen Ressourcen. Zu den vielen Lehren, die diese Geschichte für das Erreichen des Ökosozialismus bietet, gehört, dass eine langfristige Strategie des Machtaufbaus unerlässlich ist. Tiefgreifender Wandel braucht Zeit. Und politische Bildung muss eine zentrale Rolle spielen, sowohl für die Integration der neuesten wissenschaftlichen Errungenschaften als auch für die Konsensbildung und Begeisterung für transformative, gegenhegemoniale Praktiken. Die Pädagogik der MST, die technische Ausbildung mit politischer Bildung zur Verkörperung sozialistischer Ideale verbindet, hat sich weltweit verbreitet. Zusammengenommen hat dieses transnationale Lernen über Agrarökologie – geführt von sozialen Bewegungen und unterstützt von einer Reihe von Regierungen und staatlichen Programmen weltweit – das Potenzial, Ökosozialismus, Agrarökologie und Ernährungssouveränität zu einer globalen Alternative zu machen. ■

\* David Meek & Rebecca Tarlau (2020): Educating for Ecosocialism, NACLA Report on the Americas, 52:2, 206-213, Original online abrufbar: <https://doi.org/10.1080/10714839.2020.1768745>. Übersetzung und Kürzung: Kristofer Lengert

## FÜR EINEN SOZIALEN, ÖKOLOGISCHEN, PAKT FÜR

Lange hieß es von Seiten der Eliten, es sei unmöglich, die Märkte oder die große Maschine der kapitalistischen Akkumulation zu stoppen. Aber es stellt sich heraus, dass die Notbremse doch gezogen werden kann, nämlich wenn entschieden wird, dass das Leben in Gefahr ist.

Die durch die Pandemie entblößte Krise hat die Ungleichheiten verschärft und zeigt, dass unsere Zukunft auf dem Spiel steht. Ein Teil der Bevölkerung ist eingesperrt, ein anderer Teil ist mit Ansteckung, Repression und Hunger konfrontiert. Indigene und afroamerikanische Völker sind einer neuen Ausrottungswelle ausgesetzt. Patriarchale und rassistische Gewalt sowie Femizide haben zugenommen. In der Zwischenzeit nutzen alte und neue Machtgruppen den Ausnahmezustand, um ihren Gewinnanteil im Zuge der „Rückkehr zur Normalität“ oder des Übergangs zur „neuen Normalität“ sicherzustellen.

Die Pandemie ist eine Tragödie für viele Menschen, deren Schmerz wir teilen. Die dem Weltkapitalismus durch Covid-19 auferlegte Pause bietet aber auch eine enorme Chance für Veränderung: die Chance, eine Zukunft aufzubauen, die die Sorge um das Leben selbst in den Mittelpunkt stellt.

Obwohl tiefe Wunden in der Natur verbleiben, bedeutet diese erzwungene Entschleunigung auch eine Verlangsamung der Zerstörung von Ökosystemen, insbesondere aufgrund der Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Mittelschichten der Welt erleben indes gemeinsam, dass es möglich ist, ohne jenen intensiven Konsum zu leben, der die Umwelt zerstört und das Leben selbst auf unserem Planeten bedroht. ...

Es ist deutlich geworden, dass bäuerliche Lebensformen, Gemeinschaftssinn, Fürsorge und Gegenseitigkeit für den Erhalt des Lebens von zentraler Bedeutung sind; dass wir, obwohl wir im Kapitalismus leben, nicht vom und für das Kapital leben. Wir sind uns bewusst geworden, dass Direktvermarktung, geldlose Tauschbeziehungen und Netzwerke außerhalb der kapitalistischen Märkte heute vielen unserer Grundbedürfnisse Genüge tun. ...

Sogar in offiziellen Kreisen nehmen Ideen, die bisher schlicht unvorstellbar waren oder als nicht realisierbar galten, plötzlich einen wichtigen Platz in der globalen Agenda ein. Selbst die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) schlägt ein universales Grundeinkommen vor, und der Internationale Währungsfonds empfiehlt den Regierungen, eine Vermögenssteuer einzuführen, um der skandalösen Ungleichheit entgegenzuwirken und Haushaltsdefizite abzubauen. Im globalen Norden kämpfen soziale und politische Bewegungen für einen *Global Green New Deal* zur Rettung des Planeten, der soziale Gerechtigkeit mit Umweltgerechtigkeit verbinden soll.

Wir greifen im Folgenden Vorschläge auf, die in verschiedenen Kontexten kollektiv entwickelt wurden, und schlagen einen sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und interkulturellen Pakt für Lateinamerika vor. Dieser Pakt ist kein an Regierungen gerichteter Forderungskatalog. Er lädt vielmehr dazu ein, gemeinsam an einer Vision zu arbeiten, der Transformation gemeinsam eine Richtung und eine Grundlage zu geben, auf der die diverssten Formen und Strategien der Veränderung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaften gedeihen können, ... um den bestehenden Institutionen durch eine organisierte und mobilisierte Gesellschaft die notwendigen Veränderungen aufzuzwingen. ...

In diesem Sinne zielen die folgenden Punkte darauf ab, Umverteilungs-, Geschlechter-, ethnische und ökologische Gerechtigkeit miteinander zu artikulieren. Einige von ihnen sehen eine führende Rolle für öffentliche Institutionen vor, andere beziehen sich eher auf de-facto-Praktiken und Veränderungen von unten, die sich horizontal ausdehnen.

**Solidarische Transformation der Steuerpolitik.** Steuerreformen auf nationaler Ebene nach dem Prinzip: „Wer mehr hat, zahlt mehr – wer weniger hat, zahlt weniger.“ Sie müssen die Besteuerung von Erbschaften, großen Vermögen, Megaprojekten, Kapitalerträgen und übergangsweise auch die Besteuerung von Umweltschäden beinhalten. ...

## WIRTSCHAFTLICHEN UND INTERKULTURELLEN LATEINAMERIKA

**Annullierung der Auslandsschulden der Länder des Südens** und Aufbau einer neuen globalen Finanzarchitektur. Unter den derzeitigen außergewöhnlichen Umständen ist es gerechtfertigt, die Bedienung der Auslandsschulden einzustellen, wie es bereits 1931/32 der Fall war, und wie es sowohl von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron als auch von Papst Franziskus vorgeschlagen wird. Die Annullierung der Auslandsschulden der Länder des globalen Südens ist ein erster Schritt der historischen Wiedergutmachung im Rahmen der historischen Schuld, die die kapitalistischen Zentren sowohl in ökologischer als auch sozialer Hinsicht seit der Kolonialzeit auf sich geladen haben.

**Schaffung nationaler und lokaler Pflegesysteme**, die die Sorge um das Leben in den Mittelpunkt unserer Gesellschaften stellen. Pflege im Sinn von Care ist ein Recht und erfordert als solches eine aktivere Rolle des Staates und der Unternehmen, die allerdings in ständiger Konsultation und Mitverantwortung mit der organisierten Gesellschaft und den Communities ausgeübt werden muss. Dies wird es nicht nur ermöglichen, die Unsicherheit am Arbeitsplatz zurückzudrängen, sondern auch die Care-Arbeit gerechter zwischen sozialen Klassen und Geschlechtern zu verteilen, da diese bisher hauptsächlich in der Verantwortung der Haushalte und darin der Frauen liegt. ...

**Ein universales Grundeinkommen für alle**, das die Sozialpolitik vereinheitlicht und die vom Neoliberalismus geerbten, konditionierten und fokussierten Geldtransfers ersetzt, um aus der Armutsfalle herauszukommen, so, wie die CEPAL es gerade den lateinamerikanischen Regierungen empfehlen hat. Kürzere Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, um zu einer gerechten Umverteilung sowohl formaler Arbeitsverhältnisse als auch der Care-Aufgaben zu gelangen.

**Vorrang für Ernährungssouveränität.** In einer Zeit, in der Lateinamerika weltweit die höchste Landkonzentration aufweist, ist es vorrangig, Strategien zu

entwickeln, die auf die Umverteilung von Land, den Zugang zu Wasser und eine tiefgreifende Reform der Agrarpolitik abzielen; die Abstand nehmen von der exportorientierten, industriellen Landwirtschaft mit ihren zerstörerischen ökologischen und sozialen Auswirkungen. Ökologische Landwirtschaft sowie Agroforstwirtschaft, handwerkliche Fischerei, ländliche und städtische Produktion müssen Priorität erhalten und gleichzeitig ein diesbezüglicher Wissensdialog gefördert werden, bäuerliche und lokale Vermarktung müssen gestärkt werden. Saatgut muss frei zirkulieren können und ohne Patente verfügbar sein. ...

**Aufbau von postextraktivistischen Gesellschaften und Ökonomien.** Um die kulturelle und biologische Vielfalt zu schützen, brauchen wir einen radikalen sozialökologischen Wandel: einen geplanten, schrittweisen Ausstieg aus der Abhängigkeit von Öl, Kohle und Gas, Bergbau, Entwaldung und großen Monokulturen; sowie den Umstieg auf erneuerbare, dezentralisierte, entkommerzialiserte und demokratische Energiemodelle und auf Modelle von Mobilität, die kollektiv, sicher und qualitativ hochwertig sind. Das Risiko eines Klimakollapses muss verringert werden, eine Bedrohung, die schwerwiegender ist als die Pandemie, wie Überschwemmungen, Dürren, Schlammlawinen und Buschbrände zeigen.

**Selbstbestimmte Räume der Information und Kommunikation** für die Gesellschaft zurückerobern. Derzeit werden Information und Kommunikation von Medienkonzernen und sozialen Netzen dominiert, die zu den mächtigsten Unternehmen unserer Zeit gehören. ...

**Autonomie und Nachhaltigkeit lokaler Gesellschaften.** Die Pandemie hat die Fragilität globaler Produktionsketten und den Reichtum lokaler und nationaler Initiativen aufgezeigt. Die enorme Kreativität der lateinamerikanischen Gesellschaften muss die Grundlage für politische Veränderungen sein, die territoriale Autonomie und Relokalisierung fördern. Die ökonomische, politische und kulturelle Selbstbestimmung von indigenen Völkern, Bauern

und Bäuerinnen, afroamerikanischen Gemeinschaften und populären Organisationsprozessen von Gemeinschaft in Städten muss gestärkt werden; die Territorien sowie die gesamte Gesellschaft müssen entmilitarisiert werden; lokale Märkte gefördert, der Zugang zu Kredit demokratisiert, kleine und mittlere Unternehmen unterstützt sowie Commons-basierte lokale Energiesouveränität auf der Grundlage nachhaltiger und erneuerbarer Modelle gestärkt.

**Für eine souveräne regionale und globale Integration.** Es ist unabdingbar, lokale, nationale und regionale Tauschsysteme auf lateinamerikanischer Ebene zu fördern, die vom globalisierten Weltmarkt unabhängig sind und Alternativen zu den Konzernmonopolen eröffnen. Parallelwährungen zum Dollar könnten auf verschiedenen Ebenen eingeführt werden, die eine relative Entkoppelung von der gefährlichen Dynamik des Weltmarktes ermöglichen, den Handel zwischen Ländern der Region stärken und deren komplementäre ökonomische Diversifizierung vorantreiben. ■

### Zum Aufruf

Die Initiative zu diesem Aufruf ist im Juni 2020 von sozial engagierten Einzelpersonen und Organisationen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas ausgegangen. Es geht ihnen darum, soziale Dynamiken zu fördern, die in der Lage sind, kapitalistischen Entwicklungen wie Konzentration von Reichtum und Zerstörung von Ökosystemen, die während der Covid-19-Krise verstärkt zutage getreten sind, Einhalt zu gebieten. Gemeinsam soll so ein kollektiver Horizont der Transformation Lateinamerikas in Richtung einer lebenswerten Zukunft geschaffen werden.

Der Aufruf kann auch von Europa aus unter dem folgenden Link solidarisch unterzeichnet werden:

<https://pactoecosocialdelsur.com/#1592362596651-6eec51bd-3641>

## Interview mit Frei Betto

Brasilien ist das lateinamerikanische Land mit den meisten COVID 19 Opfern. Weltweit liegt es – Stand Mitte September – mit über 130.000 Toten hinter den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle. Beiden Ländern gemeinsam sind Präsidenten, die die Gefährlichkeit des Virus schlechthin verleugnen und ein absolut desaströses Krisenmanagement zu verantworten haben. Dieses Vorgehen rief nun auch in Kirchenkreisen heftige Kritik hervor. Der Befreiungstheologe Frei Betto, der durch zahlreiche Bücher, wie z.B. „Nachtgespräche mit Fidel“, bekannt wurde und unter Lula u.a. am Programm *Fome Zero* teilnahm, nicht ohne der brasilianischen Linken auch kritisch gegenüber zu stehen, schrieb einen offenen Brief an „die Freunde und Freundinnen im Ausland“. 152 reformorientierte Bischöfe verfassten ebenfalls eine Stellungnahme zur Covid-19-Situation in Brasilien mit dem Titel „Brief an das Volk Gottes“. Aus Angst, dieses Papier könnte von konservativen Kreisen zurückgehalten werden, wurde es noch vor einer offiziellen Prüfung durch die brasilianische Bischofskonferenz der Zeitung *Folha de São Paulo* zur Veröffentlichung zugespielt. Das Misstrauen war berechtigt. Denn die zutiefst gespaltene Bischofskonferenz hat sich mittlerweile von dem Brief distanziert und festgestellt, die Unterzeichner trügen selbst die Verantwortung für den Brief. Vor diesem Hintergrund entstand folgendes Interview, das Frei Betto der uruguayischen Zeitung *la diaria* gab.

### Wer sind die ProtagonistInnen im politischen Machtspiel Brasiliens? Welche Rolle spielt der religiöse Fundamentalismus?

Im brasilianischen Kongress sticht vor allem eine parlamentarische Gruppe hervor, bekannt als die „Bancada de las 5 B“, bestehend aus Großgrundbesitzern und Viehzüchtern (*boi*), Vertretern der Waffenindustrie (*bala*), der religiösen Fundamentalisten (*biblia*), der Banken (*banco*) und des Fußballs (*bola*). Sie sind die reich-

sten und mächtigsten Körperschaften des Landes und sind immer an der Macht, auch wenn sie nicht in der Regierung sind, wie z.B. zuletzt 13 Jahre unter der Arbeiterpartei. Diese Gruppen kontrollieren die brasilianische Wirtschaft, eine Wirtschaft, die die Reichsten bevorzugt und den Ärmsten schadet. In Brasilien leben 103 Millionen Menschen in Armut, die Hälfte der Bevölkerung des Landes.

Diese Leute waren auch für den Sturz von Dilma Rousseff und die Wahl von Jair Bolsonaro, den ich *BolsoNero* nenne, verantwortlich. Ihre Macht erwächst ihnen vor allem durch die Sozialen Medien mit den Bots und Algorithmen und die fundamentalistischen christlichen Sekten. Dieses Thema behandle ich in meinem eben erschienenen Buch: „*O diablo na corte: Leitura crítica do Brasil atual*“, „Der Teufel am Gericht, eine kritische Lektüre des gegenwärtigen Brasilien“.

### Welches Gottesbild liegt dem politischen Diskurs Bolsonaros zu Grunde und wie wird argumentiert? Was sind die politischen und religiösen Ziele?

In den 70er Jahren erkannte man in der Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten, nicht zuletzt durch die CIA und andere Institutionen, die Bedeutung der Religion für die Bevölkerung, vor allem die Armen. Diese Schichten, die keinen Zugang zu einer qualitativ hochstehenden Bildung haben, lassen sich leicht von einer religiös geprägten Weltanschauung beeinflussen und misstrauen der Wissenschaft.

In diesem Umfeld entstand die „elektronische Kirche“, gekennzeichnet durch intensive Nutzung der Sozialen Medien und der Kommunikationsmedien, z.B. religiöse TV-Kanäle. Diese Kirchen spielen eine wichtige Rolle in der Strategie des kapitalistischen Systems. Statt Freiheit verkünden sie Angst und einen Glauben, der sehr vom Schicksal geprägt ist. Das Gottesbild ist stark von Rache und Bestrafung bestimmt. Wer vom Teufel in Versuchung geführt wird und sündigt, wird bestraft. Wohlstand und Reichtum sind hingegen Zeichen der Gnade Gottes. Je reicher jemand ist, desto begnadeter von Gott. Die Arbeiterpartei ist natürlich Teufelswerk.

## „DAS WICHTIGSTE IST DIE

## Frei Betto und das Protestschreiben der katholischen

Ausgehend von der Operation *Lava Jato* haben diese Gruppierungen eine starke Anti-PT-Stimmung erzeugt.

**Der gegenwärtige Brief beginnt mit der Feststellung, es gibt einen Genozid gegen das brasilianische Volk. Wie werden durch den religiösen und anti-wissenschaftlichen Diskurs die Menschenrechte angegriffen ?**

In Brasilien gibt es einen Genozid! Es ist möglich, dass bei Veröffentlichung dieses Interviews schon mehr als 100.000 Personen an COVID 19 gestorben sein werden. Denke ich daran, dass der Vietnamkrieg in 20 Jahren 58.000 US-Soldaten das Leben gekostet hat, habe ich einen angemessenen Maßstab dafür, wie gravierend die Lage in meinem Land ist. Dieser Horror verursacht Empörung und Ärger. Wir alle wissen, dass durch Präventions- und Restriktionsmaßnahmen, wie sie in so vielen anderen Ländern angewendet wurden, eine derart hohe Todesrate vermeidbar gewesen wäre.

Dieser Genozid ist aber nicht auf eine Gleichgültigkeit oder ein Desinteresse der Regierung Bolsonaro zurückzuführen. Nein, er ist beabsichtigt. Bolsonaro freut sich über den Tod von anderen! Als er Bundesabgeordneter war, sagte er 1999 in einem Fernsehinterview: „Mit Wahlen änderst du nichts in diesem Land, absolut nichts. Es wird sich leider erst etwas ändern, wenn es einen Bürgerkrieg gibt und wir die Arbeit machen, die das Militäregime nicht erledigt hat: 30.000 töten.“

Ich muss daran erinnern, dass Bolsonaro, als er für das Impeachment gegen Präsidentin Rousseff stimmte, seine Stimme dem berüchtigten Folterer der Streitkräfte, Oberst Carlos Brilhante Ustra, widmete. Er ist so vom Tod besessen, dass eine seine ersten Regierungsmaßnahmen der freie Handel von Waffen und Munition war. Als er vor dem Präsidentenpalast gefragt wurde, ob ihn die Pandemieopfer nicht rührten, antwortete er: „Ich glaube nicht an diese Zahlen“ ( 92 Tote am 27. März). „Alle werden wir eines Tages sterben“ (136 Tote am 29. März). „Und? Was willst du, dass ich tue? ( 5.017 Tote am 28 April).



## ARBEIT AN DER BASIS“

Bischöfe Brasiliens gegen die Maßnahmen Bolsonaros



Foto: Federico Gutiérrez

Frei Betto nennt Präsident Bolsonaro „BolsoNero“

**In ihrem Brief fordern Sie eine internationale Verurteilung vor dem UN-Menschenrechtsrat und sprechen von „BolsoNero“, vergleichen Bolsonaro also mit Nero und dem Brand Roms. Weiters erwähnen Sie eine gewisse „Opferlogik“. Warum diese nekrophile Politik?**

Diese Opferlogik finden wir im Werk von René Girard und Michel Foucault sehr gut beschrieben. Bolsonaro ist besessen vom Tod, genauer vom „Tod der anderen“. Für ihn ist die Liberalisierung des Waffenhandels wichtiger als die Rettung von Menschenleben. Von Anfang an erklärte er, wichtig sei es nicht Leben zu retten, sondern die Wirtschaft. Daher seine Weigerung, einen Lockdown zu verhängen, die Orientierungen der WHO zu akzeptieren und Beatmungsgeräte und individuelle Schutzausrüstungen zu importieren. Deshalb musste das Oberste Gericht diese Verantwortung an Gouverneure und Bürgermeister übertragen.

Bolsonaro respektierte nicht einmal die Autorität seiner eigenen Gesundheitsminister. Seit Februar hatte Brasilien zwei, die beide entlassen wurden, weil sie sich weigerten, die Positionen des Präsidenten zu

übernehmen. Jetzt steht General Pazuello an der Spitze des Ministeriums, der nichts von Gesundheitsthemen versteht. Dafür versuchte er die Opferzahlen der Pandemie zu verheimlichen, berief 1249 unqualifizierte Militärs auf wichtige Posten des Ministeriums und schaffte die täglichen Presseauftritte ab, die bis dahin der Bevölkerung zur Orientierung dienten.

Die Gründe für die kriminellen Absichten Bolsonaros sind offensichtlich: Die Alten sterben lassen, um Ressourcen für die soziale Sicherheit zu sparen; die Leute mit Vorerkrankungen sterben lassen, um Kosten im öffentlichen Gesundheitssystem zu sparen; die Armen sterben lassen, um Kosten von *Renta Família* und anderen Sozialprogrammen für die 52,5 Millionen in Armut und die 13,5 Millionen in extremer Armut (offizielle Angaben) zu sparen.

Schon bevor die Zeitung *The Economist* den Begriff verwendete, bezeichnete ich den Präsidenten in den Sozialen Medien als „Bolso Nero“, der während Rom brennt, die Leier spielt und Chloroquin als effektives Mittel gegen das neue Coronavirus anpreist, ein Medikament ohne wissenschaftlich erwiesene Wirkung. Aber seine Hersteller sind politische Verbündete des Präsidenten

**Welchen Widerstand gibt es von kultureller, politischer oder religiöser Seite gegen die Politik des „BolsoNero“ in Brasilien?**

In der Kultur wenden sich die bekanntesten Künstler aus Film, Theater, Fernsehen, Malerei, Musik und Tanz gegen Bolsonaro. Das Problem liegt bei den fortschrittlichen politischen Kräften, die nicht dazu kommen, sich zu artikulieren und noch sehr auf Wahlen und innerparteiliche Diskussionen fixiert sind. Sie haben kein Projekt für Brasilien. Schade! Die stärkste religiöse Opposition sind die progressiven katholischen Bischöfe. In einem Brief übten 152 brasilianische Bischöfe sehr harte Kritik an der Regierung. Sie verurteilen die Situation als einen „Sturm, den das Land durchlebt“ und für den zu einem großen Teil Bolsonaro verantwortlich sei. Die Regierung sei untätig und lasse zu, dass Holzfäller, Goldsucher und Landwirte der Natur sowie neoliberalen Wirtschaftsführer den Ärmsten schwere Wunden zufügten. Und zur Covid-19-Politik meinen sie: „Wir müssen den wissenschaftsfeindlichen Diskurs miterleben, der die Tausenden von Toten als etwas Normales erscheinen lassen will, so als ob sie das Ergebnis eines Zufalls oder einer göttlichen Strafe wären“.

**Welche Rolle können befreiungstheologisch orientierte Gruppen in Verbindung mit sozialen Bewegungen in der Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus spielen?**

Ich glaube, man kann mit Fundamentalisten nicht diskutieren. Das Wichtigste ist – wie schon in der Vergangenheit – die Arbeit mit dem Volk an der Basis, gemäß der Methode der Volkserziehung von Paulo Freire und den Volksbewegungen der 1970er, 80er und 90er Jahre, welche die Arbeiterpartei und die Volksbewegungen wie das MST (*Movimento Sem Terra*) stützten. Aber, wie schwierig ist es, Vertreter der Linken von der Bedeutung der Arbeit an der Basis zu überzeugen! Sehr wenige wollen sich die Schuhe in den kaputten Straßen der Favelas schmutzig machen. ■

Übersetzung aus dem Spanischen und Kürzung: Wolfgang Schweiger

## BILDUNGSPOLITIK UNTER BOLSONARO: SESSELRÜCKEN, IDEOLOGIE UND LÜGEN

Bildungsfeindlichkeit und der Versuch, ihre neoliberale Ideologie an Schulen und Universitäten zu verankern, kennzeichnen die ersten zwei Jahre der Bolsonaro-Regierung. Dabei stolpert sie immer wieder über die Unfähigkeit des politischen Personals, das an produktiven Dialogen mit Lehrkörpern und BildungsexpertInnen keinerlei Interesse zeigt.“

Von Rainer Guggenberger

Ich, meinerseits, würde all diese Taugenichtse einsperren. Angefangen mit denen im Obersten Bundesgerichtshof\*. Brasiliens Bildungsminister Abraham Weintraub hielt nicht viel von der obersten Justiz und deren Entscheidungen. In den sozialen Medien hetzte er mit Vorliebe gegen die aus seiner Sicht privilegierten Staatsbediensteten. Zwei Monate nach der unverhohlenen Drohung gegen die „Taugenichtse“ war er sein Ressort los. Beachtliche vierzehn Monate lang hatte er durchgehalten – weit länger als sein Vorgänger Ricardo Vélez Rodríguez, der nach nur drei Monaten schon Geschichte war. Zu offensichtlich war das Desinteresse an seiner Aufgabe, Reformen zur Verbesserung des Bildungsstandorts Brasilien anzugehen.

Das Einzige, was Vélez an seinen Nachfolger übergab, war der Sparstift, mit dem im Bildungsministerium seit dem Amtsantritt Bolsonaros gewütet wird. Kein Wunder, hat Ex-Bildungsminister Weintraub selbst doch die LehrerInnen und ProfessorInnen praktisch allesamt öffentlich als Kommunisten gebrandmarkt, die ihre linke Ideologie seit Jahrzehnten den SchülerInnen und StudentInnen eintrichtern. Das sei die einzige Erklärung dafür, dass die Präsidentschaftskandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei (PT) viermal in Folge gewählt wurden (2002, 2006, 2010, 2014). Mit dieser Weltanschauung wusste sich Weintraub im Kabinett Bolsonaro in bester Gesellschaft. Wie zu erwarten, fiel Weintraub auf die Butterseite, da er sich am letzten Tag seiner Ministerkarriere – flugs noch die letzten Stunden seines Diplomatenpasses auskostend – in die USA aufmachte, wo er als Protegé des brasilianischen



Foto: Pedro França/Agência Senado

Abraham Weintraub: Vom Minister zum Weltbank-Funktionär

nischen Staatspräsidenten seinen neuen Posten als Exekutivdirektor der Weltbank der Ländergruppe Brasilien, Kolumbien, Dominikanische Republik, Ecuador, Haiti, Panama, Philippinen, Surinam und Trinidad und Tobago antreten sollte.

Schlimmer hat es seinen Nachfolger Carlos Alberto Decotelli erwischt, seines Zeichens Geschäftspartner des Finanzministers Paulo Guedes, mit dem er gemeinsam initiierte private MBA-Studienlehrgänge vermarktete. Er wäre der erste dunkelhäutige Minister der Regierungsriege Bolsonaro gewesen. Seine Nominierung wurde am 25. Juni 2020 im Amtsblatt publiziert. Fünf Tage später, just am Tag, an dem er als Bildungsminister angelobt werden sollte, verabschiedete sich Decotelli aber auch schon wieder von der Politbühne, die er im Februar 2019 betreten hatte: zuerst als Präsident des Nationalen Fonds für Bildungsentwicklung, dem bei weitem bestdotierten Förderungstopf; danach als Sondersekretär im Bildungsministerium.

Sein eigener, auf öffentlichem Online-Portal publizierter Lebenslauf, war ihm zum Verhängnis geworden, protzte er doch dort damit, nicht nur Professor, sondern gar Post-Doktor zu sein. Kurz darauf deckte ein Bildungsexperte auf, dass seine Masterarbeit voll von Plagiaten sei. Gleichzeitig wandte sich der Rektor der argentinischen Universität, die Decotelli eigenen Angaben zufolge den Dokortitel verliehen

hatte, an die brasilianischen Medien und stellte klar, dass es Decotelli nicht einmal zur Defensio geschafft habe, da seine Doktorarbeit im Vorfeld als qualitativ unzureichend eingestuft worden sei. Nach diesen beiden Tiefschlägen an nur einem Wochenende folgte der Knock-Out in den Morgenstunden des geplanten Amtsantritts. Die deutsche Universität, an der

Decotelli vorgeblich ein zweijähriges Post-Doktorat absolviert hatte, teilte mit, „dass Prof. Dr. Carlos Decotelli im Januar 2016 für drei Monate zu einem Forschungsaufenthalt an den Lehrstuhl von Prof. Dr. Brigitte Wolf an die Bergische Universität Wuppertal kam“ (Pressestelle der Universität Wuppertal). Einen Titel habe Decotelli dabei nicht erworben.

Mitte Juli 2020 wurde denn der vierte oder genauer – mangels öffentlicher Angelobung Decotellis – dritte Bildungsminister in eineinhalb Jahren Amtszeit der rechts-neoliberalen von Militärministern geprägten Regierung angelobt: Milton Ribeiro, Bachelor in Theologie und Rechtswissenschaft sowie Doktor in Bildungswissenschaft; Pastor und Ex-Rektor einer elitären evangelischen Privatuniversität in São Paulo. Seit seinem Amtsantritt ist Ribeiro, anders als sein sozialmediengeiler Vorgänger Weintraub, praktisch nicht in Erscheinung getreten.

### Programm mit rechter Schlagseite

Im 81-seitigen Wahlkampfprogramm Jair Messias Bolsonaros aus dem Jahr 2018, das auf jeder Seite mit dem Slogan „Brasilien über alles – Gott über allen“ aufwartete, ist auf Seite 14 festgehalten, dass das Bildungs- und Gesundheitswesen kurz vor dem Kollaps stünden. Konkrete Ideen, wie dieser Kollaps verhindert werden könnte, sucht man im Programm ver-

gebens. Es werden qualitative Verbesserungen mit Schwerpunkt auf Kinder- und Pflichtschulbildung sowie auf technisch orientierte Schulausbildung versprochen. Diese sollen explizit „ohne zu indoktrinieren“ umgesetzt werden (S. 22 u. 41), was in der Praxis bedeutet, dass die linke Ideologie, die den SchülerInnen angeblich seit Zusammenbruch der Militärdiktatur insbesondere von Geschichts-, Literatur- und PhilosophielehrerInnen eingetrichtert worden sei, durch die Vermittlung der von der brasilianischen Rechten vertretenen Werte ersetzt werden soll.

luierungs- und Förderstellen (CAPES, CNPq) in kürzester Zeit publiziert werden, wobei die Inhalte in der Regel polemisch und provokativ sind und von Vertretern der Akademie heftig kritisiert werden. Ein großer Teil der Bestimmungen muss daher verworfen und durch neue Verlautbarungen ersetzt werden. Das ist mit der im Regierungsprogramm versprochenen Effizienz und Entbürokratisierung nicht vereinbar, insofern als Lehrende, Forschende und Verwaltungspersonal der Schulen und Universitäten monatlich ganze Arbeitstage in die Lektüre der neuen Erlässe investieren

zufolge, global gesehen immer noch im unteren Drittel und ist nicht viel mehr als südamerikanisches Mittelmaß.

Im Hochschulbereich stellt Brasilien zwar drei der zehn besten Universitäten Lateinamerikas, jedoch schaffen es nur zwei unter die besten 300 Universitäten der Welt – unter den ersten 100 befindet sich keine einzige lateinamerikanische Bildungseinrichtung. Dass vergangene Investitionen der öffentlichen Hand sich bezahlt gemacht haben, zeigt die Tatsache, dass sich unter den vier bestplatzierten brasilianischen Universitäten keine einzige private Institution findet, obgleich hinter diesen potente Geldgeber wie der Vatikan oder milliardenschwere evangelische Gemeinschaften stehen, die strukturell als Großunternehmen geführt werden. Die Gesamtausgaben für öffentliche Bildung sind seit 2018 rückläufig. Seit August 2020 kursoriert ein Regierungsvorschlag für die Haushaltsausgaben 2021, der vorsieht, dass das Budget des Verteidigungsressorts erstmals seit Jahrzehnten die Bildungsausgaben übertrifft. Demzufolge würde das im globalen Vergleich ohnehin sehr gut dotierte Rüstungsbudget – trotz stark gestiegener Staatsverschuldung als Folge der Covid-Pandemie – um 48,8% aufgestockt werden, während das Bildungsbudget ohne Inflationsausgleich weiter zurückgefahren würde.

Ob Budgetkürzungen, ideologisch motivierte Massenentlassungen und Neubesetzungen von Sekretären und Vorständen in öffentlichen Bildungsorganisationen durch Offiziere des Militärs, Evangelikale und Parteigänger Bolsonaros – allein unter Véléz wurden in drei Monaten 14 Schlüsselstellen im Bildungsministerium neu besetzt und Weintraub designierte kurz vor seinem Abtritt konservative Aktivisten für den Nationalen Bildungsrat – die dringenden Bildungsprobleme Brasiliens zu lösen vermögen, werden die nächsten OECD-Studien zeigen. Vor allem müssen es LehrerInnen und ProfessorInnen trotz immer schlechterer Arbeitsbedingungen schaffen, die Kinder und Jugendlichen der ärmeren Bevölkerungshälfte, die typischerweise öffentliche Schulen besuchen, zu regelmäßigem Schulbesuch und Studium zu motivieren. ■

Der Autor ist Dozent für Gräzistik, Forscher der Brasilianischen Nationalbibliothek, Vortragender zu Kultur- und Sprachspezifika Österreichs und Leiter der Österreichsammlung (des größten Archivs zu österreichischer Gegenwartsliteratur in Lateinamerika) an der Bundesuniversität von Rio de Janeiro.



„Militärbesuch“ im Elendsviertel Complexo da Mare: Rüstung vor Bildung

Gleich am ersten Arbeitstag der Regierung Bolsonaro, am 2. Jänner 2019, wird eine öffentliche Ausschreibung publiziert, die den öffentlichen Schulen den Ankauf von fehlerhaftem und mit Werbeinschaltungen versehenem Lehrmaterial erlaubt. Da sich die Regierung einem Sparprogramm verschrieben hat, ist das Wichtigste, dass alles, was öffentliche Bildung betrifft, möglichst nichts kostet. Eine Woche später gibt das Bildungsministerium dem öffentlichen und medialen Druck nach und annulliert die Ausschreibung. Keine zwei Monate später weist das Ministerium die Schulen an, die SchülerInnen zum täglichen Singen der Nationalhymne anzuhalten und sie dabei zu filmen – eine Weisung, die ebenfalls wenige Tage später zurückgezogen wird.

Diese Politik des Austestens möglicher moralischer und institutioneller Grenzen wird auch in der Hochschulpolitik betrieben, wo unzählige Verlautbarungen der beiden wichtigsten öffentlichen Eva-

müssen, ohne dass deren Bestimmungen die Situation des brasilianischen Bildungssystem verbessern würden. Eines der Ziele solch zunehmender Bürokratisierung scheint zu sein, die öffentlichen Einrichtungen mit sich selbst zu beschäftigen, um in Folge deren Ineffizienz aufzuzeigen und Privatisierung als Heilmittel zu propagieren.

## Rüstung geht vor Bildung

Berichte der OECD zeigen, dass sich Leistung und Kenntnisse der brasilianischen SchülerInnen in den vergangenen beiden Jahrzehnten moderat aber stetig gesteigert haben, wobei in den letzten Jahren eine Stagnation und im Fach Mathematik sogar ein leichter Rückgang feststellbar sind. Die signifikantesten Leistungssteigerungen beim PISA-Test fallen in die ersten zehn Jahre der Regierung der Arbeiterpartei (PT), als Milliarden in öffentliche Bildung investiert worden waren. Trotzdem rangiert Brasilien, den Daten der OECD

# ÖLBONANZA UND WAHLFARCE (MIT GUTEM

Die ehemals britische Kolonie im Norden Südamerikas hat nach einer Wahl mit monatelangem Gezerre um das Ergebnis einen neuen Präsidenten. Ursache für die Querelen sind bedeutende Ölfunde im vorgelagerten karibischen Meer, die gewaltige Pfründe für die Politik versprechen. Bewegte Zeiten liegen daher aller Voraussicht nach auch vor dem einst als verschlafenes Nest bezeichneten Land mit knapp 800.000 EinwohnerInnen.

Von Jürgen Kreuzroither

**G**uyana, erst 1966 unabhängig geworden, erfährt äußerst selten internationale Aufmerksamkeit. Zuletzt war das 1978 der Fall, als ein Sektenführer namens Jim Jones seinen AnhängerInnen, die sich im Dschungel niedergelassen hatten, den kollektiven Selbstmord befahl. 923 Menschen starben an mit Zyankali versetzter Limonade.

Weniger schlagzeilenträchtige Probleme prägen das Land bis heute: Es hat die höchste Selbstmordrate der Welt, die höchste Müttersterblichkeit Südamerikas, einen Brain-Drain ohnegleichen und wird als zweit- oder drittärmstes Land Südamerikas geführt. Zwei Fünftel der Bevölkerung haben im Schnitt weniger als umgerechnet 4,70 Euro am Tag zum Leben.

Da nimmt es nicht Wunder, dass die 2015 verkündete Nachricht des US-Ölriesen *Exxon Mobil*, er habe rund 200 Kilometer vor der Küste Guyanas ein riesiges Ölfeld von mindestens 5,5 Milliarden Fass gefunden, große Erwartungen weckte. Inzwischen wurden weitere Ölfelder entdeckt. Am 20. Jänner dieses Jahres brachte der erste Tanker die erste Million Fass des hochwertigen Light-Sweet-Crude-Öls zu jeweils 159 Litern nach Houston in Texas., Der nächste Öltanker folgte im Februar, dann kam Corona.

Am 2. März, also auch noch knapp vor dem Lockdown, wurden landesweite Wahlen abgehalten. Der Weg dorthin lief schon durch einen von der Regierung unter Präsident David Granger bereiteten Irrgarten. Begonnen hat es mit einem überraschend erfolgreichen Misstrauensvotum im

Dezember 2018 (sic!). Die vorgeschriebene Frist von 90 Tagen für Neuwahlen wurde durch diverse politische und rechtliche Manöver seitens der Regierung und der nur am Papier unabhängigen Wahlbehörde bei weitem nicht eingehalten.

So gesehen war das Geschehen nach der Wahl nicht sonderlich überraschend. Internationale WahlbeobachterInnen bemängelten die vorzeitige, nicht verifizierte Bekanntgabe des Auszählungsergebnisses im bevölkerungsreichsten Wahlkreis, der just den Ausschlag für den knappen Sieg des amtierenden Präsidenten gegeben hätte.

Reaktion, als OAS, USA und EU praktisch augenblicklich die Vorwürfe der Wahlfälschung übernahmen.

Wahrscheinliches Motiv: Mit APNU-AFU von David Granger stand eine den transnationalen Konzernen ausgewiesene willfährige Regierung dem ressourcenreichen Land vor. Am Vertrag mit dem Konsortium rund um *Exxon Mobil* und der chinesischen CNOOC entzündete sich dann auch 2018 just jener parlamentarische Konflikt, der zu den erzwungenen Neuwahlen und den geschilderten Wirrnissen führte. Die Opposition, angeführt von der PPP/C Irfaan Alis, warf der Regierung vor,



Die Hauptstadt Georgetown heute: Wird sie sich durch den Ölboom zu ihrem Vorteil verändern?

Eine gerichtlich angeordnete Neuauszählung kam monatelang nicht vom Fleck. Schließlich erlaubte Präsident Granger mit Pandemie-Verweis lediglich eingeschränkt die Einreise von internationalen Vertretern, um die Auszählung zu beaufsichtigen. Nachdem Anfang Juni Oppositionsführer Irfaan Ali als Wahlsieger feststand, erklärte die Wahlbehörde plötzlich ein Fünftel aller abgegebenen Stimmen für ungültig, was den Wahlausgang neuerlich gedreht hätte.

Erst ein Urteil des Karibischen Gerichtshofs und internationale Sanktionsdrohungen unter Anleitung der USA ermöglichten fünf Monate nach der Wahl die Angelobung Mohammed Irfaan Alis Anfang August als neunter Präsident Guyanas. Bemerkenswert bleibt dennoch die im Vergleich mit Bolivien (Ende 2019) langsame

schlecht verhandelt zu haben. Tatsächlich sind Konditionen für *Exxon Mobil & Co.* bemerkenswert: Guyana erhält anfangs nur 14,5 Prozent der Erdöleinkünfte. Der Anteil steigt erst über die Jahre auf bis zu 59 Prozent. Zusätzlich ist das Konsortium von der Körperschafts- und Mehrwertsteuerpflicht befreit.

Die arme Bevölkerungsmehrheit schloss sich dieser Sichtweise offenbar an. Jeden Machtwechsel komplizierend wirkt sich die hinter APNU und PPP stehende ethnische Spaltung des Landes aus. Die bisherige Regierungspartei wird mehrheitlich von Afro-GuyanerinInnen gewählt (30% Bevölkerungsanteil), während die PPP traditionell von den Nachfahren indischer Kontraktarbeiter (40%) gestützt wird, welche nach der Abschaffung der Sklaverei von der britischen Kolonialmacht ins Land

## AUSGANG)

## EIN POLIZEISTAAT BRENNT

geholt wurden. Beiden Parteien wird eine ausgeprägte Klientelpolitik nachgesagt, was mit den zu erwartenden gewaltigen Ölpfründen natürlich zusätzlichen Zündstoff birgt.

Auch Geopolitik spielt eine Rolle: Die PPP hat traditionell bessere Beziehungen mit Venezuela, was in der gegenwärtigen Konfliktlage das Misstrauen der USA weckt. Der neue Präsident Irfaan Ali hat schon angekündigt, den alten Territorialkonflikt mit dem Nachbarland lösen zu wollen. Auf venezolanischen Karten ist die eigene Landesfläche heute noch bis zum Essequibo-Fluss eingezeichnet, was einen Verlust von Zwei Dritteln des guyanischen Territoriums bedeutete und auch die aktuellen Ölfunde betrafte. Doch die neue Regierung ist auch um Besänftigung der USA bemüht: Im Ringen um die Neubesetzung der Leitung der Interamerikanischen Entwicklungsbank IDB hat man sich auf die Seite des umstrittenen Trump-Kandidaten Claver-Carone<sup>1</sup> gestellt.

Es sind also innen- wie außenpolitisch schwierige Verhältnisse, die den ölgetriebenen Wirtschaftsboom der nächsten Jahre begleiten werden. Der IWF rechnet noch heuer mit einem Wachstum von 85% (!). Bis 2024 soll das Pro-Kopf-Einkommen von etwas über USD 5.000 auf fast 20.000 steigen. Solch plötzlicher Wohlstand kann Menschen und Machthaber schlicht überfordern. „Holländische Krankheit“ heißt das Stichwort. Durch den Ölverkauf steigen die Exporterlöse und damit auch der Preis der heimischen Währung. Das wiederum macht die Exporte traditioneller Güter – im Falle Guyanas Reis, Zucker, Bauxit – teurer. Die Volkswirtschaft wird fast vollständig vom Öl abhängig. Aber versiegen die Quellen oder fällt der Weltmarktpreis, wie in diesem Sommer passiert, fehlen plötzlich die Alternativen.

Dazu kommt ein noch existentielleres Problem: Inmitten der Klimakrise kommt der Ölboom quasi zur Unzeit. Ein Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter würde eine Umsiedlung von 70% der Bevölkerung notwendig machen. ■

<sup>1</sup> Tatsächlich wurde Claver-Carone, ein Berater von Präsident Trump, am 12. September zum neuen IDB-Chef gewählt – entgegen der traditionellen Besetzung dieser Funktion mit einem Vertreter Lateinamerikas.



Polizeieinsatz gegenüber der Universidad Javeriana, Februar 2020, Bogotá

Blutige Unruhen in Bogotá haben im September den repressiven Charakter der militarisierten Polizei offengelegt. Rufe nach einer tiefgreifenden Polizeireform prallen vorerst an der rechten Regierung ab. Die ist aber durch die Ermittlungen gegen Ex-Präsident Álvaro Uribe selbst in Bedrängnis.

Von Ralf Leonhard

Es begann am 9. September, als Polizisten den 42-jährigen Jus-Studenten Javier Ordóñez nachts im Unterschichtsviertel Villa Luz von Bogotá unprovokiert auf der Straße aufgriffen, am Boden fixierten, minutenlang mit Stromstößen aus Tasers traktierten und auf die Polizeistation schleppten. Dort prügeln sie ihn so heftig, dass er neun Schädelbrüche und zahlreiche weitere Verletzungen erlitt, bevor sie ihn auf Drängen eines Zeugen in die nächstgelegene Klinik brachten. Dort konnten die Notärzte nur mehr den Tod des Mannes feststellen.

Schnell verbreitete sich ein Video von der brutalen Polizeiattacke und den verzweifelten Rufen des Gefolterten. Es löste spontane Proteste aus, die sich in erster Linie gegen die dezentralen Polizeiviere (CAI) richteten. Innerhalb von drei Protesttagen starben weitere 13, mehrheitlich junge Menschen, von denen mehrere nicht einmal an den Protesten beteiligt waren. So der 26-jährige Cristián Hernández, der mit einem Gnadenschuss aus einer Dienstpistole aufgefunden wurde, und die 29-jährige Studentin Angie Baquero. Alle

starben durch Schüsse. Der von vier Schüssen durchlöcherter Jaider Fonseca war erst 17 Jahre, Julieth Ramírez war 18. Von den dutzenden Festgenommenen berichteten praktisch alle von wüsten Beschimpfungen auf der Polizeistation, manche von Folter, zumindest eine Frau von versuchter Vergewaltigung. Fast allen wurden die Handys gestohlen, einigen auch die Dokumente und Geld. Neben den 13 Toten in Bogotá und der Nachbargemeinde Soacha forderte die Polizeigewalt mindestens 438 Verletzte, 72 durch Feuerwaffen. Die Polizei meldete 147 verletzte Polizisten. Keiner hatte eine Schussverletzung.

Bürgermeisterin Claudia López sprach am folgenden Tag auf allen TV- und Radiokanälen von einem „regelrechten Massaker an den Jugendlichen unserer Stadt“. Für Jerónimo Castillo, Direktor der Stiftung *Ideas para la Paz* (FIP), ist die Polizei „zu einem Leviathan geworden, der seit der Polizeireform zu Beginn der 1990er Jahre Macht und Möglichkeiten in jeder Hinsicht konzentriert hat“. Die Polizei in Kolumbien gehorcht der Logik des „inneren Feindes“. Sie ist nicht zum Schutz der Bürger, sondern zum Schutz der Macht vor den Bürgern da. Sie untersteht nicht der zivilen Gewalt, sondern dem Verteidigungsministerium und der Militärgerichtsbarkeit. Deswegen können sich Polizisten, die der Ausübung exzessiver Gewalt angeklagt sind, auch darauf verlassen, dass ihre Verbrechen straflos bleiben.

Auf Javier Ordóñez, so stellte sich später heraus, hatten es die Polizisten abgesehen, weil der angehende Jurist ihnen Tage vorher erklärt hatte, dass es für ein Straf-

⇒ von Seite 23: KOLUMBIEN

mandat wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen die Corona-Regeln keine Rechtsgrundlage gebe. Die aus jungen Journalistinnen und Journalisten bestehende Recherche-Plattform *Cuestión Pública* hat sich nach den gewaltsam niedergeschlagenen Unruhen auf die Spuren der Todesopfer begeben. Jaider Fonseca war schon wiederholt von der Polizei willkürlich festgenommen und misshandelt worden. Es stellte sich auch heraus, dass die CAIs, die in der Protestnacht abgefackelt wurden, allesamt eine Geschichte von Polizeiwillkür aufwiesen. Polizisten machten dort gemeinsame Sache mit Kriminellen, waren in Drogenhandel und/oder Schutzgelderpressung verwickelt.

Oppositionsführer Gustavo Petro schloss sich dem Appell der Bürgermeisterin nach einer Polizeireform an und erinnerte sich in einem Kommentar an eine Umfrage über das Sicherheitsgefühl der Bogotaner aus seiner Zeit als Bürgermeister der Hauptstadt. Sie wurde von den Behörden nicht zur Veröffentlichung freigegeben, weil sie dokumentierte, dass sich die meisten Befragten mehr vor der Polizei als vor gemeinen Verbrechern fürchteten.

Präsident Iván Duque, ein Protegé des ultrarechten Ex-Präsidenten Álvaro Uribe Vélez, wies jedes Ansinnen nach einer Polizeireform zurück und lobte in seiner Rede nach den Unruhen „die edle und eiserne Haltung“ der Polizeikommandanten. „Wir Kolumbianer lieben unsere Sicherheitskräfte“. Einzelnen Übergriffen müsse nachgegangen werden. Wenige Tage später legte er sich beim Besuch eines niedergebrannten CAI eine Uniformjacke an und stellte sich damit bedingungslos hinter die umstrittene Institution.

Ebenso bedingungslos steht der Präsident hinter seinem Mentor Álvaro Uribe, der seit einigen Wochen im Hausarrest sitzt. Der Oberste Gerichtshof Kolumbiens hatte nämlich Geschichte geschrieben, als er am 4. August einstimmig präventive Untersuchungshaft über den Senator Uribe Vélez verhängte. Als Begründung, den prominenten Verdächtigen nicht auf freiem Fuß zu lassen, gibt das Höchstgericht die Gefahr der Justizbehinderung an.

Unter den bereits gesammelten Beweisen gegen Uribe finden sich Zeugenaussagen, Filmaufnahmen und Telefonmitschnitte. Schon mehrere Belastungszeugen

sind unter mysteriösen Umständen zu Tode gekommen.

Die Grube, in die er jetzt zu fallen droht, hat sich Uribe selbst gegraben. 2012 hat er den linken Senator Iván Cepeda wegen Zeugenbestechung angezeigt. Cepeda, Sohn eines Ende der 1990er Jahre von den Rechten ermordeten Senators, hatte Uribe in einer Parlamentsdebatte beschuldigt, eine paramilitärische Gruppe mitbegründet und Verbindungen zum Drogenhandel zu haben.

Cepeda wurde inzwischen vom Vorwurf der Zeugenbestechung freigesprochen und nach und nach haben sich Indizien verdichtet, dass vielmehr Uribe Zeugen gekauft hat, die Cepeda anschwärzen sollten. Darunter mehrere ehemalige Paramilitärs, die Uribe erst belasteten, später ihre Aussage widerriefen und das mit Druck und Zahlungen von Uribes Anwalt Diego Cadena begründeten. Auch gegen Cadena und seine Anwaltskollegen wird wegen Bestechung und Nötigung ermittelt. Telefonmitschnitte belegen, dass das Schmiergeld von Uribe stammt.

Wenige Tage nach der aufsehenerregenden Entscheidung des Obersten Gerichtshofs legte Uribe sein Mandat als Senator zurück, womit die Zuständigkeit für seinen Fall vom Höchstgericht zum Generalstaatsanwalt Francisco Barbosa wandert, der als treuer Gefolgsmann des Angeklagten gilt. Es wird erwartet, dass er alle Hebel in Bewegung setzen wird, um Uribe reinzuwaschen. Den von Cepeda erhobenen Vorwurf der Befangenheit wies er vehement zurück. Die Getreuen Uribes wollen auch die Auslieferung von Salvatore Mancuso, einem ehemaligen Kommandanten rechter Paramilitärs, der in den USA seine Strafe wegen Drogenhandels abgesessen hat, verhindern. Er wäre ein zentraler Zeuge zu Uribes Verstrickungen mit den Todesschwadronen.

Auch wenn Uribe all seine Hebel in Bewegung setzt, dürfte es ihm nicht mehr gelingen, weitere strafrechtliche Ermittlungen aufzuhalten. Der bevorstehende Prozess könnte einen ganzen Rattenschwanz an weiteren Strafverfahren nach sich ziehen, von denen es bei den meisten um weit schwerere Vorwürfe als Zeugenbestechung geht. Darunter die während seiner Präsidentschaft initiierte Praxis der Armee, Jugendliche aus Elendsvierteln umzubringen, in Uniformen zu stecken und als zur Strecke gebrachte Guerilleros zu präsentieren. Soldaten erfüllten damit Quoten und konnten Kopfgeld kassieren. ■

## „URIBE SOLLTE HERUNTER-

Ralf Leonhard hat mit dem kolumbianischen Politologen über die jüngsten politischen Entwicklungen in diesem Land gesprochen.



**Der Verfassungsgerichtshof hat Ex-Präsident Uribe unter Hausarrest gesetzt und klagt ihn wegen Zeugenbestechung an. Was bedeutet das für die Regierung von Iván Duque, der seine Wahl Uribe verdankt?**

Duque hat sein Schicksal an das von Uribe geknüpft. Schon nach seinen ersten 100 Tagen im Amt, als seine Popularität in den Umfragen absackte, hatte ihn Uribe gewarnt. Er solle den Kurs korrigieren oder er würde ihn auch in den Abgrund reißen. Es ist aber schwierig, den Kurs zu korrigieren, wenn du keine Ahnung hast, in welche Richtung es gehen soll. Duque findet sich also in der schlechtesten aller denkbaren Situationen. Er verfügt nicht über Uribes Charisma, hat aber dessen Projekt und auch dessen Konflikte geerbt. Er kann nicht die Flucht nach vorne antreten, was ein Anführer mit Charisma und politischem Geschick tun würde. In meinem Buch *„Die Rückkehr des Uribismo“* habe ich so eine Situation als mögliches Katastrophenszenario beschrieben. Ich habe da seinen Rücktritt als wahrscheinliche Option gesehen. Mitten in der Corona-Krise ist das aber unwahrscheinlich. Also wird Duque äußerst geschwächt im Wahljahr 2022 ankommen.



**Was bedeutet das für die Chancen der Opposition?**

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die alternativen politischen Kräfte diese Wahl nicht gewinnen. Alles ist für einen Machtwechsel angerichtet. Aber es können natürlich noch viele Dinge passieren und die Linke war immer gut darin, sich die eigenen Chancen zu vermässeln.



**Uribe hat nach einer Woche Zögern sein Mandat im Senat zurückgelegt. Ist das ein Eingeständnis, dass er den Macht-**

## VON SEINEM HOHEN ROSS STEIGEN“



Foto: rfv.gov.co

Duque, den amtierenden Präsidenten.

Interview mit  
**León Valencia**

**Duque wird ja auch vorgeworfen, durch Wahlschwindel an die Macht gekommen zu sein. Wie funktioniert das?**

In Kolumbien gibt es das System des Stimmenkaufs, das mit der Zeit immer raffinierter geworden ist. Da gibt es die Variante, den Wähler direkt zu bezahlen. Er bekommt einen Teil als Vorschuss, zeigt dann das Foto mit seinem ausgefüllten Stimmzettel und bekommt den Rest. Dann gibt es den Stimmenkauf auf lokaler Ebene über Anführer, die Einfluss auf bestimmte Gruppen haben. Die dritte Variante ist der Klientelismus, der Leute für längere Zeit an die Partei bindet. Es gibt Listen von Leuten, die vor Ort die politische Arbeit leisten. Sie werden mit Pöstchen oder Aufträgen versorgt. Die vierte Methode ist, Funktionäre der Wahlbehörde zu kaufen. Wir, die Stiftung Friede und Versöhnung, haben alle diese Methoden dokumentiert, die Presse darauf aufmerksam gemacht und ganze Bücher darüber geschrieben.

### **?** Kampf mit den Institutionen verloren hat?

Er versucht sich als Opfer einer Justiz mit Schlagseite zu inszenieren. Gleichzeitig baut er Feindbilder auf, wie den Senator Iván Cepeda, den er in einem Interview ständig als Mann der FARC titulierte hat. Seine Attacken sind so aggressiv, dass das nicht gut ankommt. In Umfragen unterstützen mehr als 60 Prozent der Befragten den Obersten Gerichtshof. Meiner Meinung nach sollte sich Uribe der Sondergerichtsbarkeit des Friedensabkommens (JEP) unterwerfen. Da kann er ohne Gefängnisstrafe davonkommen. Er muss allerdings seine Verbrechen eingestehen und vom hohen Ross heruntersteigen. Die Rolle des verfolgten Helden, der alles richtig gemacht hat, steht ihm nicht mehr.

### **?** In Kolumbien ist Arturo Char Chaljub im Juli zum Parlamentspräsidenten gewählt worden. Sein Bruder Alex will 2022 Präsident werden. Wer sind die Char?

Die Char waren schon bei den vergangenen Wahlen der mächtigste Clan. Sie haben elf Mitglieder in den Kongress gebracht: sechs in die Abgeordnetenkammer und fünf in den Senat. Das Departamento Atlántico mit der Stadt Barranquilla gehört praktisch ihnen. In den anderen Departements der Atlantikküste haben sie großen Einfluss. Diese Macht verleiht ihnen Ein-

fluss auf nationaler Ebene. Sie besitzen große Bauunternehmen und *Almacenes Olimpica*, die drittgrößte Ladenkette in Kolumbien. Ihnen gehören der Fußballklub *Juniors de Barranquilla* und einflussreiche Radiosender. Ihre politisch-ökonomische Macht ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Das gründet auf legalen und illegalen Geschäften. Eines der Clan-Mitglieder, David Char, ist jüngst vor der Sonderjustiz gestanden.

### **?** Schützt ihn die Macht der Familie nicht vor Strafverfolgung?

Er stand vor einem ordentlichen Gericht und plädierte auf unschuldig. Aber die Beweislage war so erdrückend, dass er sich der durch das Friedensabkommen geschaffenen Sonderjustiz JEP unterwarf, die mildere Urteile fällt. Sein Fall wurde zugelassen wegen seiner Verstrickung mit den Paramilitärs. Die Justiz funktioniert also in Kolumbien. Aber sie erreicht bestenfalls Abgeordnete, Gouverneure, Lokalpolitiker. Amtierende oder ehemalige Präsidenten wurden bisher nicht angetastet, obwohl die Bestechungsskandale des brasilianischen Baukonzerns *Odebrecht* bis in die höchsten Sphären reichen.

### **?** Das betrifft vor allem Juan Manuel Santos?

Nicht nur. Auch seinen Vorgänger Álvaro Uribe und seinen Nachfolger Iván

### **?** Mit welchen Konsequenzen?

Manche Skandale haben ein gerichtliches Nachspiel. 2014 gab es einen großen Betrug, der gegen die evangelikale Partei MIRA gerichtet war. Mittels Manipulation bei der Stimmenauswertung wurde sie um drei Senatoren betrogen. Nach einiger Zeit wurde dieser Schwindel verurteilt und der Partei ihre drei Sitze im Senat zugesprochen. Die evangelikalen Gruppen haben mehr Kontrolle über ihre Wählerschaft, weil sie genau wissen, in welchen Wahllokalen ihre Mitglieder abstimmen gehen. Wenn diese Stimmen dann fehlen, schlagen sie Alarm. Wir haben zahlreiche Betrugsfälle aufdecken können. Darum geht es auch in unserem Buch „*Los clanes políticos que mandan en Colombia*“.

### **?** Gibt es Wahlbetrug, der das Ergebnis völlig umgedreht hat?

## ➔ von Seite 25: INTERVIEW MIT LEON VALENCIA, KOLUMBIEN

Foto: Agencia de Información Laboral

Dann gab es diesen großen Betrug vom 19. April 1970 gegen die Partei ANAPO, der zur Gründung der Bewegung 19. April (M19) geführt hat. Aber auch die erste Amtszeit von Álvaro Uribe wurde durch Betrug in der Wahlbehörde und Druck auf die WählerInnen erreicht. Uribe konnte sich dadurch schon im ersten Wahlgang gegen den Liberalen Horacio Serpa durchsetzen. Das ist erst sehr viel später dokumentiert worden.

Vergessen wir nicht den Skandal der *Parapolítica*. Uns ist es gelungen, 83 Abgeordneten Beziehungen zu den rechten Paramilitärs nachzuweisen. 95 Prozent davon waren Parteigänger von Uribe. 61 sind durch die Justiz verurteilt worden. Das hatte aber keinerlei Konsequenzen für den damaligen Präsidenten. Als wir dem britischen Parlament unsere Dokumentation vorlegten, haben die Abgeordneten gefragt, ob das keine nationale Krise ausgelöst habe. Im Gegenteil: die Popularität von Uribe stieg weiter. Die gleiche ungläubige Reaktion erlebten wir in Brüssel und in Schweden, das die Recherche bezahlt hatte. Es gab keinerlei Konsequenzen für diesen Nachweis, wie mittels Gewalt und Mafia-Methoden regiert wurde. Weder die Öffentlichkeit noch die Justiz in Kolumbien reagierten. Das nennt man soziale und gerichtliche Straflosigkeit.

**Welche konkreten Verbrechen konnte man den 61 Abgeordneten nachweisen, die verurteilt wurden?**

Verabredung zum Verbrechen und Manipulation der Wähler mit Gewalt. Die Terrorkampagne an der Atlantikküste hatte ihren Zweck nicht verfehlt. Ein großer Anteil der 1200 Massaker wurde dort verübt. Das war eine sehr starke Botschaft an die Dorfgemeinschaften, für die Kandidaten der Paramilitärs zu stimmen. Zum Beispiel Rocío Arias Hoyos und Eleonora Pineda, die eine in Antioquia und die andere in Córdoba, beide sind von den „Selbstverteidigungsgruppen“. Die anderen waren Zivilisten. Die meisten haben nicht gestanden, sondern wurden durch Beweise überführt.

**Welche Rolle spielen dabei die politischen Clans?**



Der wirkmächtigste Clan begann mit Álvaro Uribe und seinem Cousin Mario Uribe. Sie haben nach und nach die anderen Clans unterworfen, wie die Valencia Cossio. Es waren etwa 15 und am Ende siegten die Uribe. Fabio Valencia Cossio wurde mit einem Ministerposten abgesperrt und der Clan ordnete sich unter. Das war ein langer Prozess. Uribe begann 1982 als junger Bürgermeister von Medellín. Nach sechs Monaten hat ihn eine Unternehmergruppe im Einvernehmen mit dem Präsidenten abgesetzt. Uribe war damals 30 und vertrat als Anwalt die Drogenhändler. Er fungierte dann als Stadtrat in Medellín, 1990 bis 1994 war er im Senat, dann wurde er zum Gouverneur von Antioquia gewählt. Als er in den Kongress kam, befand er sich schon auf der Siegerstraße. Dann wurde er Staatspräsident und einer seiner Cousins Präsident des Abgeordnetenhauses. Der Clan war auch wirtschaftlich gut aufgestellt. Ein Bruder sitzt im Gefängnis, er war Rinderzüchter. Uribe konnte die Wirtschaft von Antioquia aus lenken.

**Uribe soll ja auch große Ölpalmenplantagen besitzen.**

Die Uribes haben die Zeit der Präsidentschaft gut genutzt, um privilegierte Informationen zu Geld zu machen. Sie kauften billiges Land, das dann für die Urbanisierung umgewidmet wurde und sich im Wert ver Hundertfachte. Der Ökonom und Kolumnist Salomón Kalmanovitz hat in der Zeitung *El Espectador* die Steuererklärung von Uribe öffentlich gemacht. Für die Ländereien, die 165 Milliarden Pesos wert waren, hat er einen Wert von zwölf Milliarden deklariert.

Aber auch der Uribe-Clan befindet sich im Abstieg. Bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Jahr 2019 wurde er nicht

nur in Medellín, sondern auch in anderen großen Städten geschlagen. Es ist interessant zu beobachten, wie die Clans kommen und gehen.

**Funktionieren die Betrugsmechanismen nicht mehr so wie früher?**

Beim Referendum über das Friedensabkommen hat das Spiel mit den Ängsten noch funktioniert. Die Gegner warnten davor, dass die FARC jetzt die Macht übernehmen und den Kommunismus einführen würden. Aber man hat inzwischen gesehen, dass die demobilisierten FARC als Partei weit entfernt von einem politischen Triumph sind. Ein anderer Faktor ist, dass der Stimmenkauf in den Städten viel schwieriger ist. Gewonnen haben Kandidaten, die nicht aus den traditionellen politischen Parteien kamen: in Cali, Bogotá, Cartagena, Cúcuta. Bogotá ist überhaupt ein Sonderfall, dort hat sich mit Claudia López eine Frau aus der Mittelschicht ohne politische Erfahrung im Kongress durchgesetzt.

**Was ist dran an den Gerüchten, dass Álvaro Uribe als Anwalt für Pablo Escobar gearbeitet hat?**

Auf diese Verbindung ist immer wieder hingewiesen worden. Escobar soll einen Hubschrauber zur Verfügung gestellt haben, um Uribes Vater auszufliegen. Uribe war Direktor der zivilen Luftfahrtbehörde, als Escobar seine Drogen im großen Stil per Flugzeug außer Landes brachte. Es gab familiäre Bindungen zwischen den Uribe und den Ochoa Vásquez vom Kartell von Medellín. Beide waren Rinderbarone und liebten Pferde. Aber Uribe hat immer sehr darauf geachtet, dass sich nichts Verbotenes nachweisen lässt. Es gibt 42 Skandale, in die er verwickelt ist, aber kein einziges Mal konnte er verurteilt werden. ■

*León Valencia Agudelo, 1955 in Antioquia geboren, hat als Guerillero im Ejército de Liberación Nacional (ELN) gekämpft und 1994 mit der Dissidentengruppe Corriente de Renovación Socialista die Waffen niedergelegt. Er schreibt heute als Kolumnist für mehrere Medien und leitet die Stiftung Friede und Versöhnung (Fundación Paz y Reconciliación) in Bogotá. Das im März 2020 geführte Interview wurde durch Zitate Valentias aus mehreren Medien aktualisiert.*



## VENEZOLANERINNEN IN PERU: ZWISCHEN SOLIDARITÄT UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Peru ist nach Kolumbien das Land, das weltweit am meisten venezolanische MigrantInnen und Flüchtlinge aufgenommen hat. Von den schätzungsweise 4,8 Millionen VenezolanerInnen, die ihr Land zwischen 2014 und 2019 verlassen haben, sind zwischen 2016 und 2019 etwa 860.000 in Peru eingereist. Mittlerweile haben Tausende von ihnen aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie das Land wieder verlassen. Für jene, die in Peru geblieben sind, gestaltet sich das Leben zunehmend schwierig. Ein überforderter Staat, eine wenig kohärente Migrationspolitik und ein unter Druck gesetzter Arbeitsmarkt haben zu einem Umschwung von einer anfänglich solidarischen Aufnahmebereitschaft zu fremdenfeindlichen Ressentiments im Land geführt.

Von Eny Angenvoort

2016, als in Peru noch knapp 8.000 Venezolaner lebten und im ganzen Land häufig Proteste gegen Bergbauunternehmen und Regierungsbehörden stattfanden, wurde im Juni der rechtsliberale Pedro Pablo Kuczynski zum Präsidenten gewählt. Als Nachfolger des linksnationalen Ollanta Humala verfolgte Kuczynski einen neoliberalen Kurs und außenpolitisch einen der Konfrontation gegenüber Venezuela, das unter dem Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro bereits in einer tiefen politischen, sozialen und ökonomischen Krise steckte.

Vor diesem Hintergrund betrieb die neue peruanische Regierung die Gründung der Lima-Gruppe, ein Bündnis aus 14 amerikanischen Staaten, das sich „die Wiederherstellung der Demokratie in Venezuela“ zum Ziel gesetzt hat. Kuczynski selbst wurde zu einer der führenden Figuren der Gruppe, und die Krise in Venezuela, die sich allmählich zu einer humanitären Krise auswuchs, bot den passenden Schauplatz, die Schwächen des Maduro-Regimes offenzulegen.

### Solidaritätsdiskurs

Inzwischen verließen Tausende von VenezolanerInnen ihr Land, reisten über Kolumbien und Ecuador und erreichten die nördliche Grenze Perus. Ganz im Sinne des Narrativs von den „verfolgten Brüdern und Schwerstern“ förderte die Regierung Solidaritätsbekundungen der einheimischen Bevölkerung. Schließlich war es noch im kollektiven Gedächtnis verankert, dass Venezuela in den 1970er und 80er Jahren PeruanerInnen aufgenommen hatte, die vor Armut und Terrorkrieg flüchteten. „VenezolanerInnen sind in Peru willkommen. Kommt zu uns und wir werden euch

angemessene Gehälter bezahlen“, versprach Präsident Kuczynski im März 2018. Im Rahmen von Ad-hoc-Maßnahmen zur angeblichen Erleichterung der Einreise schuf Peru die auf ein Jahr befristete Aufenthaltserlaubnis (PTP). Diese Erlaubnis berücksichtigte jedoch ausschließlich MigrantInnen, die bis Oktober 2018 legal eingereist waren, und regulierte deren Aufenthalt nachträglich. Sie berücksichtigte jedoch nicht weitere Einreisen oder den Flüchtlingsstatus. Bis September 2019 sind rund 495.000 solche Erlaubnisse ausgestellt worden und ca. 69.000 befanden sich in Bearbeitung.

Der auf die Delegitimierung des Maduro-Regimes gerichtete Blick trübte die Sicht auf das Eigentliche. Die getroffenen Maßnahmen gingen nicht mit einer nachhaltigen und koordinierten Migrationspolitik einher und bedachten weder Folgen noch Auswirkungen der venezolanischen Migration.

Während der kurzen Regierung Kuczynskis (Juli 2016–März 2018)

wurden diese Themen kaum angesprochen, die Medien berichteten eher positiv über die Neankömmlinge und die Bevölkerung unterstützte wohlwollend das solidarische Unterfangen. Als feststand, dass sich Anfang 2018 bereits ca. 660.000 VenezolanerInnen in Peru befanden, kippte die Stimmung in der Bevölkerung. Dies mach-

te sich besonders in Lima und Callao bemerkbar, wo sich fast 85% der venezolanischen MigrantInnen niedergelassen hatten. Zudem wurde Präsident Kuczynski wegen Korruptionsvorwürfen abgesetzt und Martín Vizcarra, sein ehemaliger Vizepräsident, der die Regierungsgeschäfte übernahm, läutete eine restriktivere Migrationspolitik ein.

### Soziale Lage der MigrantInnen

Die in Peru lebende venezolanische Bevölkerung ist überwiegend im erwerbsfähigen Alter und lebt häufig in familiären Strukturen mit Kleinkindern und Säuglingen. Schätzungsweise 57% von ihnen haben einen Hochschulabschluss, gegenüber nur 36% PeruanerInnen mit höherer Bildung. Diese Gruppe wanderte zwischen 2016 und 2017 ein und fand relativ leicht Zugang zum Arbeitsmarkt. Ihre Qualifikation und ihr Ruf, besonders eloquent zu sein, ermöglichte vielen von ihnen die Ausübung von Tätigkeiten mit Kundenkontakt. Sukzessive stellte sich heraus, dass der einheimische Arbeitsmarkt nicht mehr in der Lage war, alle qualifizierten MigrantInnen aufzunehmen, wodurch viele in den informellen Wirtschaftssektor abwanderten.



Foto: UNHCR

Im Mai lieferte UNHCR 40.000 VenezolanerInnen Essen

Eine zweite Welle junger, weniger qualifizierter MigrantInnen, die ab 2018 eintraf, versuchte ihr Glück ebenfalls im informellen Sektor. Durchschnittlich verdienen VenezolanerInnen weniger als peruanische Arbeiter. Typisch ist das Schicksal von Elisa M., die seit Ende 2017 in Peru lebt, alleinstehend drei Kinder aufzieht und

weiter Seite 28 ➔

## ⇒ von Seite 27: VENEZOLANERIN- NEN IN PERU

in einer Fischfabrik in Lima für 150 Soles (ca. 35 Euro) pro Woche, ohne freie Tage, arbeitete, bis man ihr aufgrund ihrer Herkunft den Lohn auf 100 Soles kürzen wollte.

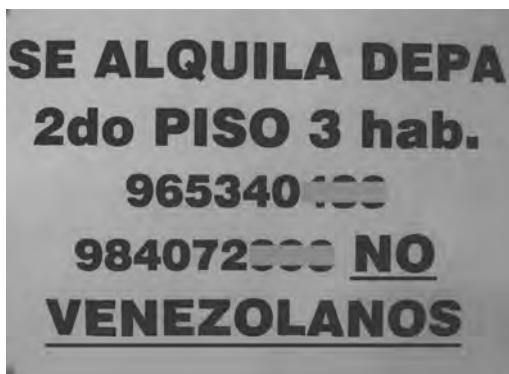
Inwiefern sich die venezolanische Migration auf die peruanische Volkswirtschaft auswirkt, lässt sich nicht eindeutig feststellen, da vorhandene Studien oft divergierende Zahlen und Schlussfolgerungen vorlegen. Fakt ist dennoch, dass die in Peru lebenden MigrantInnen aus Venezuela nur eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen haben, da sie dafür einen von den Migrationsbehörden ausgestellten Personalausweis benötigen oder als besonders schutzbedürftige Flüchtlinge gelten müssen.

### Von Solidarität zu fremdenfeindlichen Ressentiments

Das Zusammenleben von Einheimischen und Neuankömmlingen hat soziokulturelle Unterschiede deutlich gemacht, die sich zunächst in Stereotypen widerspiegeln und sich anschließend unter dem Einfluss sensationalistischer Medien als Vorurteile in der öffentlichen Meinung festsetzen. „Fremdenfeindliche Reaktionen sind überall im Alltag wahrzunehmen“, berichtet Ernesto G., ein junger Mann aus Caracas. Es sei schwer, ruhig zu bleiben, wenn auf die „Venecos“ geschimpft werde.

Im März 2018 tauchten in Lima anonyme Plakate mit der Aufschrift „Peru ohne Venezolaner“ auf. Seitdem finden immer wieder Märsche gegen die venezolanische Migration in verschiedenen Städten Perus statt, bei denen die Schließung der Grenzen „für venezolanische Kriminelle“ verlangt wird und Maduro dazu aufgefordert wird, „seinen Müll einzusammeln“. Zudem ist auf Aushängen zur Personalsuche oder Wohnungsangeboten zunehmend – besonders seit Beginn der Pandemie – der Zusatz „NO VENEZOLANOS“ zu lesen. Venezolanische Frauen und Mädchen werden in der öffentlichen Meinung stark sexualisiert, gelten als attraktiv und sogar als „leicht“, weshalb manche Jobangebote sich an „gutaussenhende Fräuleins, vorzugsweise Venezolanerinnen“ richten. Sie sind daher häufig Belästigungen und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Einige Politiker machen ebenfalls Stimmung gegen die MigrantInnen, wie im Rahmen der Kommunalwahlen im Oktober 2018 hörbar wurde. Traditionelle Medien betonen Delikte, die vermeintlich von VenezolanerInnen begangen wurden, und soziale Medien überschlagen sich mit fremdenfeindlichen „Shitstorms“. Obwohl im Zusammenhang mit der venezolanischen Migration keine Zunahme der Kriminalität empirisch belegt ist, sind mittlerweile Maßnahmen zur Bekämpfung der „Ausländerkriminalität“ ergriffen worden, die letztendlich Migrationspolitik zu einer Frage der Sicherheitspolitik machen. So sind seit Mitte 2019 fünf Kontingente „krimineller“ VenezolanerInnen ausgewiesen worden, die mit falschen Dokumenten eingereist waren oder tatsächlich Straftaten begangen hatten.



VenezolanerInnen sind auf dem peruanischen Wohnungsmarkt unerwünscht.

Zudem verschlechtert sich ihre Situation seit Beginn der Covid-19-Pandemie zusehends: Viele haben nur wenige oder gar keine Einnahmen, sie sind aufgrund fehlender Mietzahlungen nicht vor Zwangsräumungen geschützt und können wegen ihres Status nicht bei den Bonusprogrammen der Regierung zur Linderung der Auswirkungen von Covid-19 berücksichtigt werden. Unterschiedlichen Quellen zufolge haben sich seit Beginn der Pandemie 20.000 bis 30.000 VenezolanerInnen – zum Teil zu Fuß – auf den Weg in ihr Heimatland gemacht.

### MigrantInnen oder Flüchtlinge?

Seit August 2018 sind die Bestimmungen für eine legale Einreise sowie einen geregelten Aufenthalt für venezolanische Staatsangehörige in Peru allmählich verschärft worden. Die durchgängige Intransparenz bei der Abwicklung und die Kluft zwischen Theorie und Praxis zeugen vom

mangelnden politischen Willen, sowohl den geflüchteten Menschen zu helfen als auch die eigenen Infrastrukturen zu optimieren. Konkret wird seit 2018 ein gültiger Reisepass an der Grenze verlangt, den sich wegen der hohen Kosten die wenigsten VenezolanerInnen leisten können. Zudem darf mittlerweile nur mit einem anerkannten Flüchtlingsstatus oder einem „humanitären Visum“ eingereist werden. Eine Situation, die viele geflüchtete Menschen in die Illegalität drängt.

Dabei enthält das peruanische Flüchtlingsgesetz (Gesetz Nr. 27891) die weit gefasste Definition der Erklärung von Cartagena (1984), in der diejenigen Menschen als Flüchtlinge anerkannt werden, „die aus ihrem Land geflüchtet sind, weil ihr Leben, ihre Sicherheit oder Freiheit durch allgemeine Gewalt, den Angriff einer ausländischen Macht, interne Konflikte, massive Verletzungen der Menschenrechte oder sonstige Umstände, die zu einer ernsthaften Störung der öffentlichen Ordnung geführt haben, bedroht sind“ und die deutlich weiter gefasst ist als jene der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

Das peruanische Migrations- und Flüchtlingsystem ist maßlos überfordert, da Anträge individuell geprüft und ohne Standardkriterien bearbeitet werden. Eine Anwendung dieser weit gefassten Definition könnte Prozesse durch Gruppenerlasse beschleunigen. Allerdings wäre dieses Zugeständnis mit hohen Kosten für den peruanischen Staat verbunden, da dieser für die Gewährleistung grundlegender Sozialleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung für die anerkannten Flüchtlinge zuständig wäre. In diesem Fall müsste die Regierung mit großem Unverständnis seitens der peruanischen Bevölkerung rechnen.

Für geflüchtete Menschen wie Elisa M. und Ernesto G., die sich schon in Peru befinden, gibt es kaum Perspektiven. Ernesto, der Venezuela verlassen hatte, um in Freiheit zu leben, will Peru wieder verlassen. Denn, wie er sagt, „können Anfeindungen auch ein Gefängnis sein“. Elisa möchte gerne bleiben und weiterhin versuchen, Verständnis für Menschen aufzubringen, die ihr fremdenfeindlich begegnen. Sie konstatiert, dass „viele PeruanerInnen von ihren Landsleuten auch diskriminiert werden und ihre Frustrationen auf andere Randgruppen übertragen“. Offensichtlich lässt sich durch Perspektivwechsel die eigene schwer veränderbare Situation besser ertragen. ■

# GROSSER AUFBRUCH INS UNGEWISSE

Von der Corona-Pandemie und dem folgenden wirtschaftlichen Absturz doppelt hart getroffen, machen sich die ChilenInnen daran, in einer Volksabstimmung im Oktober über die Zukunft ihres Systems zu entscheiden.

Von Erhard Stackl

Auf die Fassade des 140 Meter hohen *Telefónica*-Hochhauses in Santiago haben Unbekannte in der Nacht in riesigen Lettern ein Wort projiziert: HAMBRE – Hunger. Daneben liegt die nun leere *Plaza Italia*, wo seit dem Oktober 2019 zahlreiche Massendemonstrationen stattgefunden hatten, Symbol des landesweiten *estallido social*, der sozialen Explosion gegen das von der Bevölkerung mehrheitlich als unerträglich empfundene neoliberale System.

Die Corona-Krise mit ihren Kontakt-einschränkungen und Ausgangssperren sowie der nachfolgende Wirtschaftseinbruch haben Chile als doppelte Katastrophe getroffen. Von den acht Millionen Einwohnern haben an die zwei Millionen ihre Jobs verloren. Weitere 2,5 Millionen, die sich schon zu normalen Zeiten im „informellen Sektor“ als Tagelöhner, Straßenverkäufer oder ähnliches durchfretten, haben kaum noch Einkünfte.

In ärmeren Wohnvierteln, etwa in der *Población Los Copihues* (Die Glockenblumen) im Südosten der Stadt, wurde die Not so groß, dass die BewohnerInnen eine Idee zur Selbsthilfe wiederbelebten, die zuletzt vor 40 Jahren zu den ärgsten Zeiten der Pinochet-Diktatur populär war: die *olla común*. So ein „gemeinsamer Kochkessel“ ist eine von Freiwilligen aus der Nachbarschaft organisierte Volksküche, in der Lebensmittelspenden zu einfachen Speisen (meist Suppen oder Eintopf-Gerichten) verarbeitet und verteilt werden. In *Los Copihues* fand sich ein Dutzend Menschen zum Kochen, Verteilen und Reinigen zusammen, berichtete Gründerin Victoria Marfil einigen JournalistInnen, die das Projekt besuchten. 300 Personen würden verköstigt, darunter Familien mit Kindern, aber auch SeniorInnen in Heimquarantäne, denen die Mahlzeiten zugestellt werden. Die eigene Scham überwindend berichteten NutzerInnen der Ausspeisung davon, dass es einfach unmöglich sei, mit einer



Wird die neue Verfassung den Mapuche die Selbstbestimmung bringen?

Pension von umgerechnet 150 Euro im Monat durchzukommen, und dass versprochene staatliche Corona-Hilfe oft spät oder gar nicht ankomme.

Das Medienecho führte dazu, dass die Stadtteilverwaltung dieser Volksküche einen Kühlschrank, Gesichtsmasken und Schutzhandschuhe zukommen ließ. In ganz Santiago soll es inzwischen allerdings 250 solcher *ollas comunes* geben, landesweit natürlich noch viele mehr.

## Mit Repression gegen die Krise

Die Popularitätswerte des konservativen Präsidenten Sebastián Piñera sind wegen seiner schwachen Leistung während der Pandemie auf nur 17 Prozent Zustimmung weiter abgesackt. Ein unfähiger Gesundheitsminister wurde ausgetauscht, aber handfeste Maßnahmen kamen eher von BürgermeisterInnen als vom Präsidenten. Hätte man sich auf die Regierung verlassen, wäre ganz Chile zu einem Friedhof geworden, kritisiert der Soziologe Iván Ojeda. Mit mehr als 300.000 Infizierten und 7000 Corona-Toten<sup>1</sup> stehe Chile auch im lateinamerikanischen Vergleich schlecht da.

Piñera habe sich vor allem darum bemüht, die Interessen der Reichen zu schützen und verschärfte Maßnahmen gegen soziale Unruhen zu planen, sagt Ojeda: „Während die Bevölkerung hungerte, kümmerte er sich darum, der Polizei neue Waffen und Repressionsmittel zu verschaffen.“

Zu diesen „Repressionsmitteln“ für mehrere Millionen Euro zählen auch gepanzerte Wasserwerfer des Typs *Rosenbauer Cobra 8x8*, die von der an sich auf Löschfahrzeuge spezialisierten österreichischen Firma auf Fahrgestelle tschechischer Tatra-Trucks montiert und geliefert wurden. Einige chilenische Medien schrieben über die martialischen Monster begeistert wie Automagazine über einen neuen Sportwagen: 460 PS Diesel, Allrad, 115 Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeit, 12.000 Liter Wasser Fassungsvermögen.

Andere Publikationen veröffentlichten währenddessen alarmierende Berichte über Polizeiübergrieffe und Menschenrechtsverletzungen. Bei der Unterdrückung der Proteste wurden 30 Menschen getötet und tausende verletzt. Mehr als 400 wurde mit Hartgummi-Munition ein Auge ausgeschossen. Ende August 2020 waren noch immer rund 1000 Demo-TeilnehmerInnen in U-Haft und warteten auf Gerichtsverfahren, wobei einige beklagten, dass ihnen die Polizei gefälschte Beweise, etwa über Brandbomben, untergeschoben habe. Mehrere Menschenrechtsorganisationen schickten einen offenen Brief nach Brüssel, weil im Freihandelsvertrag der EU mit Chile die Einhaltung der nun offenbar massiv verletzten Menschenrechte verlangt werde.

## Vor Dialog mit den Mapuche?

In dem Schreiben wird auch die „Unterdrückung des indigenen Volkes der *Mapuche*“ hervorgehoben. Nach Auseinan-

⇒ von Seite 29: CHILE

dersetzungen in der Provinz La Araucanía, 600 Kilometer südlich von Santiago, bei denen seit 2012 Fahrzeuge von Forstfirmen und Farmhäuser in Flammen aufgingen und ein Siedlerpaar ums Leben kam, sind etliche *Mapuche* als „Terroristen“ in Haft. 28 von ihnen hielten einen wochenlangen Hungerstreik durch. Schlagzeilen machte Celestino Córdova, als „Machi“ eine religiöse Führungspersonlichkeit der 1,5 Millionen *Mapuche*. Córdova, der seine Unschuld beteuerte, forderte das Recht ein, auf heiligen Stätten der *Mapuche* religiöse Riten abzuhalten – und riskierte dafür mit der Nahrungsverweigerung sein Leben.

Mitte August konnte die kommunistische Kongressabgeordnete Karol Cariola, die als Vermittlerin agierte, einen Durchbruch melden: Die Regierung erfülle den Wunsch Córdovas auf Ausgang. Der Hungerstreik wurde abgebrochen, den Teilnehmern versprochen, dass sie deswegen nicht extra bestraft würden.



Präsident Piñera: im Umfragetief

Cariola bezeichnete dieses Ergebnis als möglichen Beginn eines umfassenden Dialogs der Regierung mit den *Mapuche*. Ansonsten sieht die 33jährige Politikerin, einer der bei der KP gelandeten Jungstars, die aus der Studentenbewegung vergangener Jahre hervorgegangen sind, kaum einen Lichtblick in Chiles Politik. Cariola konstatiert sogar einen Rechtsruck. Beim Austausch mehrerer Minister habe Präsident Piñera Hardliner in die Regierung geholt, die gegen eine verfassunggebende Versammlung auftreten. Auch die junglinke Sammelpartei *Frente Amplio* spricht von einem „Kabinetts der Ablehnung“. Besonders eine der rechten Regierungsparteien, die *Unión Demócrata Independien-*

*te* (UDI) tritt dafür ein, bei dem nun für 25. Oktober angesetzten Referendum den Vorschlag, eine *Constituyente* einzuberufen, abzulehnen (Option „rechazo“). Nach allen Umfragen wird die Mehrheit der ChileInnen aber dem Vorschlag zustimmen (Option „apruebo“), der 2021 zu einem Umbau des politischen Systems führen soll.

### Neue Verfassung als Lösung?

Schon jetzt zeigen sich erhebliche Risse im rechten Parteienblock aus UDI und *Renovación Nacional* (RN), der bisher Piñeras Macht im Kongress stützte. Gegen den Willen des Präsidenten stimmten 13 Abgeordnete des Regierungslagers einer weitreichenden Forderung von Sozialisten und anderen Oppositionellen zu: Aus den privaten Pensionskassen, die unter Pinochet von Minister José Piñera (Bruder des gegenwärtigen Präsidenten) geschaffen wurden und in die jeder Berufstätige einzahlt, um seine eigene Pension zu finanzieren, dürfen wegen der Einnahmefälle durch Corona zehn Prozent der Ersparnisse entnommen werden. Der britische *Economist* schätzt die Kosten auf 14 Milliarden Euro und schreibt, dass mit diesem Gesetz ein tragender Pfeiler des chilenischen Systems angegriffen worden sei. Schon jetzt zahlen die aufwändig verwalteten privaten Pensionsfonds zumeist nur Hungerrenten aus, eine grundlegende Reform scheint unausweichlich zu sein.

Dass Chiles System künftig sozialer werden soll, wird nun quer durch die politischen Lager gefordert. (Sogar Joaquín Lavín, einst Pinochet-Verehrer und nun Bürgermeister eines reichen Stadtteils von Santiago, der 2022 Piñera als Präsident nachfolgen will, bezeichnet sich nun als eine Art „Sozialdemokrat“.) Der Weg dahin führt für alle (mit unterschiedlichen Hoffnungen für den Ausgang) über die „verfassunggebende Versammlung“: vom KP-Chef Guillermo Tellier, der beim Referendum für eine Zustimmung in Würde („*apruebo digno*“) wirbt, bis zur katholischen Bischofskonferenz. Sogar Sebastián Edwards, Ökonom und Spross einer mächtigen Unternehmer- und Verlegerfamilie, die einst Pinochets wichtigste zivile Stütze war, schreibt jetzt, dass der Einigungsprozess auf eine neue Verfassung „unser einziger Ausweg“ sei.■

<sup>1</sup> Werte von Mitte Juli; Mitte September waren es bereits über 440.000 Infizierte und mehr als 12.000 Tote.

## URUGUAY UND

Uruguay gilt im regionalen, aber auch internationalen Vergleich als Ausnahme im Umgang mit der Covid-19-Pandemie. Der seit dem 1. März 2020 amtierende Präsident Luis Lacalle Pou und seine rechtskonservative Regierungskoalition unter der Führung des *Partido Nacional* (PN) werden für ihr gutes Krisenmanagement gelobt. Dessen Voraussetzungen beruhen aber auf der 15-jährigen Politik der Mitte-Links-Regierung des *Frente Amplio* (FA) und jüngste Gesetzesvorhaben deuten eher in die Richtung einer Law&Order-Politik. Der oft zitierte „Sonderfall“ Uruguay ist zweifelhaft.

Von Laurin Blecha

Außer Frage steht, dass die neue Regierung Uruguays unter Luis Lacalle Pou, Sohn des ehemaligen Präsidenten Luis Alberto Lacalle Herrera (1990-1995), schnell auf die Covid-19-Pandemie reagiert hat. Mitte März leitete sie weitreichende Maßnahmen ein, die für die niedrigen Fallzahlen entscheidend waren und unter anderem die Schließung aller Bildungseinrichtungen, die Absage von öffentlichen Veranstaltungen, Grenzschließungen zu allen Nachbarstaaten sowie Einschränkungen der allgemeinen Mobilität betrafen. Eine Ausgangssperre wie in Argentinien gab es nie, vielmehr setzte man auf Freiwilligkeit und die Eigenverantwortung der BürgerInnen.

Die schnelle Reaktion hat der Regierung und den ausführenden Behörden bisher recht gegeben, denn Uruguay hatte laut den Daten der WHO seit dem Ausbruch der Pandemie mit Stand Mitte September nur 1.808 positiv Getestete und 45 Tote zu beklagen. Die Dunkelziffer dürfte zwar auch hier wie in vielen anderen Ländern höher liegen, aber im Vergleich mit den Nachbarstaaten konnte eine unkontrollierte Ausbreitung bisher verhindert werden. Dies fußt unter anderem auf dem gut ausgebauten öffentlichen Gesundheitswesen, das in der 15-jährigen Regierungszeit des FA nicht kaputtprivatisiert wurde, was in vielen anderen Staaten der Fall war (und ist).

# COVID-19: (K)EIN SONDERFALL

Aufgrund der guten Entwicklungen ist seit Mitte Juni das „normale Leben“ wieder in Uruguay eingezogen, wenngleich auch mit vielen Einschränkungen. Schulen haben seit Anfang Juli geöffnet, aber nur für vier Unterrichtsstunden zu je 40 Minuten. Vor dem Schuleingang gibt es bei Privatschulen Temperaturmessungen und der Unterricht findet nur mit Mund-Nasenschutz statt. Ähnliche Maßnahmen haben auch die öffentlichen Schulen umgesetzt, wenngleich nicht flächendeckend. Anfangs wollte die Regierung die Winterferien, die von Mitte Juli bis Anfang August dauern, aufgrund der versäumten Unterrichtsstunden durch die Pandemie gänzlich ausfallen lassen und den Unterricht in den Ferien fortsetzen. Als Reaktion darauf riefen Lehrgewerkschaften zu Protesten auf und die Regierung machte schließlich einen Schwenk und entließ LehrerInnen und SchülerInnen in die Ferien. Vermutlich kam dieser Schritt auch zustande, weil in der Wintersaison von einer generell erhöhten Aktivität der Influenza auszugehen war.

Wie in den Schulen herrscht auch im öffentlichen Verkehr und in Lebensmittelgeschäften die Maskenpflicht. In Bars und Restaurants ist diese für Gäste ausgesetzt, jedoch nicht für die Angestellten. Wie in ganz Lateinamerika ist der kommerzielle Flugverkehr fast zum Erliegen gekommen. Fähren und Boote verkehren derzeit nur nach Argentinien, aber nicht von dort nach Uruguay, seit auch im Nachbarland die Fallzahlen ansteigen, obwohl es lange Zeit so ausgesehen hatte, als hätte die Regierung in Buenos Aires die Pandemie unter Kontrolle. Auch beschloss die Regierung in Montevideo, im Juni die Wirtschaft langsam wieder hochzufahren und vor allem den Konsum mittels der Öffnung der Shoppingcenter wieder anzukurbeln. Auch Kirchen sind seit Juni wieder geöffnet. Die Wiedereröffnung von Theatern, Museen und Kinos erfolgte jedoch erst am 3. August, was davor zu scharfen Kritiken von VertreterInnen der Kulturbranche geführt hatte.

Besonders problematisch erscheinen aber im Moment die von der Regierung angestrebten Gesetzesänderungen. Hier steht das Anfang Juli beschlossene „Dringlichkeitsgesetz“ (*Ley de Urgente Consideración*, LUC) im Vordergrund, ein Gesetzes-

paket, das insgesamt 476 Artikel umfasst und in nur drei Monaten durch die Legislative gepeitscht wurde. Die schnelle Umsetzung des LUC soll auch damit zusammenhängen, dass es innerhalb der Regierungskoalition Unstimmigkeiten gibt, gehören ihr doch neben dem PN, auch der *Partido Colorado*, *Cabildo Abierto*, *Partido Independiente* und *Partido de la Gente* an.

## Umstrittene Kürzungen im Sozialbereich

Das LUC befasst sich mit den Themen Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Umwelt und Ökologie, wobei die Schaffung eines Umweltministeriums angekündigt wird. Im Kontext der vorgesehenen Budgetkürzungen im Bildungsbereich riefen in den letzten Wochen vor allem Studierende und Lehrende an den Universitäten zu Protesten auf, die das öffentliche Bildungssystem schon in Gefahr sehen. Zu den umstrittensten Punkten des Pakets zählen die Kürzungen im Sozialbereich und vor allem das Kernstück, die innere Sicherheit. Diese



Präsident Luis Lacalle Pou mit Gattin Lorena Ponce auf Besuch in Florida

nimmt einen großen Platz ein und ist prinzipiell restriktiv angelegt: Der Ausbau der Befugnisse für Sicherheitsorgane, Einschränkungen im Streikrecht sowie das Aussetzen der Strafverfolgung bei Disziplinarvergehen von Sicherheitsorganen stehen im Raum.

Vorteile verschafft das Gesetzeskompensandum dem Privatsektor und vor allem den großen Agrarexporteurern. Kritik am

LUC kommt von verschiedensten Seiten: ParlamentarierInnen der Opposition kritisieren, dass eine breite parlamentarische Diskussion nicht möglich war, und äußern auch prinzipiell verfassungsrechtliche Bedenken. Der *Frente Amplio* kritisiert die angedachten Flexibilisierungen im internationalen Zahlungsverkehr, die Spekulationen und illegalen Finanztransaktionen Tür und Tor öffnen könnten. Schließlich äußerten sich auch ExpertInnen der UNO kritisch gegenüber den angedachten Veränderungen im Sicherheitsbereich, was Abgeordnete des PN veranlasste, den UNO-MitarbeiterInnen im Gegenzug ideologische Nähe zum FA vorzuwerfen.

Eine soziale und wirtschaftliche Krise zeichnet sich unterdessen auch in Uruguay ab. Die Arbeitslosigkeit stieg Mitte des Jahres auf 15%, so hoch wie in der Krise zu Beginn der 2000er. Wasser- und Strompreise steigen, was vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten existenzbedrohlich wirkt. Mit Einsparungen in der Sozialpolitik wird dies längerfristig zu Protesten führen, denen die Regierung dann mit Repression begegnen könnte. Bereits am 17. September fand ein erster Generalstreik statt, an dem nach Angaben des gewerkschaftlichen Dachverbands PIT-CNT

breite Teile der Lohnabhängigen teilnahmen.

Der streitbare linke Intellektuelle Jorge Zabalza meinte kürzlich, die Pandemie werde das Elend für diejenigen, die bereits arm waren, noch vergrößern, während die Reichen immer reicher werden. Die Pandemie dürfe nicht dazu führen, dass das Virus alles rechtfertigt, vor allem wenn es um die Politik geht. ■

Infolge der Vernachlässigung durch eine neoliberal ausgerichtete Politik hat sich Jujuy in den letzten Jahrzehnten zu einer der ärmsten Provinzen Argentiniens entwickelt. Angesichts der Vernachlässigung durch die staatliche Politik haben in Vierteln wie *Alto Comedero* neu entstandene soziale Bewegungen die Initiative ergriffen, um ihre Lebenssituation zu verbessern. International bekannt wurden die Bewegung *Túpac Amaru* und ihre Gründerin Milagro Sala.

Von Laurin Blecha  
& Soledad Di Croche

Nur wenige Regionen Argentiniens können eine derartige Diversität aufweisen wie Jujuy. Die Provinz, ganz im Nordwesten des Landes gelegen, ist durch eine ökologische und auch soziale Diversität geprägt. Von der ariden *Puna*, der touristisch bedeutenden *Quebrada de Humahuca*, die 2003 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde, den agrarwirtschaftlich bedeutenden *Valles* rund um die Provinzhauptstadt San Salvador de Jujuy bis hin zu den dichten Wäldern der *Yungas* haben sich die unterschiedlichen Naturräume auf die lokalen Lebensweisen ausgewirkt.

Schon in vorkolonialer Zeit war die *Quebrada de Humahuca* eine Verbindungslinie zwischen dem regenreichen Flachland der *Valles* und den Inka-Kulturen im heutigen Bolivien. Während der spanischen Kolonialzeit scheiterten zwei Versuche, eine Niederlassung am Ende der so genannten *Ruta Inca* zu gründen, am Widerstand der lokalen indigenen Bevölkerung. Schließlich wurde San Salvador de Jujuy am 19. April 1593 (neu)gegründet und nach dem in den *Leyes de Indias* festgelegten „Schachbrettmuster“ (*cuadrícula en damero*) angelegt, das den obligatorischen Hauptplatz (*Plaza Major*), das Rathaus (*cabildo*) und eine Kirche umfasste. Die Stadt blieb jedoch bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts eine eher kleine Siedlung mit weniger als 2.000 EinwohnerInnen.

Während der Unabhängigkeitskriege Anfang des 19. Jahrhunderts wurde Jujuy Schauplatz eines bis heute umstrittenen Ereignisses, des so genannten *Éxodo Jujeño*. Der Revolutionsgeneral Manuel Belgrano kam Mitte Mai 1812 nach Jujuy und ordnete vor dem Angriff des spanischen Hee-

## SCHWIMMBÄDER, KINDERSPIELPLÄTZE

Ein städtebaulich-historischer Blick

res die Umsiedelung der mehrheitlich indigenen Bevölkerung von San Salvador de Jujuy nach San Miguel de Tucumán an. In der offiziellen Geschichtsschreibung ist der *Éxodo* als heroisches Beispiel für die bereitwillige Aufopferung der Bevölkerung für die Unabhängigkeit Argentiniens in die Nationalgeschichte eingegangen. Einige HistorikerInnen merken jedoch an, dass die Umsiedelung nicht freiwillig, sondern unter Androhung von Gewalt ablief.<sup>1</sup>

Ab Beginn des 19. Jahrhunderts wandelte sich die Provinz zu einer klassischen Einwanderungsregion, vor allem von BolivianerInnen, aber auch Italienerinnen und generell Menschen aus den ländlichen Gebieten Argentiniens. Der Ausbau der Minen in der *Quebrada* mit ihren beträchtlichen Vorkommen an Erzen wie Zink, Silber oder Blei und vor allem der Zuckerrohranbau in den *Valles* sorgte für einen kontinuierlichen Zustrom an Menschen. Es ist die Zeit, in der sich die großen *estancias* und *ingenios* etablierten, die den Anschluss der lokalen Wirtschaft an die kapitalistische Weltwirtschaft bedeuteten.

Das Modell der *ingenios* sah folgendermaßen aus: Sowohl das Land, auf dem der Zucker angebaut wurde, als auch die Zuckermühlen gehörten demselben Eigentümer, der sich längerfristig eine Monopolstellung, vor allem was den Landbesitz betraf, sicherte. Dies ging einher mit der Ausbeutung der Arbeitskräfte – meist landlose Bauern –, die schlecht bezahlt wurden und unter prekären Bedingungen schwere Arbeiten verrichten mussten. Innerhalb dieses Systems konnten die *ingenios* ihre Gewinnspanne erheblich erhöhen und sich mit Hilfe der politischen Elite weitere Konzessionen sichern. Symbol für diese Form des Agrarkapitalismus ist die Ledesma-Gruppe, bis heute einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Region und überregionaler Player im Agrobusiness Argentiniens.

Die Schnelligkeit der Modernisierung Mitte des 19. Jahrhunderts zeigt sich aber auch am Ausbau des Eisenbahnnetzes, an das San Salvador 1901 angeschlossen wurde. Bereits fünf Jahre später war die Weiterverbindung nach Bolivien fertiggestellt. Ab den 1930er Jahren setzte man nun auch verstärkt auf den Anbau von Tabak, der ähnlich wie Zucker Land-

flächen längerfristig an die lokale Oligarchie band.

Der Zeitraum zwischen 1870 bis Ende der 1960er Jahre ist durch die stetige Zuwanderung vor allem aus Bolivien gekennzeichnet, die bis Mitte der 1980er Jahre und durch die argentinische Militärdiktatur etwas abnahm. Die Krisen der 1990er und besonders der 2000er Jahre machten Jujuy dann zu einer der ärmsten Provinzen Argentiniens. SozialforscherInnen sehen die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre geteilt: einerseits einen politischen Schwenk Richtung Konservatismus und neoliberalen Logiken und andererseits die Entstehung von sozialen Bewegungen, die gemeinsam mit Gewerkschaften dort die Initiative ergreifen, wo die Lokalregierung nicht präsent ist.<sup>2</sup>

### Getrennte Lebenswelten

Für eine städtebauliche Betrachtungsweise sind diese historischen Voraussetzungen von entscheidender Bedeutung, denn Lage, Bausubstanz der Häuser oder der Zugang zu Infrastruktur, Bildung und Gesundheitswesen spiegeln auch immer Herrschaftsverhältnisse wider, die in einer Stadt unterschiedlich verteilt sein können. San Salvador etwa wird durch den Río Grande und den Río Xibi-Xibi in drei Teile geteilt: Im Süden und Südosten lebt die Mehrheit der Bevölkerung, die arbeitende und weniger privilegierte Klasse der Stadt. Im Zentrum, zwischen dem Río Grande und dem Río Xibi-Xibi, liegen die administrativen Behörden und politischen Institutionen der Stadt und der Provinz Jujuy sowie auch Märkte, Shops, Kinos, Bars und Restaurants. Nördlich des Río Grande lebt die privilegierte Mittel- und Oberschicht umgeben vom Grün der *Yungas*.

Bezeichnend für diese Trennung ist, dass nur etwas mehr als eine Handvoll der über vierzig im Stadtgebiet verkehrenden Buslinien San Salvadors in den Norden fahren. Hier kann und will sich (fast) jede/r eben ein Auto leisten und nicht den Bus nehmen, der manchmal nur alle dreißig Minuten verkehrt. Aber nicht nur die Buslinien trennen San Salvadors Menschen in ihren unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsrealitäten voneinander.

Der in den 1980er Jahren im Wesentlichen durch Arbeitsmigration entstandene

# UND MENSCHENWÜRDIGES WOHNEN

auf San Salvador de Jujuy



Milagro Sala auf einer Túpac Amaru-Kundgebung im Jahr 2012

*Barrio Alto Comedero* liegt im Süden der Stadt. Während seit den 1970er Jahren viele Arbeitsplätze in der Provinz verloren gingen, etwa durch Verkauf und Auflösung der Eisenbahn oder den Rückgang der Minenindustrie in der *Quebrada de Humahuca*, boomte gleichzeitig das Agrobusiness der *ingenios* und benötigte ständig neue Arbeitskräfte. So kam es, dass sich Anfang der 1980er Jahre vor allem indigene Familien aus der Provinz in San Salvador de Jujuy niederließen.

Da die Provinz- und Stadtverwaltung wenig Interesse zeigten, den Menschen Wohnungen bzw. Land zum Wohnungsbau zuzuweisen, siedelten viele nahe des ausgetrockneten Flussbettes des Río Grande. Problematisch ist das, weil der Fluss zur Regenzeit Hochwasser führt und die Pegelstände oft so weit anstiegen, dass die Siedlungen überflutet und zerstört wurden. Daraufhin beschloss die Lokalregierung Mitte der 1980er, die Menschen nach *Alto Comedero* umzusiedeln. Investitionen in Infrastruktur, Bildungseinrichtungen im Viertel oder Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung blieben minimal. Auch die Krisen der 1990er und 2000er Jahre und die damit verbundenen Finanzlasten des argentinischen Staates und der Provinzen trugen nochmal zur Verminderung von Investitionen zum Ausbau der Infrastruktur, wie Wasser- und Stromleitungen, bei.

Heute zählt *Alto Comedero* mehr als 69.000 EinwohnerInnen und bräuchte

damit eine eigene Gemeindeverwaltung. Immer noch trennen die *Ruta Nacional 9* und *Ruta Nacional 66*, die das Viertel praktisch einschließen, dieses vom Rest der Stadt räumlich und sozial. Administrativ Teil der Stadt, aber acht bis 15 km vom Stadtzentrum entfernt, haben die beiden Fernstraßen eine mehr trennende als zusammenführende Funktion, denn ohne Auto oder den öffentlichen Busverkehr ist das Viertel schwer zu erreichen. Die Provinzregierung ignorierte es jahrzehntelang, und so schlossen sich dessen BewohnerInnen in Initiativen zusammen, um ihre Lebenssituation zu verbessern.

## Mehr als nur ein Dach über dem Kopf

Bekannt ist die Arbeit der *Organización Barrial Túpac Amaru*, die Anfang der 2000er Jahre von Milagro Sala gegründet wurde. Ihre Verhaftung 2016 und die umstrittenen Gerichtsprozesse gegen sie haben selbst außerhalb Argentiniens immer wieder für Schlagzeilen und Proteste gesorgt.<sup>3</sup> Oftmals weniger bekannt sind die Aktivitäten der Organisation, die versucht, die prekäre Lebens- und Wohnsituation der armen, meist indigenen Bevölkerung von San Salvador de Jujuy zu verbessern. *Túpac Amaru* funktioniert im Grunde als Kooperative, die vom argentinischen Staat finanzielle Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt bekommt. Einen besonderen Schwerpunkt

legt die Organisation auch auf die Errichtung von Grünanlagen, Spielplätzen und auch Swimmingpools, Raum für Freizeitaktivitäten vor allem von Kindern und Jugendlichen. Die Organisation stellt auch Werkstätten zur Verfügung, wo Arbeitslose sich weiterbilden.

Es geht also nicht nur um ein Dach über dem Kopf, sondern auch darum, marginalisierten Teilen der Bevölkerung Chancen auf Bildung und kommunale Teilhabe zu ermöglichen. Nichtsdestoweniger war die Arbeit von Sala und *Túpac Amaru* den lokalen Behörden ein Dorn im Auge. Sala ist Indígena, genauer gesagt *kolla*, und ihr sozialpolitischer Aktivismus wird von der herrschenden Klasse in Jujuy nach wie vor nicht gern gesehen.

Was sich anhand von *Alto Comedero* schlussendlich zeigt, sind einerseits historisch gewachsene Diskriminierungsmechanismen, die sich im Städtebau und auch im Stadtbild widerspiegeln. In vielen lateinamerikanischen Ländern sind die „angenehmen“ und reichen Viertel vom Rest der Stadt räumlich getrennt. Dies funktioniert vice versa, wenn man an die *villas* in Buenos Aires denkt, die auch oft wie städtebaulich vom Rest der Stadt abgetrennte Einheiten erscheinen. Andererseits zeigt sich, wie wichtig soziale Basisbewegungen sind, da sie oft auf ungleiche Entwicklungen auf lokaler Ebene hinweisen und mit ihren Projekten einen progressiven Weg vorbereiten können, auf dem die lokalen Behörden dann aufbauen. Der politische Wille dazu ist dann stets eine andere Frage. ■

Laurin Blecha ist Historiker, Soledad Di Croche Architektin in Wien.

<sup>1</sup> Für eine kritische Interpretation des Éxodo siehe die Stellungnahme von Viviana Conti: <http://www.laizquierdadiario.com/Entre-heroes-y-mito-Exodo-Jujeno>. Für eine Weiterführung der offiziellen Nationalgeschichte, siehe das Interview mit dem Historiker Felipe Pigna: <https://www.eltribuno.com/jujuy/nota/2017-11-24-0-0-0-video-se-ignora-que-el-exodo-jujuno-fue-un-hecho-de-guerra-extraordinario>.

<sup>2</sup> Siehe: Daniel Campi, „El Noroeste Argentino y el modelo agroexportador 1870-1914. Reestructuración regional y producción azucarera“, in: Lagos, Marcelo (Hrsg.): *Jujuy en la Historia, avances de investigación II*. San Salvador de Jujuy: EdiUNJu, S. 143-170.

<sup>3</sup> Siehe etwa: <https://amerika21.de/blog/2017/04/173978/fall-milagro-sala>.

## KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlich in Berlin publizierten Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen

POONAL des Nachrichtenpool Lateinamerika

(<https://www.npla.de>, E-mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)),

des Lateinamerika-Portals [amerika21.de](http://amerika21.de)

(<https://amerika21.de>, E-mail: [redaktion@amerika21.de](mailto:redaktion@amerika21.de))

und anderen (jeweils angegebenen) Quellen

### DOMINIKANISCHE REPUBLIK

#### Neuer Präsident vereidigt

Am 16. August wurde Luis Rodolfo Abinader Corona als neuer Präsident der Dominikanischen Republik vereidigt. Bis 2024 wird er zusammen mit der Vizepräsidentin Raquel Peña regieren. Am 5. Juli hatte Abinader die Präsidentschaftswahlen gewonnen, indem er im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichte. Seine Partei *Partido Revolucionario Moderno* (PRM) gewann zeitgleich auch die Parlamentswahlen. Im Senat stellt die als Mitte-bis Mitte-Links-Partei charakterisierte PRM zukünftig die absolute Mehrheit. Im Unterhaus verpasste sie die absolute Mehrheit knapp, stellt jedoch die größte Fraktion. Abinader hatte im Wahlkampf versprochen, der Korruption, der Straflosigkeit, dem Autoritarismus und dem Klientelismus ein Ende zu bereiten, die er durch seinen Vorgänger Danilo Medina befördert sah. Durch ihren Wahlsieg beendet die PRM 16 Jahre durchgängige Regierungszeit der politisch ähnlich eingestuften PLD.

Abinaders politische Agenda ist diffus, er vertritt teils liberale und teils sozialdemokratische Positionen. Banken und Unternehmen haben seine Kandidatur unterstützt. Noch vor Amtsantritt hat er Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Staatsausgaben zu senken. Er möchte diverse staatliche Behörden schließen, die er als Horte der Korruption und des Klientelismus seines Vorgängers ansieht.

Luis Abinader studierte Wirtschaftswissenschaften, unter anderem an der Harvard Universität in Cambridge, USA. Er war in diversen Unternehmen tätig, etwa als Geschäftsführer in der von seinem Vater gegründeten Abicor Gruppe. Diese ist Eigentümerin einer Universität, einer der wichtigsten Zementfabriken des Landes und zahlreicher Hotels. Dass keines dieser Unternehmen bislang Staatsaufträ-

ge angenommen hat, sieht Abinader als Beleg seiner Korruptionsresistenz.

Eine Finanzreform soll ausländische Investitionen erleichtern. Außenpolitisch will Abinader die Dominikanische Republik noch enger an die USA binden, den wichtigsten Handelspartner. Das Land unterstützt die Sanktionspolitik der USA gegen den Iran und Venezuela. Die PRM-Parteiführung hat bereits den Austritt aus dem *Foro de São Paulo* verkündet, dem Bündnis linker Parteien in Lateinamerika.

Überschattet wird die Amtsübernahme durch die Corona-Krise. Bis Mitte September waren etwa 105.000 Menschen am Virus erkrankt und knapp 2.000 verstorben. Als Maßnahme gegen die weitere Corona-Ausbreitung kündigte Abinader verstärkte Militärpräsenz zur Durchsetzung der Ausgangsperre an.

*René Thannhäuser, amerika21*

### MEXIKO

#### Aktivistinnen besetzen Menschenrechtskommission

Das Graffiti an der Wand eines Büros der mexikanischen Menschenrechtskommission (CNDH) lässt keine Zweifel: „Wir werden weder vergeben noch vergessen“. Auch vor dem Gebäude im Zentrum von Mexiko-Stadt stellen Feministinnen und Angehörige von Opfern sexualisierter Gewalt auf Transparenten klar, warum sie die Behörde seit dem 3. September besetzt halten. „Nicht eine weitere Tote mehr“ heißt es da. Die Räume der Kommission müssten zu einem Zufluchtsort für Frauen werden, die Gewalt erlitten haben, erklärt die Aktivistin Yesenia Zamudio, deren Tochter vor vier Jahren getötet wurde.

Seit Jahren kämpfen in Mexiko Feministinnen und Opferangehörige für die Aufklärung der unzähligen Femizide und anderer Formen sexualisierter Gewalt. Letztes Jahr starben 3.788 Frauen eines gewaltsamen Todes. Am 8. März demonstrierten deshalb Zigtausende, einen Tag später beteiligten sich Millionen an einem Frauenstreik. Dennoch unternehme die Regierung nicht genug, kritisieren Aktivi-

stinnen. Auch die CNDH werde ihrer Aufgabe nicht gerecht.

Die Besetzung begann, nachdem zwei Mütter von Gewaltopfern getröstet wurden, da die Behörde erneut keine Ermittlungsergebnisse vorweisen konnte. Sie keteten sich an und weigerten sich zu gehen. Mitglieder radikaler feministischer Gruppen und Angehörige, die seit Februar mit einer Mahnwache im Stadtzentrum auf sich aufmerksam machen, kamen zur Unterstützung. Ihre Kritik richtet sich gegen staatliche VertreterInnen, die die Gewalt herunterspielten. Die CNDH müsse den Regierenden und StrafverfolgerInnen Empfehlungen geben, um die Tatschwere der Femizide zu vermitteln. Spezielle Staatsanwaltschaften müssten eingerichtet werden und die Kriminalisierung von Aktivistinnen ein Ende haben.

Präsident Andrés Manuel López Obrador reagierte mit Unverständnis. In erster Linie störte ihn, dass Feministinnen ein Gemälde des historischen Revolutionärs und Präsidenten Francisco I. Madero bemalt hatten.

*Wolf-Dieter Vogel, npla*

#### Neue Vertreibungen nach bewaffneten Angriffen in Chiapas

Eine bewaffnete Gruppierung aus der Gemeinde Chenalhó hat im Hochland von Chiapas wiederholt Dörfer der Nachbargemeinde Aldama angegriffen, was zu einer neuen Flüchtlingswelle führte. Die Eskalation ist vordergründig ein Konflikt um 60 Hektar Land, der durch eine falsche Grenzfestlegung des Staates ausgelöst wurde. Doch der seit mehreren Jahren immer wieder aufflammende Konflikt hat auch andere Motive. Die unabhängige Journalistin Ángeles Mariscal betont, dass die umstrittene Zone ein strategisches Territorium ist, insbesondere als Korridor für Waffen- und Drogenschmuggel.

Schon kurz nach dem zapatistischen Aufstand von 1994 wurden in Chenalhó paramilitärische Verbände zur Aufstandsbekämpfung gebildet und diese vertrieben erst mehrere tausend Personen und ermordeten 1997 im Dorf Acteal, Chenalhó, auf bestialische Weise 45 intern Vertriebene der basiskirchlichen Organisation *Las Abejas*. Obwohl einige der Täter festgenommen und verurteilt wurden, sind diese wegen angeblicher Verfahrensfehler zwischen 2009 und 2013 wieder freigelassen worden. Seit 2017 hat eine bewaffnete Gruppierung die Territorien der Nachbar-



gemeinden Chalchihuitán und Acteal ins Visier genommen. Zeitweise waren bis zu 5.000 Personen vor ihnen auf der Flucht.

Die Lokalregierung unter Gouverneur Rutilio Escandón Cadenas von der Regierungspartei *Morena* hat bisher keine Schritte zur Beendigung der Straflosigkeit unternommen. Aldama war bisher Ziel von nicht weniger als 350 bewaffneten Angriffen, die sieben Tote und 16 Verletzte forderten. Die Bauern mehrerer Dörfer der Gemeinde Aldama können nicht mehr auf ihre Kaffee- und Maisfelder, viele der Familien leiden unter zunehmender Unterernährung und den psychischen Folgen der ständigen Bedrohung.

Am 9. August besuchte Alejandro Encinas Rodríguez, Staatssekretär für Menschenrechte des mexikanischen Innenministeriums, den Bundesstaat Chiapas, traf sich mit Vertretern beider Gemeindebezirke, die einen Nichtangriffspakt unterschrieben, ohne jedoch diese Waffenruhe durch die Entsendung von Sicherheitspersonal zu sichern. Nur Stunden später intensivierten sich die Angriffe auf Aldama und über tausend Indigene aus den Dörfern Chivic, Yetón, San Pedro Cotsilnán, Tabak, Cocó und Xuxchén mussten in die Berge fliehen oder in improvisierten Lagern Schutz suchen.

Viele Beobachter, darunter Pedro Faro, Direktor des Menschenrechtszentrums Fray Bartolomé de Las Casas, mahnen eindringlich, dass die völlige Straflosigkeit und die Vertreibungen sie an die Monate vor dem Massaker von Acteal erinnern. Die Organisation *Las Abejas*, die vor dem Interamerikanischen Menschenrechts-Gerichtshof um Gerechtigkeit im Falle des Massakers von Acteal kämpft, betont, dass die paramilitärischen Gruppierungen „nie entwaffnet und aufgelöst wurden“ und warnt, dass heute in der Region mehr Waffen vorhanden seien als in den 90er Jahren.

*Philipp Gerber*

## HONDURAS

### Staat schweigt über Verbleib der entführten Garífuna

Acht Wochen nach ihrem gewaltsamen Verschwindenlassen am 18. Juli durch Schwerbewaffnete, die Westen der Ermittlungspolizei DPI trugen, gab es weiterhin keine Hinweise darauf, was mit drei Landrechts-Aktivistinnen und zwei weiteren Einwohnern der afroindigenen Garífuna-

Gemeinde Triunfo de la Cruz in Honduras geschehen ist.

Nach zwei Monaten habe noch keine staatliche Institution Auskunft darüber geben können, was passiert sei, sagte der Jesuitenpater Ismael Moreno. „Sie sind nicht in der Lage mitzuteilen, welche Ermittlungen angestellt wurden, um herauszufinden, wo die Garífuna sind. Daraus schließen wir, dass der Staat selbst in hohem Maße dafür verantwortlich ist, was passiert ist.“ Familienangehörige, Gemeinden, Garífuna- und Menschenrechtsorganisationen weltweit fordern weitere Aufklärung des Verbrechens, Bestrafung der Täter und Schutz für die afroindigenen Garífuna-Gemeinden an der honduranischen Karibikküste.

Miriam Miranda, Koordinatorin von *Ofraneh*, betonte, dass das gewaltsame Verschwindenlassen, ebenso wie mehrere Morde an Garífuna-Menschenrechtsverteidigern, die vorausgingen, passiert seien, weil die Garífuna-Gemeinden verschiedenen Projekten einheimischer und ausländischer Investoren im Wege stünden. Dazu gehörten „normale“ Tourismusprojekte ebenso wie die *Zede*-Sonderzonen, für die sich der Staat besondere Rechte zur Enteignung gesichert hat, um die Gebiete dann Investoren zu überlassen, die extraterritoriale Privatstädte aus ihnen machen.

Der Kontext der Gewalttaten, so Miranda gegenüber dem Solidaritäts-Netzwerk HondurasDelegation, ist „eine Auseinandersetzung darüber, wer die Territorien kontrolliert.“ Die Gemeinden Triunfo de la Cruz und Punta Piedra fordern ihre vom interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof (CIDH) bestätigten Landrechte ein und verlangen eine rechtsstaatliche Antwort auf das gewaltsame Verschwindenlassen der fünf Männer aus Triunfo de la Cruz.

Sowohl der CIDH als auch der UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen haben den honduranischen Staat mit großer Dringlichkeit aufgefordert, nach Albert Snaider Centeno, Milton Joel Martínez Álvarez, Suami Aparicio Mejía García, Gerardo Misael Trochez Calix zu suchen, das Verbrechen aufzuklären und die betroffenen Gemeinden zu schützen. Die staatlichen Berichte zu den gesetzten Fristen Ende August und Anfang September waren dem Vernehmen nach dürftig und unbefriedigend. Aus einer Resolution des Gerichtshofes vom 2. September ging hervor, dass der honduranische Staat in seiner Antwort jede eigene Beteiligung an der Tat

von sich wies und keinerlei Hinweise auf den Verbleib der Verschleppten gab.

*HondurasDelegation, amerika21*

## BRASILIEN

### Das Pantanal brennt

Als Leandro Barbosa schon längst wieder zu Hause in São Paulo war, roch immer noch alles nach Rauch. Zehn Tage verbrachte der Umweltjournalist im fast 2.000 Kilometer entfernten Sumpfbereich Pantanal. Dort wüthen seit Wochen die schwersten Brände in seiner Geschichte. Das Pantanal ist das größte Binnenlandfeuchtgebiet der Welt und steht bis zu sechs Monate im Jahr völlig unter Wasser.

Das von der Unesco zum Welterbe erklärte Gebiet liegt zum größten Teil im Südwesten von Brasilien, der Rest in Bolivien und Paraguay. Das Naturreservat zählt zu den artenreichsten Gebieten des Planeten und ist die Heimat von seltenen Spezies wie Jaguaren, Tapiren und exotischen Vögeln. Nun droht dieses einzigartige Feuchtbiotop zerstört zu werden. Das Weltrauminstitut INPE zählte vom 1. Januar bis 31. August 10.316 Brandherde im Pantanal, mehr als dreimal so viele wie im Vorjahreszeitraum. Über 1,7 Millionen Hektar sind bereits zerstört worden, rund 10 Prozent des gesamten Gebiets.

In den sozialen Medien zirkulieren dramatische Bilder von verbrannten Waldstücken, völlig verkohlten Tieren und Indigenen, die ihre Habseligkeiten vor den Flammen in Sicherheit bringen. In sozialen Medien drückten viele UserInnen ihre Anteilnahme aus. Doch während es die Bilder vom brennenden Amazonas-Regenwald im vergangenen Jahr auf die Titelseiten der Weltpresse schafften, Prominente rührselige Botschaften ins Internet spülten und die Brände gar eine handfeste diplomatische Krise zwischen Brasiliens Regierung und EU-Staatschefs auslösten, interessieren die Brände in Coronazeiten kaum noch jemanden.

Auslöser für die Feuer sind meist illegale Brandrodungen lokaler Kleinbauern, die damit Platz für Viehzucht und Sojaanbau schaffen wollen. Doch ExpertInnen machen auch den globalen Klimawandel und die ausbleibenden Regenfälle für die Umweltkatastrophe verantwortlich. Das Pantanal erlebt derzeit die schlimmste Trockenzeit seit 47 Jahren.

*Niklas Franzen, npla*



## BUCHBESPRECHUNG

### DER GEWALTSAME TOD EINER HOFFNUNG

Mario Vargas Llosa: *Harte Jahre*

Suhrkamp Verlag, Berlin, 2020,

411 Seiten, 24,70 Euro (A)

Der peruanische Literaturnobelpreisträger nimmt sich in seinem jüngsten Roman ein fast vergessenes Kapitel lateinamerikanischer Zeitgeschichte vor: die Intrigen, die 1954 zum Sturz des reformistischen Präsidenten Jacobo Arbenz in Guatemala führten. Vargas Llosa stellt uns zunächst Sam Zemurray vor, den gewissenlosen Chef der *United Fruit Company*, die in Zentralamerika auf riesigen Ländereien Bananen pflanzt. Die Company, die wie ein Staat im Staat agiert, besitzt damals nicht nur 42 Prozent des Landes, sondern auch die Telefon- und Telegraphengesellschaft und den größten Teil des Eisenbahnnetzes.

Zemurray lernt in Boston Edward L. Bernays kennen, einen Neffen von Sigmund Freud, der aus der Manipulation der öffentlichen Meinung eine Profession namens PR gemacht hat. Zemurray beauftragt ihn, den Konsum von Bananen in den USA zu bewerben und Guatemalas Präsidenten als gefährlichen Kommunisten anzuschwärzen. Nach einem Aufstand gegen die Diktatur von General Jorge Ubico 1944, „Oktoberrevolution“ genannt, ist dort mit überwältigender Mehrheit der Lehrer und Literat Juan José Arévalo zum Präsidenten gewählt worden, ein Mann der sein Land demokratisieren wollte.

„Arévalo möchte aus Guatemala eine Demokratie machen wie in den USA, ein Land, das er bewundert und in dem er ein Modell sieht. Schwärmer können gefährlich sein und in diesem Sinne ist Dr. Arévalo eine Gefahr“, lässt Vargas Llosa Bernays sagen. Zemurray sieht in den Reformen eine Bedrohung für seine Profite. Wenn man Arévalo und seinen wahrscheinlichen Nachfolger Jacobo Arbenz arbeiten lasse, so Bernays, „könnten andere mittelamerikanische Länder und Kolumbien angesteckt werden“, die *United Fruit* „bekäme es mit Gewerkschaften und der internationalen Konkurrenz zu tun, müsste Steuern zahlen, den Arbeitern und ihren Familien gegenüber für eine Krankenver-

sicherung und Rente geradestehen“. Die freie Presse in den USA sollte eingespannt werden, um eine gefährliche kommunistische Verschwörung in Guatemala zu entdecken, die einen Umsturz unumgänglich machen würde.

Zemurray und Bernays kommen in dem Buch später nicht mehr vor. Das Wirken der USA, wo CIA-Chef Allen Dulles als Aufsichtsratsmitglied und Aktionär der *United Fruit Company* höchst persönliche Interessen verfolgt, nimmt aber seinen Lauf. Als Exekutor erscheint mit Botschafter John Emil Peurifoy ein Infiltrant, der schon in Griechenland einen Putsch gegen eine demokratische Regierung eingefädelt hat. Vargas Llosa referiert die Geschichte in ständigen Zeitsprüngen und weitgehend entlang der historisch gesicherten Fakten, er entwirft Charakterskizzen von Jacobo Arbenz und dem Putschisten Carlos Castillo Armas, baut aber keine der handelnden Personen als zentralen Protagonisten auf. Einzig die Geschehnisse von „Miss Guatemala“, einer jugendlichen Schönheit aus streng antikommunistischem Haus, und Johnny Abbes García, dem sinistren Spion des dominikanischen Diktators Rafael Leónidas Trujillo, ziehen sich durch den gesamten Roman.

Abbes García, der später zum Geheimdienstchef aufsteigt und für seinen Präsidenten Attentate gegen demokratische Staatschefs und Regimegegner im Ausland einfädelt, kennen wir schon aus Vargas Llosas Roman *Das Fest des Ziegenbocks*, der das Wüten Trujillos und das Komplott zum Tyrannenmord thematisiert. Vargas Llosa beschreibt ihn dort als „Kröte an Leib und Seele“. In *Harte Jahre* erfindet er ihm einen angemessen grausigen Tod. Marta Borrero, die von einem Freund ihres Vaters politisiert und geschwängert wird, ist eine der wenigen Figuren, die nicht unter ihrem Klarnamen auftritt. Sie flieht aus einer vom Vater befohlenen Zwangsehe mit dem Schänder und landet als „Palastkurtisane“ in den Armen des Putschisten Castillo Armas. Vorbild ist Gloria Bolaños Pons, die allerdings nach der Ermordung ihres Geliebten 1957 ein weniger spektakuläres Leben führt als die Romanfigur, die zunächst im Bett von Abbes Gar-



cía und später im Dienst von Trujillo landet. Gloria Bolaños lebt noch heute in den USA und fällt in den sozialen Medien durch kruden Antikommunismus und pathetische Lobeshymnen auf Donald Trump auf.

Insgesamt vermag das Buch nicht, den Leser und die Leserin in seinen Bann zu schlagen. Es steht weder in der Tradition des Bananenromans eines Miguel Ángel Asturias oder Luis Carlos Fallas, noch reiht es sich ein in die Diktatorenromane, wie sie Gabriel García Márquez und Asturias verfasst haben. Vielmehr präsentiert es sich als Chronik der Ereignisse rund um die von der CIA eingefädelte Invasion und den Rücktritt des reformistischen Präsidenten Arbenz mit fiktionalen Einsprengseln. Der 83jährige Literat lässt die sprachliche Kraft früherer Werke vermissen. Vielmehr liest sich *Harte Jahre* – im Original *Tiempos recios* – wie ein politisches Glaubensbekenntnis des Konservativen, der sich in diesem Fall klar auf Seiten der gemäßigten Linken positioniert. Auf den letzten Seiten kann er es sich nicht verkneifen, explizit zu machen, dass die USA mit der Intrige gegen eine demokratische Regierung nicht nur an der Abfolge blutiger Diktaturen in Guatemala Schuld tragen, sondern auch für die Radikalität der kubanischen Revolution verantwortlich seien.

Ralf Leonhard

## DROGENKRIEG UND RASSISMUS



**Timo Bonengel:**  
**Riskante Substanzen. Der „War on Drugs“ in den USA (1963-1992)**  
 Campus Verlag,  
 New York/  
 Frankfurt/M.,  
 433 Seiten,  
 45 Euro

## SUBKONTINENT IM ÜBERBLICK

**G. Maihold, H. Sangmeister, N. Werz (Hrsg.): Lateinamerika: Handbuch für Wissenschaft und Studium**  
 Nomos Verlag in Zusammenarbeit mit Konrad-Adenauer-Stiftung; Baden-Baden 2019, gebunden, 692 Seiten, 100,80 Euro



Leserinnen und Lesern von *Lateinamerika anders* ist Washingtons Drogenkrieg in Lateinamerika nur allzu vertraut. Timo Bonengel untersucht sozusagen das Fundament dieser Externalisierung der Drogenpolitik. Die innenpolitische Debatte, die ihr zu Grunde liegt, ist dabei vor allem aus zwei Gründen brandaktuell und interessant: Schon bevor Richard Nixon am 17. Juni 1971 Drogen zum „Staatsfeind Nummer 1“ ausrief und den „Drogenkrieg“ erklärte bis in heutige Tage waren Drogenpolitiken ein Ausfluss quasi fundamentalistischer Glaubenskämpfe (*Culture Wars*) und zutiefst rassistisch durchdrungen. Bereits in den 60er und 70er Jahren galt „...dass sie einer schutzbedürftigen weißen Mittelschicht in den Vororten eine zu pathologischem, kriminell und dysfunktionalem Verhalten neigende afroamerikanische ‘Unterschicht’ gegenüberstellten, die es mittels disziplinierender Regierungstechniken zu schützen galt.“ (S.41) Erschreckende Beispiele lassen einen Blick auf die aktuellen Vorkommnisse von Polizeigewalt im Lichte eines tief verwurzelten Rassismus zu. Dabei handelte es sich nicht selten um parteiübergreifende Politiken. Immer wieder taucht auf Seiten der Demokratischen Partei auch der Name Joe Biden auf, dem republikanische Gesetzesinitiativen mitunter nicht hart und konsequent genug waren. Übrigens war es auch ein Helms-Biden-Abkommen, mit dem die USA im Jahr 1997 ihre UNO-Beiträge drastisch kürzten. Von seiner Präsidentschaft kann man sich eine Korrektur der schlimmsten und gefährlichsten derzeitigen Kapriolen erhoffen, aber bestimmt keine Wende zu einer progressistischen Politik. Ein lesenswertes Buch für ein ausdauerndes und zahlungskräftiges Fachpublikum.

**Robert Lessmann**

Ein starkes Motivationsmoment zur Herausgabe dieses „Ziegels“ (1,3 kg) von einem Handbuch war das Humboldt-Jahr 2019 (250. Geburtstag Alexanders v. H.). Hätte der Universalgelehrte ein solch umfassendes Werk damals vielleicht noch im Alleingang auf sich genommen, ist das heute nicht mehr möglich: 53 großteils deutschsprachige AutorInnen haben ebenso viele Fachbeiträge verfasst.

Ein weiteres Motiv für dieses Handbuch nennen die Herausgeber: Sie sehen nach der EU-Osterweiterung und wiederholten krisenbedingten EU-Selbstbeschäftigung eine gewisse Renaissance Lateinamerikas in der europäischen Aufmerksamkeit. Angesichts des sich zuspitzenden Konflikts USA – China stellt der Subkontinent trotz seines schwach ausgeprägten Regionalismus einen wichtigen Partner für die Verteidigung des Multilateralismus dar.

Eingeteilt sind die thematischen Einzelbeiträge in die sieben Kapitel „Grundlagen und Perspektiven“, „Lateinamerikaforschung/Lateinamerikanistik“, „Recht und Rechtspolitik“, „Politik und Politische Systeme“, „Internationale Beziehungen“, „Politische Ökonomie“ und „Kulturelle

Dynamiken und Soziale Bewegungen“. Jedem Kapitel ist eine straffe Einleitung mit Bezugnahmen auf die enthaltenen Artikel vorangestellt. Die Vorgabe von zwölf Seiten pro Beitrag erweist sich als hilfreich: Die Texte erhielten so einen präzisen Übersichtscharakter. Akademische Einlassungen und Querverweise halten sich in Grenzen. Die strikte Umfangsvorgabe bringt es allerdings mit sich, dass Illustrationen nur ausnahmsweise eingesetzt wurden.

Im Lateinamerikanistik-Kapitel fällt leider auf, das der Fokus ein strikt bundesdeutscher bleibt. Unverständlich, warum die österreichisch-schweizerische Szene unberücksichtigt bleibt, zumal jedenfalls die heimische Lateinamerikaforschung in den letzten Jahren nicht zu übersehen ist und drei ÖsterreicherInnen unter den AutorInnen zu finden sind.

Sehr gelungen ist der Beitrag von Marie-Christine Fuchs zu Rechtsgeschichte, Rechtspluralismus und Staatsdebatte im dritten Kapitel. Sie schafft einen entsprechend straffen Überblick von der vorkolonialen Periode bis zur Gegenwart auf 14 Seiten (ganz so strikt wurde die Umfangsvorgabe dann doch nicht gehandhabt). Im selben Kapitel geht Wolfgang S. Heinz auf die Bedeutung von Wahrheitskommissionen bei der Aufarbeitung der oftmals von Gewalt geprägten Vergangenheit im 20. Jahrhundert ein. Er stellt fest, dass – bei allen gegebenen Mängeln – dieses Instrument heute, besonders aufgrund der lateinamerikanischen Erfahrungen, eine prominente Stellung im internationalen Menschenrechtsschutz einnimmt.

Zwei der Herausgeber, Günther Maihold und Nikolaus Werz, schildern in ihrem Beitrag im Kapitel „Politik und Politische Systeme“ das im Vergleich mit Europa hermetische Elitensystem, das gleichwohl durch Globalisierung und das Aufkommen „politisch unkorrekter Eliten“ (z. B. Drogenbosse) einem Wandel bzw. Ausfransungsprozess unterliegt. Die teilweise Anerkennung letzterer lässt sich auch als Reaktion der Bevölkerungsmehrheit auf mangelnde eigene Aufstiegsmöglichkeiten lesen.

Auf dem Feld der internationalen Beziehungen fällt eine Schwächung des Regionalismus auf. Integrationsformate wie OAS, UNASUR, CELAC, ALBA, MERCOSUR und Anden-Pakt scheinen ihre Hochzeiten hinter sich zu haben und weichen teilweise lockereren Koordinationsformaten wie der Pazifik-Allianz, PRO-

⇒ von Seite 37: BUCHBE-  
SPRECHUNGEN

SUR oder der Lima-Gruppe. Dieser Rückgang lässt sich teilweise mit dem Wegfall Brasiliens als *local sponsor* nach dem Ende der Arbeiterpartei-Regierungen erklären.

Im abschließenden Kapitel zu „Kulturellen und sozialen Dynamiken“ begegnet uns ein alter Bekannter. Der österreichische Spezialist für indigene und interkulturelle Rechtsfragen René Kuppe stellt *buen vivir* als aktuell wichtigstes Alternativkonzept zum westlichen Entwicklungsmodell vor. Auch ihm gelingt eine knappe Darstellung von den begrifflichen Ursprüngen bis zur (mangelhaften) Umsetzung im größeren staatlichen Rahmen (Bolivien, Ecuador). Darüber hinaus stellt *buen vivir* einen wichtigen Markstein im Ringen um menschliche Zukunftsfähigkeit dar und ist ein weiterer Ausdruck indigener Emanzipation nach Jahrhunderten der Unterdrückung.

Ein ausführlicheres AutorInnenverzeichnis unter Anführung der themenrelevanten Werdegänge hätte den Band abgerundet und den Umfang auch nicht mehr wesentlich gesteigert.

Eine gelungene Gesamtdarstellung mit freilich sozialwissenschaftlicherer Ausrichtung, als sie der (auch) stark naturwissenschaftlich interessierte Humboldt gewählt hätte. Die straff gehaltenen Übersichtsbeiträge werden nicht zuletzt dem Rezensenten eine solide Ausgangsbasis für künftige Artikel in *Lateinamerika anders* bieten.

Jürgen Kreuzroither

## VERERBTE UNGLEICHHEIT

Olaf Kaltmaier: *Refeudalización. Desigualdad social, economía y cultura política en América Latina en el temprano siglo XXI*  
Transcript Verlag, Bielefeld University Press, Bielefeld 2019, 156 Seiten, 11,99 Euro

Gleich vorweg: Besprochen wird die spanischsprachige Ausgabe dieses in der Reihe CALAS\*) erschienenen Werkes. Inzwischen liegt auch die deutsche Übersetzung unter dem Titel „*Refeudalisierung und Rechtsruck*“ (gleicher Verlag; 20 Euro) vor.



Unter dem Schlagwort Refeudalisierung fasst der Autor einen lateinamerikaweiten konservativen Rückschlag zusammen, den er auf verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens ausmacht. Unter zweifelhaften Umständen an die Macht gekommene Regierungen (Brasilien, Paraguay, Honduras) zählt er ebenso dazu wie das – schon vor Corona – abflauende Wachstum der auf Ressourcenextraktion basierenden Wirtschaft samt gesellschaftlicher Polarisierung im Gefolge. Kaltmaier sieht im Zuge der Krise sogar vergangen geglaubte Strömungen wie Whiteness und Kolonialität im Aufwind.

Besonders schwerwiegend erscheint dem Autor dabei der erneute Machtgewinn einer Geldaristokratie, die je nach Land ein bis 10% der Bevölkerung umfasst. Obwohl es sich um ein globales Phänomen handelt, zeichnet sich der Geldadel auf dem nach wie vor ungleichsten Kontinent durch besonders hermetische Geschlossenheit aus. Erklärt sich die Zusammensetzung der „oberen Zehntausend“ im weltweiten Durchschnitt zur Hälfte aus Erbschaften, so sind es in Lateinamerika 70%.

Den Hauptteil des Bandes macht sodann die Analyse der konstatierten Refeudalisierung anhand von fünf Dimensionen aus, die Kaltmaier vom deutschen Soziologen Sighard Neckel entlehnt:

\* Die dramatische Veränderung der Sozialstruktur, die sich immer mehr vom demokratischen Versprechen der Gleichheit (*equidad*) entfernt.

\* Auf ökonomischem Gebiet lässt sich die Tendenz zur Refeudalisierung anhand

der Organisation wirtschaftlicher Prozesse und des neofeudalen Status der auf den Finanzmärkten vorherrschenden Führungsgruppen festmachen. Für Lateinamerika kommt die ungebrochen hohe Bedeutung prä-industrieller, extraktivistischer Aktivitäten sowie besonders hohe Landkonzentration hinzu.

\* Tiefgreifende Veränderungen ergeben sich auch bei gesellschaftlichen Normen, Werten und Identitäten. An erster Stelle zu erwähnen ist hier die Erosion des Leistungsprinzips durch leistungslose Einkommen aus ererbten Positionen und Vermögen. Hinzu kommt das Prinzip der Identitätsbildung über Konsum in der gegenwärtigen Konsumgesellschaft. Luxuskonsum wird zur Triebfeder ständischer Distinktion. Dem entgegen verfallen die unteren Gesellschaftssegmente in einen Kreditkarten-getriebenen Konsumzwang, der in eine neue Form der Schuldknechtschaft mündet.

\* Die soziale Absetzung der Geldaristokratie findet ihren räumlichen Ausdruck in der Segregation (mit Mauern als Sinnbild). Nicht nur die Wohnviertel, sondern auch die Konsum- und Zirkulationsorte der Reichen werden abgetrennt.

\* Schließlich lässt sich eine Kolonialisierung des Politischen durch die Geldaristokratie ausmachen. Zwar ist in Lateinamerika das karitative Selbstverständnis (Super-)Reicher vergleichsweise wenig ausgeprägt, dafür tendieren diese vermehrt zur direkten Übernahme politischer Macht, was die Gefahr des Despotismus noch erhöht.

Im abschließenden Kapitel werden verschiedene Ansätze diskutiert, der Refeudalisierung entgegenzuwirken. Das Panorama reicht von einer neuen Agrarreform über die Ausweitung öffentlicher Güter, den Umbau des Steuersystems, die Kritik der Konsumgesellschaft bis zur Rolle der politischen Linken.

Ein gelungener Essay, der den politökonomischen Hintergrund des zeitgenössischen Lateinamerika beleuchtet und dessen akademische Einlassungen sich zu Gunsten der Lesbarkeit in Grenzen halten.

Jürgen Kreuzroither

\*) CALAS: Centro Maria Sibylla Merian de Estudios Latinoamericanos Avanzados en Humanidades y Ciencias Sociales. CALAS ist ein Forschungsverbund aus je vier lateinamerikanischen und deutschen Universitäten.

## LATEINAMERIKA-INSTITUT GERETTET

Mit einer freundlichen Übernahme durch die Wiener Volkshochschulen (VHS) ab 1. Juli ist das Weiterbestehen des Österreichischen Lateinamerika-Instituts gesichert. Nach einem turbulenten Jahr, in dem die Corona-Krise nur mehr das Sahnehäubchen der Kalamitäten bildete, wurde eine für alle Beteiligten erfreuliche Lösung gefunden. Trotz nur geringer Verschuldung hätte das LAI am 30. Juni sonst zusperren müssen.

„Als Wiener Volkshochschulen war es uns ein Anliegen, diese traditionsreiche Einrichtung, die ein wichtiger Faktor in der Bildungslandschaft in dieser Stadt ist, beim Fortbestand zu unterstützen“, sagte VHS-Geschäftsführer Herbert Schweiger bei einer Pressekonferenz am 30. Juni. „Als spezialisierte Einrichtung der Wiener Volkshochschulen kann das LAI in Zukunft sein Programm weiterführen und dabei wertvolle Synergien mit der VHS nutzen“. Mit anderen Worten: das LAI kann seinen Standort und seine Corporate

Identity beibehalten, sämtliche Sprachlehrerinnen und -lehrer sowie der Großteil des Verwaltungspersonals werden übernommen. LAI-Direktorin Andrea Eberl zeigte sich erleichtert, dass diese „wichtige Anlaufstelle für mehr als 8.700 Latin@s in Wien und für alle ÖsterreicherInnen, die lateinamerikanische Kunst, Kultur und Sprachen lieben“ erhalten bleibt.

Das LAI wurde 1965 als Erwachsenenbildungseinrichtung gegründet und ist mit seinem Fokus auf Lateinamerika mit keiner anderen Institution in Österreich vergleichbar. Andrea Eberl spricht von einem „Brückenbauer zwischen Lateinamerika, Österreich und der EU. Darüber hinaus leistet das LAI einen wichtigen Beitrag, wissenschaftliche Erkenntnisse zu aktuellen Trends und Entwicklungen aus der Region zu verbreiten“.

Nach der Insolvenzeröffnung im Jänner 2020 hatten mehr als 2000 Personen einen Appell zur Rettung des LAI unterzeichnet. Eine Spendenkampagne unter-

stützte die kurzfristige Zielsetzung, den Betrieb bis zum Sommer zu garantieren und damit die Suche nach einer Lösung zu ermöglichen. Das Angebot zur Fusion ging letzten Ende von den VHS aus. Deren Aufsichtsrat gab dem Vorhaben Anfang Juni einstimmig grünes Licht.

Im Verband der VHS wird das LAI einen Sonderstatus genießen. Schweiger sieht keine Notwendigkeit, das Angebot an einschlägigen Sprachkursen seiner Bezirksniederlassungen zu reduzieren. Dass ausgerechnet die VHS Alsergrund in unmittelbarer Nähe des LAI die bestbesuchten Spanischkurse hatte, beweist für ihn, dass es kein Konkurrenzverhältnis gibt. Durch den Fokus auf lateinamerikanisches Spanisch und brasilianisches Portugiesisch sieht Eberl auch ein Alleinstellungsmerkmal des LAI. Auch der neben dem LAI gelegene Europasaal wird als Veranstaltungsort erhalten bleiben. Die Webseite [www.lai.at](http://www.lai.at) wird in die VHS-Domain übernommen. Der Verein „Österreichisches Lateinamerika-Institut“ wurde in einen ehrenamtlichen Förderverein überführt.

**Ralf Leonhard**

## International

Die Zeitschrift für internationale Politik

**Ausgabe 3/2020 jetzt erhältlich**

**Aus dem Inhalt:** Russland und Europa | Die Geopolitik der Atombombenabwürfe | Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) | Für eine Neue Welt nach Corona | Außenpolitik gestern-heute-morgen | Stadtrat Peter Hanke | Frauenrechte | Remilitarisierung im Schatten des Virus | Eine Reise zum Reis | Mohamed ElBaradei | Afrika I: Unternehmerischer Umgang mit Macht | Afrika II: Mali | In vino veritas Corona-Krise als Chance für globale Veränderung | u.v.m.



**Bestellen Sie ein aktuelles Probeheft oder ein Jahresabonnement unter [office@international.or.at](mailto:office@international.or.at) oder unter International – die Zeitschrift für internationale Politik, Quellenstraße 2C, 1100 Wien**